Brandenburgisches Landeshauptarchiv

LAND BRANDENBURG

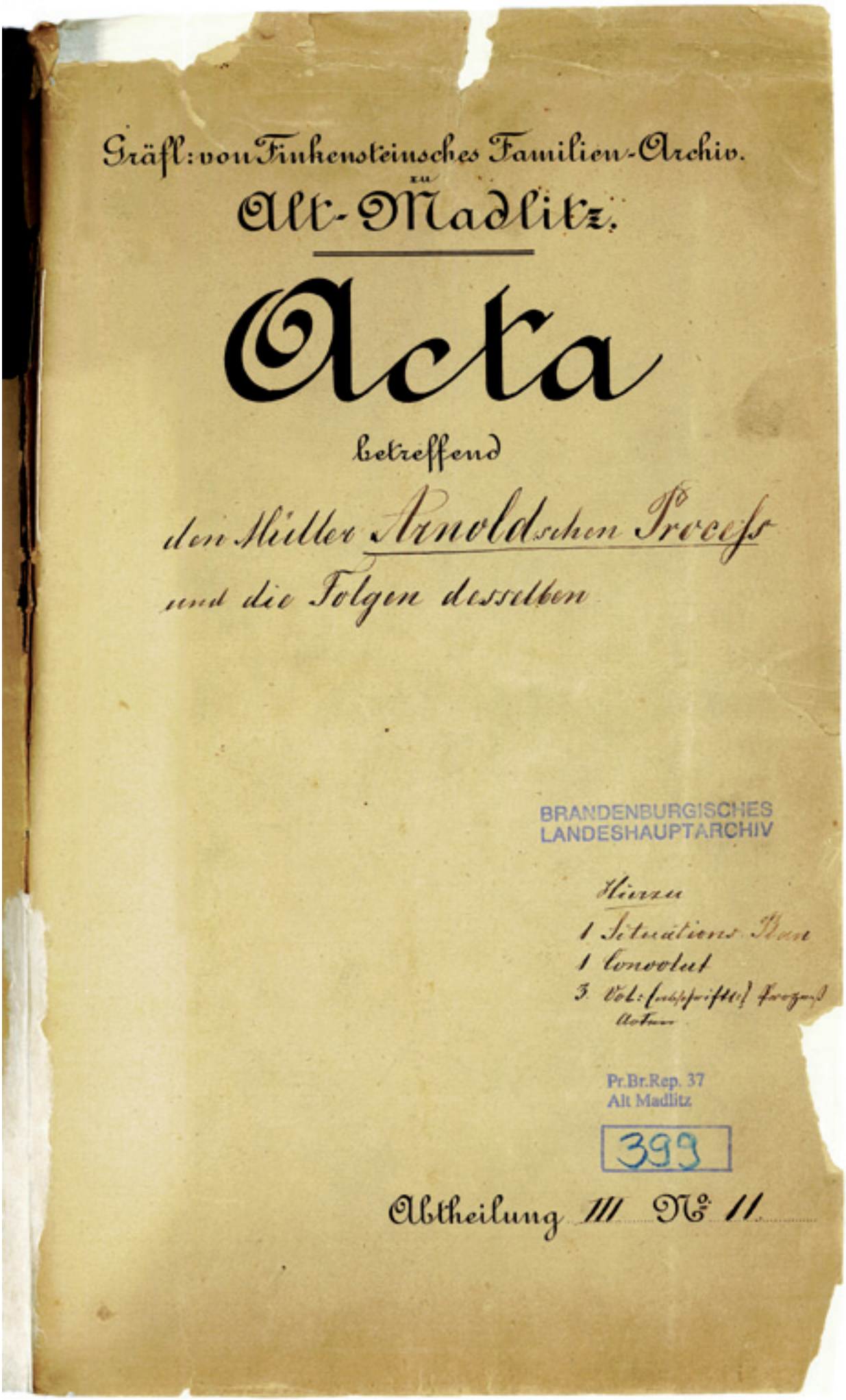
VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.

29 2012

Brandenburgische Archive

Berichte und Mitteilungen aus den Archiven des Landes Brandenburg

Herausgegeben vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv
und dem Landesverband Brandenburg im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.


Gräfl: von Finkensteinsches Familien-Archiv.
zu
Alt-Madlitz.

Acta

betreffend

den Müller Arnoldschen Proceß

und die Folgen desselben

BRANDENBURGISCHES
LANDESHAUPTARCHIV

Hierzu
1 Situations Plan
1 Convolut
3 Vol: [illegible] Acten

Pr.Br.Rep. 37
Alt Madlitz
399

Abtheilung III No 11

Vgl. Werner Heegewaldt: „Der König als gerechter Richter?“, S. 28 (Dok.1).

Inhalt

14. Brandenburgischer Archivtag in Beeskow vom 5. bis 6. Mai 2011:
Die lokale Lebenswelt dokumentieren – Die Übernahme nichtamtlicher Überlieferung als Kernaufgabe der Kommunalarchive 3
Ernst Otto Bräunche

Quellen zur Geschichte im Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) 7
Bettina Irina Reimers

Das Messbildarchiv des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums – eine ganz besondere Sammlung historischer Fotografien 11
Astrid Mikoleietz

Das Berlin-Brandenburgische Wirtschaftsarchiv (BBWA) 14
Björn Berghausen

Quellen zu Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur im Archiv der DDR-Opposition in der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin 18
Tina Krone

Vorgestellt:
Das Stadtarchiv Perleberg 22
Sylvia Pieper

Quellen zur brandenburgischen Landesgeschichte:
Friedrich in der Mark – eine Spurensuche
- **Ansprache zur Eröffnung der „Schaufenster" des Brandenburgischen Landeshauptarchivs zu Friedrich des Großen anlässlich seines 300. Geburtstages im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam am 16. Februar 2012 ..... 25**
  Klaus Neitmann
- **Der König als gerechter Richter? 27**
  Dokumente zum Müller-Arnold-Prozess aus dem Gutsarchiv Alt Madlitz
  Werner Heegewaldt

Das Brandenburgische Landeshauptarchiv im Jahr 2011 35
Bericht aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv

Das kommunale Archivwesen in Brandenburg im Jahr 2011 40
Bericht der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv

MITTEILUNGEN

Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft
- **Zur Erinnerung an Lieselott Enders (1927–2009) 42**
  Klaus Neitmann
- **Veni – Vidi – Cassavi – Methodologische Gespräche zwischen Historikerin und Physiker 43**
  Peter Enders

Aktenkundig: „Jude!". Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg Vertreibung – Ermordung – Erinnerung Resümee eines Ausstellungsprojektes 47
Monika Nakath

Benutzung des zentralen Grundbucharchivs im Brandenburgischen Landeshauptarchiv für die Klärung von Rechts- und Vermögensfragen 53
Frank Schmidt

Neuerscheinungen aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv 2011 57

Aus der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv:

Wie können Erschließungsrückstände aufgearbeitet werden? Oder ist es ein Kampf gegen Windmühlen? 59
Ireen Schulz

Industriekultur in Brandenburg – Bausteine archivalischer Überlieferung 63
Iris Berndt

Impressum

Schriftleitung:	Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Postfach 600449, 14404 Potsdam, Tel. 0331 5674-126; Fax 0331 5674-170; kaerstin.weirauch@blha.brandenburg.de
Redaktion:	PD Dr. Klaus Neitmann (BLHA), Dr. Wolfgang Krogel (Evangelisches Landeskirchliches Archiv Berlin, Prof. Dr. Mario Glauert (BLHA), Kärstin Weirauch (BLHA)
Mitarbeiter dieser Ausgabe:	Björn Berghausen M.A. (Berlin-Brandenburgisches Wirtschaftsarchiv), Dr. Iris Berndt (Museumsverband des Landes Brandenburg e.V.), Dr. Ernst Otto Bräunche (Stadtarchiv Karlsruhe), Dr. Peter Enders (Königs Wusterhausen), Werner Heegewaldt (BLHA), Tina Krone M.A. (Archiv der Robert Havemann Gesellschaft e. V.), Astrid Mikoleietz (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum), Dr. Monika Nakath (BLHA), PD Dr. Klaus Neitmann (BLHA), Sylvia Pieper (Stadtarchiv Perleberg), Dr. Bettina Irina Reimers (Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung), Frank Schmidt (BLHA), Ireen Schulz (Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags),
Redaktionsschluss:	1. März 2012
Gesamtherstellung:	Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Titelbild:	Karte der Mark Brandenburg aus dem 16. Jahrhundert (BLHA, AKS 610 B)

© Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Landesverband Brandenburg im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. Die Beiträge geben die Meinung ihrer Verfasser wieder. Erscheint einmal jährlich, kostenlose Abgabe. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind im Internet abrufbar unter: http://www.blha.de/netCmsFrames.aspx?PageID=287&NavIndex=04.05

14. Brandenburgischer Archivtag in Beeskow am 5. bis 6. Mai 2011:

Die lokale Lebenswelt dokumentieren – Die Übernahme nichtamtlicher Überlieferung als Kernaufgabe der Kommunalarchive

Ernst Otto Bräunche

„Kommunalarchivische Überlieferungsbildung hat die Aufgabe, die lokale Gesellschaft und Lebenswirklichkeit umfassend abzubilden, deren Ereignisse, Phänomene, Strukturen im Großen wie im Kleinen zu dokumentieren und dabei der Pluralität des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehens gerecht zu werden. Die archivalische Überlieferung soll daher alle Informationen umfassen, die zur Rechtssicherung für die Kommune, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie zur Abbildung der historischen und der aktuellen Entwicklung der Kommune und ihrer Individualität als relevant ausgewählt (bewertet) werden, in Form von Urkunden, Akten, Karten, Bildern, Tonträgern, Plänen, Unterlagen aus digitalen Systemen etc. Das Kommunalarchiv darf dabei nicht nur als Archiv der Verwaltung, sondern es muss als zentrales Archiv der ganzen Gebietskörperschaft begriffen werden.“[1] Diese Aussage trifft das Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive „Das historische Erbe sichern! Was ist aus kommunaler Sicht Überlieferungsbildung?“ aus dem Jahr 2004. Den Auftrag, „Der Pluralität der lokalen Lebenswelt ... gerecht [zu] werden,“ kann ein Kommunalarchiv nur erfüllen, „wenn es auch die Unterlagen von Vereinen, Parteien, Firmen oder anderen am Ort ansässigen Einrichtungen in nichtkommunaler Trägerschaft in seine Tätigkeit einbezieht und Zeitungen, Autografen, Flugblätter, Karten, Plakate, Film- und Tondokumente usw. als Dokumente zur Kommunalentwicklung sammelt. Nachlässe von Privatpersonen, die diese geschichtliche Entwicklung der Kommune dokumentieren, sollten übernommen bzw. erworben werden.“ Am Beispiel des Stadtarchivs Karlsruhe soll vorgestellt werden, wie dieser Auftrag in einem kleineren Großstadtarchiv umgesetzt werden kann und vor allem auch, welchen Nutzen die Sammlung nichtamtlicher Überlieferung hat.

2010 konnte das Stadtarchiv Karlsruhe sein 125-jähriges Jubiläum feiern. Seine Gründung als älteste städtische Kultureinrichtung im Jahr 1885 basiert auf einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung, die der neuen Einrichtung zahlreiche historische Dokumente zur Verfügung gestellt hatte. Mit der Gründung des Stadtarchivs kam eine Entwicklung zum Abschluss, die bereits im Jahr 1878 mit Überlegungen begonnen hatte, ein städtisches Archivgebäude zu bauen. Bis zum Bezug eines eigenen Gebäudes sollten aber noch mehr als 15 Jahre vergehen. Dass es der Stadt aber mit ihrer Absicht ernst war, belegt ein bereits am 2. April 1882 veröffentlichter Aufruf an die Karlsruher Bevölkerung, „etwa in ihrem Besitz befindliche Pläne, Ansichten und Beschreibungen, welche von dem baulichen Zustande und der Entwicklung der hiesigen Stadt in früherer Zeit Kunde geben“[2], einem noch einzurichtenden Stadtarchiv zur Verfügung zu stellen. Der Aufruf war so erfolgreich, dass Bürgermeister Karl Schnetzler schon zu Beginn des Jahres 1884 den Auftrag erteilte, eine Persönlichkeit zu finden, die einen „Archivkatalog“ anfertigen könne, womit wohl ein Archivrepertorium (Findbuch) gemeint war. Diese breite Bürgerbeteiligung gab auch den letzten Anstoß zur Gründung des Archivs, sah die Stadt darin doch das Bedürfnis bestätigt, „die Erinnerung der Stadt zu erhalten“. Der Aufbau eines Stadtarchivs wurde als eine Investition für die Zukunft gesehen, „die vorzugsweise den nachfolgenden Generationen zu gute kommen wird.“[3] Das Stadtarchiv erhielt also schon mit seiner Gründung neben einem historischen Bildungsauftrag und der Aufgabe, die in der Stadtverwaltung entstandenen Unterlagen zu archivieren, auch einen dezidierten Sammlungsauftrag. Bis heute kommt das Stadtarchiv als zentraler stadthistorischer Dienstleister diesen Aufgaben nach und ist damit ein Archiv von der Bürgerschaft und für die Bürgerschaft geblieben. Zum 125-jährigen Jubiläum des Stadtarchivs ist eine kleine Festschrift[4] erschienen, die u. a. seine bedeutendsten neuen Bestände seit 1990 vorstellt, als eine umfassende erste Bestandsübersicht veröffentlicht wurde und nach dem

Festschrift des Stadtarchivs Karlsruhe zum 125-jährigen Jubiläum. Foto: Stadtarchiv Karlsruhe.

1 *http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Positionspapier_Ueberlieferungsbildung.pdf, S. 2 [Stand 20.01.2012].*

2 *Karlsruher Tagblatt, 02.04.1882.*

3 *Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 3/B 21.*

4 *Vgl. Ernst Otto Bräunche: Stadtarchiv Karlsruhe. Gedächtnis der Stadt, Karlsruhe 2010.*

Umbau der ehemaligen städtischen Pfandleihe für Archivzwecke ein funktionsfähiges Gebäude mit ausreichenden Platzreserven zur Verfügung stand.[5] Von sieben Beiträgen widmen sich allein vier neuen bedeutenden Sammlungsbeständen, die nun kurz vorgestellt werden sollen:

Nachlass Carl Peter Pflästerer

Der Nachlass Carl Peter Pflästerer steht stellvertretend für eine Vielzahl von Nachlässen, die seit 1990 ins Stadtarchiv gelangten. Zu den 1990 in der Bestandsübersicht aufgeführten zwölf Nachlässen sind bis letztes Jahr 50 weitere hinzugekommen. Der Nachlass Pflästerer ist auch ein Beispiel dafür, dass Archive häufig auf den Zufall oder eine hilfreiche Person angewiesen sind, die Kenntnis von der Arbeit des Stadtarchivs und der Bedeutung der Ergänzung der amtlichen Überlieferung durch private Aufzeichnungen und Dokumente hat. So ist es einem Hinweis aus der Bevölkerung letztlich zu verdanken, dass der für die Karlsruher Stadtgeschichte so außerordentlich wertvolle Nachlass des Karlsruher Architekten und Stadtplaners Carl Peter Pflästerer anlässlich einer Haushaltsauflösung im Frühjahr 1991 nicht dem Altpapier zugeführt wurde, sondern in die Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe aufgenommen werden konnte. Es handelt sich hierbei um ca. zwei laufende Meter Aktenfaszikel, Tagebücher, Notizhefte, Taschenkalender und Fotoalben sowie zahlreiche Planmappen, großformatige Entwürfe, Aquarelle und Pausen, die sowohl Aspekte seines Privatlebens und künstlerischen Schaffens als auch umfangreiches Material zu seiner langjährigen Tätigkeit im Dienst der Karlsruher Stadtplanung beinhalten. Vor allem diese offiziellen Unterlagen aus den Jahren 1919 bis 1954, die gleichsam eine Doppelüberlieferung der ehemals in der Amtsregistratur des Stadtplanungsamtes befindlichen Akten und Dokumente, die im Zweiten Weltkrieg durch Brand vernichtet wurden, darstellen, sind für die Stadtgeschichtsforschung von unschätzbarem Wert und gewähren erstmals einen Ein- und Überblick in die städtebaulichen Vorhaben und beabsichtigten stadtplanerischen Veränderungen Karlsruhes in der Zeit des Nationalsozialismus. Über mehr als drei Jahrzehnte hinweg prägte und formte der am 22. März 1888 in Weinheim an der Bergstraße geborene Carl Peter Pflästerer, der an der Karlsruher Baugewerkeschule Architektur studierte und anschließend die Großherzogliche Kunstgewerbeschule besuchte, das städtebauliche Bild Karlsruhes entscheidend mit. Bereits die im Jahr 1926 im „Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe“ veröffentlichten Pläne und Skizzen wurden überwiegend von Pflästerer erstellt. Auch von seiner Teilnahme an zahlreichen Wettbewerben zeugen viele Zeichnungen. In den folgenden Jahren erarbeitete er als Leiter des Stadtplanungsamtes und Sonderbeauftragter von Oberbürgermeister Oskar Hüssy zur Durchführung besonderer städtebaulicher Arbeiten viele Pläne und Entwürfe, nach denen Karlsruhe zur „Gau- und Grenzlandhauptstadt“ umgebaut werden sollte. Eine monumental bebaute Ost-West-Achse vom Rhein über den Mühlburger Entenfang bis nach Durlach sollte ebenso entstehen, wie eine „Via triumphalis“ als Nord-Süd-Achse vom Schloss über das Ettlinger Tor, den Stadtgarten und Hauptbahnhof in Richtung Süden. Die Pläne sind glücklicherweise nie umgesetzt worden, dass sie aber im Nachlass Carl Peter Pflästerer erhalten sind, ist für die Stadtgeschichte und die Forschung von unschätzbarem Wert. Das Stadtarchiv hat 2011 eine Magisterarbeit zu dem Karlsruher Stadtplaner veröffentlicht, der der Stadt unter drei Regierungssystemen diente: der Weimarer Republik, dem Dritten Reich und der Bundesrepublik.[6]

Das Bildarchiv Schlesiger

Zu den wichtigsten Neuerwerbungen des Stadtarchivs in den letzten 20 Jahren gehört ohne Zweifel das Bildarchiv Schlesiger. Der am 28. Mai 1925 in Halle a. d. Saale geborene Bildjournalist Horst Schlesiger war von 1950 bis 1990 als freiberuflicher Bildjournalist für die „Badischen Neuesten Nachrichten (BNN)“ in Karlsruhe tätig. Als er nach 40 Jahren Berufstätigkeit als **der** Karlsruher Bildreporter der Nachkriegszeit am 5. März 1993 in Karlsruhe starb, würdigte ihn ein Nachruf völlig zurecht als einen „Chronisten der Kamera“ und einen „Wegbegleiter einer Epoche Karlsruher Geschichte“. Es gibt in der Tat kaum ein kommunalpolitisches Ereignis oder eine Veranstaltung, die Schlesiger nicht im Bild festhielt. Das Stadtarchiv besitzt mit diesem Bildarchiv die zentrale Fotoüberlieferung der Nachkriegszeit in Karlsruhe.

Horst Schlesigers Bildnachlass befindet sich seit 1994 im Besitz des Stadtarchivs Karlsruhe. Er umfasst 70 Ordner mit schwarz-weiß-Negativen und enthält alle Bilder, die er während dieser 40 Jahre für die „BNN“ fotografiert hat. Die zu den Negativen gehörenden Bilder liegen als Zeitungsausschnitte, in Form der jeweils in den „BNN“ veröffentlichten Aufnahmen vor und sind in 66 Ordnern abgeheftet. Die Fotos sind für die Stadtgeschichte Karlsruhes von unschätzbarem Wert, denn sie spiegeln aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Zugängen über 40 Jahre hinweg das öffentliche, politische und gesellschaftliche Leben der Stadt, den Alltag, die Freizeit und Arbeitswelt und zum Teil auch die Schicksale der in ihr wohnenden Menschen wider. Stimmungsvolle Natur- und Landschaftsaufnahmen von den Grünanlagen Karlsruhes sowie vom Rhein mit seinen Altrheinarmen

5 *Eine aktualisierte komplette Beständeübersicht des Stadtarchivs Karlsruhe ist inzwischen im Internet, vgl. http://www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/bestaende [20.01.2012].*

6 *Zu Pflästerer vgl.: Isabelle Dupont: Carl Peter Pflästerer und die Stadtplanung Karlsruhes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Karlsruhe 2011 (Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs 12).*

ergänzen den Bestand. Inzwischen sind die Fotos der Jahre 1950 bis 1975 für die Benutzung durch Findbücher erschlossen und nach Sachthemen inhaltlich geordnet, mit Signaturen gekennzeichnet und mit einer detaillierten Bildbeschreibung versehen.
Die Jahrgänge 1950 bis 1977 liegen in digitalisierter Form vor. Es gibt keine Ausstellung oder Publikation zur Nachkriegszeit in Karlsruhe, die ohne Schlesiger-Fotos auskommt. Auch das Stadtarchiv zeigt seit mehreren Jahren kleine Ausstellungen in seinem Foyer „Vor 50 Jahren ... Mit Horst Schlesiger durch das Jahr ...“, darüber hinaus aber auch anlassbezogen thematische Ausstellungen mit Bildern aus dem Bildarchiv Schlesiger wie z. B. die 2011 gezeigten Ausstellungen zum 100. Geburtstag des bedeutendsten Karlsruher Oberbürgermeisters der Nachkriegszeit, Günther Klotz, und dem 60-jährigen Jubiläum des Bundesverfassungsgerichts.

Bildarchiv Schmeiser

Das Bildarchiv Schmeiser gelangte nach 1990 durch den Hinweis des damaligen Stadtkonservators in den Besitz des Stadtarchivs. Gegründet wurde das Fotoatelier 1908 durch Hermann Schmeiser. Schon bald etablierte es sich als Adresse für Fotografien aller Art, denn Schmeiser fertigte nicht nur Porträt- und Familienaufnahmen von Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern sowie von Politikerinnen und Politikern, sondern auch Gruppenaufnahmen von Soldaten, Vereinen, Studentenverbindungen und Schulklassen, Aufnahmen von besonderen Ereignissen oder Werbeaufnahmen für Karlsruher Firmen. Der gesamte angekaufte Bestand umfasst neben vier Auftragsbüchern rund 80.000 Fotos, zum Großteil Porträtaufnahmen, Bilder von Hochzeitspaaren, Kommunionskindern oder Familienfotos. Mode, Generationenverhältnisse und Familienstrukturen der jeweiligen Zeit sowie deren Wandel im Laufe des letzten Jahrhunderts sind aufgrund des zeitlichen Umfangs des Bestandes anhand der Aufnahmen gut auszumachen. Die Personenaufnahmen sind daher von großer sozial- und familiengeschichtlicher Bedeutung.

Unter den Porträtaufnahmen befinden sich auch einige prominente Persönlichkeiten, z. B. der badische Minister und Staatspräsident Adam Remmele (1877–1951) oder der ehemalige badische Finanzminister und Staatspräsident und spätere Stellvertretende Ministerpräsident, Wirtschaftsminister und Finanzminister von Württemberg-Nordbaden Heinrich Köhler (1878–1949). Zeugnis und geschichtlichen Überblick von und über Karlsruher Institutionen und Vereinigungen geben die Gruppenaufnahmen, die ebenfalls einen großen Teil des Bestandes ausmachen. Darunter befinden sich Gruppenfotos von unterschiedlichen Sportmannschaften oder Schulen. Neben Personen wurden auch besondere Ereignisse in der Stadt und Ansichten der Stadt im Wandel der Zeit mit der Kamera festgehalten. So sind zum Beispiel der Bau des neuen Hauptbahnhofes, Zerstörung und Wiederaufbau der Liebfrauenkirche in der Südstadt oder der Besuch Konrad Adenauers 1950 in Karlsruhe dokumentiert. Auch Werbeaufnahmen für Firmen wurden im Fotoatelier Schmeiser gefertigt, so z. B. für den Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, Vorgänger des Konsums. Auch das 1945 von Max Egon Becker zunächst als Reparaturwerkstätte für Rundfunkgeräte gegründete Autoradiowerk Becker gehörte zu Schmeisers Kunden. Im Laufe der Jahre erweiterte Becker das Angebot um die Produktion eigener Autoradios. Diese Fotos sind nicht nur ein wichtiges Dokument der Firmengeschichte des Autoradiowerks Becker, sondern veranschaulichen auch den damaligen Stand der Technik von Autoarmaturen. Zudem erwiesen sich die Aufnahmen schon mehrfach als Bilder-Fundgrube für Liebhaber älterer Autogenerationen.

Mercedes 170, 26. Juli 1950.
Stadtarchiv Karlsruhe 8/BA Schmeiser 7327.

Signifikant für die Arbeit des Fotoateliers Schmeiser ist, dass trotz neuer Filmmaterialien lange Zeit auf Glasplatten fotografiert wurde. Diese verzeichneten und digitalisierten Mitarbeiter des Stadtarchivs Karlsruhe mit Unterstützung der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg und machten so eine Bebilderung der Karlsruher Geschichte der Öffentlichkeit zugänglich, die fast ein ganzes Jahrhundert umfasst.

Das Sportarchiv

Das Stadtarchiv Karlsruhe hat ebenfalls mit Unterstützung der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg ein Sportarchiv aufgebaut, das an zentraler Stelle historische Unterlagen zum lokalen Sportgeschehen (Urkunden, Vereinsakten, Protokollbände, Bilder, Filme etc.) sichert, bearbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Seinen Ursprung hat das unter dem Arbeitstitel „Sport in Karlsruhe“ im Oktober 2004 gestartete Projekt als Ausstellung und Publikation. Im Rahmen der Fußball-WM 2006 präsentierte das Stadtmuseum im PrinzMaxPalais Karlsruhe am Beispiel verschiedener Karlsruher Sportvereine, Sportlerpersönlichkeiten und Sportstätten eine Ausstellung über die Geschichte des Sports in Karlsruhe bis in die 1960er Jahre.

Seit Anfang des Jahres 2005, als die Karlsruherinnen und Karlsruher sowie die örtlichen Sportvereine aufgerufen wurden, historische Sportarchivalien als Leihgabe, Depositum oder Schenkung zur Verfügung zu stellen, ist so ein auf kommunaler Ebene bislang einmaliges Archiv entstanden. Zahlreiche Privatpersonen stifteten wichtige Dokumente und Bilder. Auch die Karlsruher Sportvereine wie die ESG Frankonia, der Karlsruher Turnverein u. a. übereigneten ihre kompletten Vereinsarchive, die nun im Stadtarchiv Karlsruhe unter optimalen Lagerungsbedingungen sicher für spätere Generationen aufbewahrt werden. Alle relevanten Unterlagen wurden zudem digitalisiert und können im Stadtarchiv am Bildschirm, seit Mitte 2010 auch im Internet eingesehen werden.
Das Sportarchiv enthält z. B. auch Teilbestände des in den Insolvenzwirren des Karlsruher Fußballvereins (KFV) zunächst verloren geglaubten Vereinsarchivs des KFV, zumal Karlsruhe zu Beginn des organisierten Fußballs neben Berlin und Leipzig zu den Hochburgen dieses Spiels zählte. Aus Privatbesitz hat das Stadtarchiv auch Bilder und Dokumente von Julius Hirsch bekommen, einer der beiden einzigen deutschen jüdischen Fußballnationalspieler, der 1943 von den Nationalsozialisten in Auschwitz ermordet wurde.[7] Die Dokumente stehen digital zur Verfügung.

Ein Meilenstein war auch die Übernahme des Archivs des Karlsruher Sport-Club Mühlburg-Phönix e. V. (KSC) im Januar 2007 von einem Privatsammler aus Leimen, das der KSC erworben und dem Stadtarchiv für das Sportarchiv zur Verfügung gestellt hatte. Derzeit liegen allein vom KSC-Archiv 11.265 Einzelscans im pdf-Format sowie 122 Bilder vor. Ende Mai 2007 erfolgte die offizielle Unterzeichnung des Depositalvertrages durch den Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich und den KSC-Präsidenten Hubert R. Raase im Stadtarchiv Karlsruhe. Über diese einmalige Kooperation zwischen einem Stadtarchiv und dem Karlsruher Traditionsverein berichtete die örtliche Presse ausführlich in den Printmedien und im Internet, so dass sich im weiteren Projektverlauf etliche ehemalige KSC-Funktionäre und Spieler bzw. deren Angehörige meldeten und weitere sporthistorische Zeitzeugnisse wie Bilderalben, Urkunden etc. übergaben. In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe (HfG) unter der Leitung von Professor Jürgen Enge ist außerdem eine digitale webbasierte Datenbank über die Vereinsgeschichte aller Karlsruher Sportvereine, die „Karlsruher Sportgeschichte digital", erstellt worden.[8]

Julius Hirsch (1892–1943) Foto 1920. Stadtarchiv Karlsruhe 8/SpoA 5265.

Zusammenfassung

Die vorgestellten Beispiele – Nachlässe, Fotoarchive, Vereinsunterlagen – stehen natürlich nur für einen Teil der Sammlungstätigkeit von Archiven, wie sie jedes Kommunalarchiv verwahrt. Darüber hinaus wären natürlich noch viele weitere Sammlungsbereiche zu nennen gewesen, beispielsweise Autographen, Filme, Firmenunterlagen, Plakate, Pläne, Postkarten, Zeitungen und Zeitgeschichtliche oder Zeitungsauschnittsammlungen. Wenn sich Archivarinnen und Archivare einig sind, dann heißt das aber noch nicht immer, dass auch die Archivträger dies so sehen. Es gab immer wieder mal Bespiele dafür, dass darüber nachgedacht wurde, ob die Sammlung von nichtamtlichem Schriftgut zu den Aufgaben von Archiven gehören. Wer tatsächlich diese Aufgabe aufgeben will, die integraler Bestandteil der Archivarbeit ist, würde die stadtgeschichtliche Arbeit erschweren, vielfach unmöglich machen und einen Teil städtischer Identität aufgeben. Sammlungsunterlagen stellen für einige stadtgeschichtliche Themen die einzige Quelle dar, für andere liefern sie wichtige Ergänzungen. Außerdem sind Sammlungsbestände häufig Grundlage von publikumswirksamen Veranstaltungen, die auch die Beachtung der Kommunalpolitiker finden, die letztlich ja den städtischen Haushalt beschließen. Nicht zuletzt haben auch Stiftungen die Bedeutung nichtamtlichen Schriftguts erkannt, wie das Karlsruher Sportarchiv und das Fotoarchiv Schmeiser zeigen.

Kontakt

Stadtarchiv Karlsruhe
Dr. Ernst Otto Bräunche
Leitender Stadtarchivdirektor
Markgrafenstraße 29, 76124 Karlsruhe
archiv@kultur.karlsruhe.de
http://www.karlsruhe.de/kultur/stadtgeschichte/stadtarchiv.de

7 *Vgl. Gereon Tönnihsen: Julius Hirsch. Ein deutscher Fußballnationalspieler jüdischer Herkunft aus Karlsruhe, Karlsruhe 2008 (Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs 10).*

8 *http://daten.karlsruhe.de/sportarchiv/index.php?seite=6& [20.01.2012].*

Quellen zur Geschichte im Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)

Bettina Irina Reimers

Das Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) dokumentiert die Geschichte der Erziehung und der Bildungspraxis im deutschsprachigen Raum. Es sammelt, sichert und erschließt bildungsgeschichtlich bedeutsame Quellen und Sammlungen aus privater Hand und von nicht an staatliche oder andere Archive abgabepflichtigen Organisationen und Institutionen und stellt diese für die Forschung bzw. für interessierte Nutzerinnen und Nutzer bereit.
Das Archivgut beläuft sich gegenwärtig auf ca. 1.800 laufende Meter. Dazu gehören:

- 83 Nachlässe und Personenfonds von Pädagoginnen und Pädagogen, von Bildungshistorikerinnen und Bildungshistorikern sowie von Personen aus der Schulverwaltung,
- 46 neuzeitliche Aktennachlässe von Körperschaften und Vereinigungen,
- 28 bildungshistorisch relevante Sammlungen.

Die älteste Urkunde datiert aus dem 16. Jahrhundert, das jüngste Dokument stammt aus dem Jahr 2010. Der zeitliche Schwerpunkt der Überlieferung liegt in der zweiten Hälfte des 19. und im frühen 20. Jahrhundert. Die heutige Zusammensetzung der sehr heterogenen Archivbestände ist historisch bedingt, sie spiegelt die gesellschafts- wie auch bildungspolitischen Veränderungsprozesse wider und resultiert aus dem im Laufe der Geschichte mehrfach erfolgten Wechsel der Trägereinrichtungen.

Das Archiv versteht sich als ein sammelndes Spezialarchiv,[1] es nimmt mit seinem breit gefächerten Sammlungsprofil den historischen Auftrag, der bereits 1876 bei der Deutschen Lehrerbücherei formuliert wurde, wieder auf. Eine Aufgabe als Archiv einer wissenschaftlichen Einrichtung, die der Wissenschaftsgemeinschaft Wilhelm-Gottfried-Leibniz angehört, ist es heute, diese Tradition eines sammelnden Archivs zu bewahren. Eine zweite Aufgabe besteht darin, die Bestände archivfachlich zu bearbeiten und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen bzw. für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung zu stellen. Die dritte Aufgabe ist es, die Sammlung zu mehren.[2] Das Archiv der BBF als Spezialarchiv für die historische Bildungsforschung bemüht sich daher aktiv, Bestände und Materialien mit hoher Forschungsrelevanz bzw. ausgeprägtem Forschungspotential einzuwerben. Dazu gehören neben geschlossenen Beständen (Nachlässe, Personenfonds, Aktenüberlieferungen von Einrichtungen) und Sammlungen Dritter (thematische, historische Dokumentationen) selbstverständlich auch Einzelstücke (Autographen, Fotos u. ä.). Zentrale Kriterien für die Aufnahme in die Sammlung sind dabei der thematische und/oder historische Bezug des Schriftgutes und der Exponate zum Thema Bildung im weitesten Sinne wie beispielsweise Schule und Schulpraxis, Erziehung und Erziehungspraxis oder auch Bildungs- und Vermittlungsarbeit.

Helga Otto (Berthold-Otto-Schule, Berlin-Lichterfelde 1914), BBF/DIPF/Archiv: OT FOTO 811.

1 *Die Frühjahrestagung der Fachgruppe 8 des Vereins Deutscher Archivarinnen und Archivare im Jahr 1995 setzte sich mit dem Schwerpunktthema „Archive und Museen" auseinander. Diskutiert wurde die Besonderheit der Archive, die nicht laufend durch abgebende Behörden Archivgut erhalten, sondern ausschließlich durch aktive Einwerbung oder Ankauf von Sammlungsgut aus privater Hand oder von Nachlässen eine Erweiterung des Archivbestandes vornehmen. Für diese Besonderheit der vornehmlich kleineren Archive wurde auf dieser Tagung der Begriff „sammelndes Bewahren" geprägt.*

2 *Bei den gegenwärtig 16 Archiven in den wissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft handelt es sich überwiegend um sammelnde Spezialarchive mit einem hohen Anteil an Sammlungsgut. Einen Eindruck von der Vielschichtigkeit der Sammlungen gibt die Publikation Forschen – Reisen – Entdecken. Lebenswelten in den Archiven der Leibniz-Gemeinschaft, herausgegeben von Heinz Peter Brogiato und Klaus-Peter Kiedel, Mitteldeutscher Verlag Halle 2011.*

Zur Geschichte des Archivs

Die Geschichte des Archivs beginnt 1876 mit der Gründung des Deutschen Schulmuseums (später Deutsche Lehrerbücherei), deren Ziel es war, neben der pädagogischen Bibliothek für die Lehrer auch ein Archiv aufzubauen. Adolf Rebhuhn, einer der Gründer der Deutschen Lehrerbücherei, beschreibt in dem von ihm 1922 herausgegebenen ersten Quellenverzeichnis den Auftrag der Abteilung, die den Grundstock für das heutige Archiv der BBF bildete, wie folgt: „Zum ersten: sie [die Handschriftensammlung] ist in reichlich drei Jahrzehnten mit ganz bescheidenen Aufwendungen zustande gekommen, – und zum andern: wesentlich pädagogische Beziehungen der einzelnen Stücke entschieden (mit wenigen Ausnahmen) über ihre Einreihung."[3]

Bis 1943 sammelte die Deutsche Lehrerbücherei 3.088 Handschriften, 1.066 Kupferstiche und Druckgrafiken sowie 409 Schulmünzen. Nach einem Luftangriff in der Nacht vom 22. auf den 23. November 1943 wurden die Archivalien – wie auch 72.000 Bücher – darunter die Sammlung „Alte Drucke" – ins heutige Tschechien ausgelagert, um sie vor Kriegsschäden und Plünderungen zu bewahren. Nach Kriegsende zog sich die Rückführung des Auslagerungsgutes bis 1950 hin.[4] Von den Handschriften kamen lediglich 1.341 wieder zurück, die gesamte Münzsammlung und auch weite Teile der Bildersammlung gelten als verschollen. Zum historischen Bestand des Archivs gehören zudem die Sitzungsprotokolle verschiedener in Berlin ansässiger Lehrervereine und Vereinigungen, Protokolle einiger Landesverbände der Lehrerschaft und vereinzelt Nachlässe. Besonders hervorzuheben ist der von der Deutschen Lehrerbücherei zusammengetragene Nachlass von Adolph Diesterweg (1790–1866).

Der Archivbestand der ehemaligen Deutschen Lehrerbücherei wurde in die im November 1950 neu gegründete Pädagogische Zentralbibliothek (PZB) überführt und gelangte 1992 in die Nachfolgeeinrichtung Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin (BBF) des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) mit Sitz in Frankfurt a. M. Nach der Überführung des Archivgutes in die Warschauer Straße im Jahr 1994 wurde mit der elektronischen Erfassung der Bestände begonnen. Zudem konnte den Nutzerinnen und Nutzern erstmals wieder ein komfortabler Leseraum zur Verfügung gestellt werden.

Neben dem – vergleichsweise – kleinen historischen Bestand der ehemaligen Deutschen Lehrerbücherei verwahrt das Archiv der BBF als eine zweite größere Bestandsgruppe das Schriftgut des Archivs der ehemaligen Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (APW) als Depositum des Bundesarchivs.[5] Das Archiv der 1990 geschlossenen APW wurde zunächst als reines Verwaltungsarchiv gegründet und beherbergte die Schriftgutbestände seiner Trägerinstitution – des 1949 gegründeten Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts (DPZI) und der 1970 daraus hervorgegangenen Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Das umfangreiche Schriftgut mit mehr als 17.000 Akteneinheiten (ca. 600 lfm) dient heute als Quellenbasis für die erziehungsgeschichtliche und schulgeschichtliche Forschung der DDR. Es steht mit Ausnahme der noch Schutzfristen unterliegenden Akten und personenbezogenen Gutachten für die Nutzung zur Verfügung.

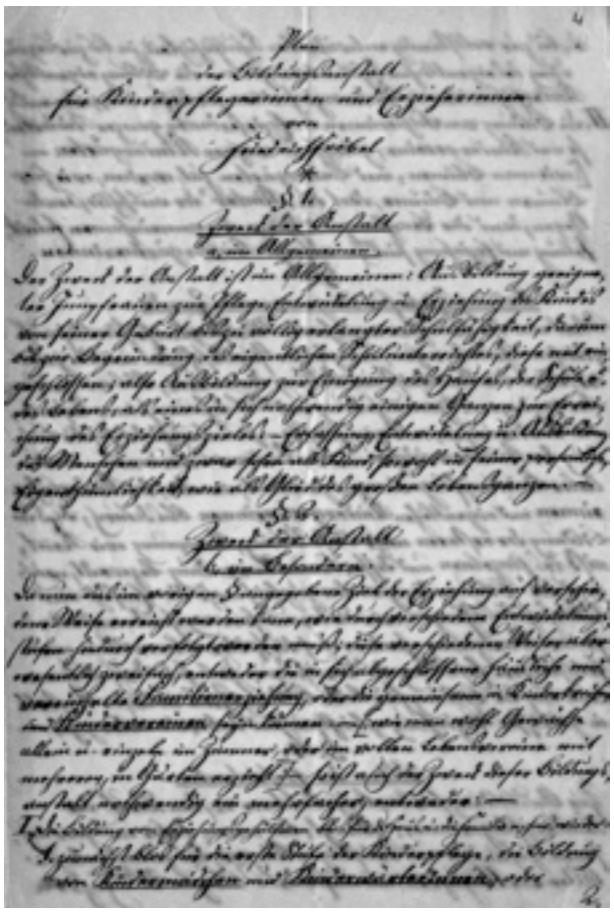
Seit 1976 wurde das Verwaltungsschriftgut planmäßig durch Archivgut nichtstaatlicher Herkunft wie beispielsweise durch Schenkung oder Übereignung von Nachlässen, Teilnachlässen und Personenfonds herausragender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DPZI und der APW bzw. Vertretern der Schulverwaltung sowie bekannter Pädagoginnen und Pädagogen angereichert.

---

3 Rebhuhn, Adolf (Hg.): Handschrift und Bild als pädagogische Geschichtsquelle; ein Nachweis von Quellen aus der Deutschen Lehrer-Bücherei, Berlin 1922, S. 1.

4 Zur Geschichte des Archivs siehe Basikow, Ursula: Bestandsprofil des Archivs in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung, in: Dokumentationsziele und Aspekte der Bewertung in Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Institutionen, herausgegeben vom Präsidenten der Universität des Saarlandes, Saarbrücken 2007, S. 117–127. Zur Geschichte der Bibliothek siehe das Begleitheft zur Ausstellung WissensWege – Von der Lehrerbücherei zur Forschungsbibliothek. 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (vormals Deutsche Lehrerbücherei und Pädagogische Zentralbibliothek), herausgegeben von der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung, Berlin 2001.

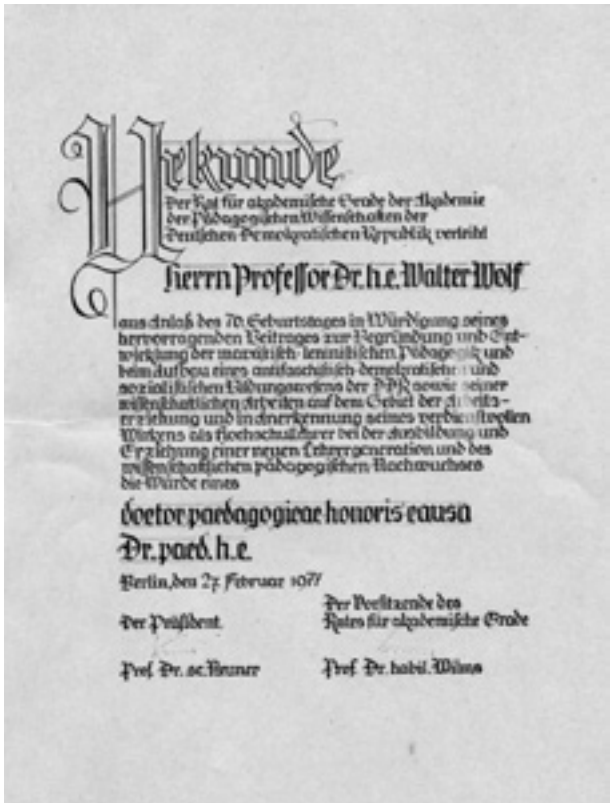
5 Vgl. den Eintrag in Renger, Christian / Speck, Dieter: Die Archive der Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen: ein Kurzführer, Weimar 1995, S. 16. Siehe auch Basikow, Ursula: Das Archiv der ehemaligen Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, in: Der Archivar 45 (1992) Sp. 385–386.



Plan der Bildungsanstalt für Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen von Friedrich Fröbel. BBF/DIPF/Archiv, FROEBEL 241, Bl. 4.

Hervorzuheben ist hier der Teilnachlass von Friedrich Fröbel (1782–1852)[6] und einige jüngere Nachlässe beispielsweise von Robert Alt (1905–1978), Gerda Mundorf (1913–1983), Gertrud Rosenow (1889–1976), Adelheid (1884–1968) und Marie Torhorst (1888–1989), Karl Sothmann (1895–1993), Karl Trinks (1891–1981) und Walter Wolf (1907–1977). Die Nachlässe sind inzwischen unterschiedlich tief erschlossen und stehen für die wissenschaftliche Nutzung weitgehend zur Verfügung.

Seit 1994 hat das Archiv seine Bestände durch Schenkungen, Ankäufe und Deposita ständig erweitert. Dabei handelt es sich in erster Linie um privates Schriftgut wie Nach- und Vorlässe sowie Personenfonds von Personen, die im Kaiserreich und der Weimarer Republik bzw. in der DDR und der BRD als Pädagoginnen und Pädagogen, Schulleiterinnen und Schulleiter oder Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker tätig waren. Von Bedeutung – insbesondere für die Auseinandersetzung mit reformpädagogischen Bestrebungen – sind die Nachlässe von Berthold Otto (1859–1933), Hugo Gaudig (1860–1923), Ludwig Pallat (1876–1946) und Adolf Reichwein (1898–1944). Kontinuierlich ins Archivgut übernommen werden zudem Teilbestände bzw. Nachlässe von Vertreterinnen und Vertretern des Fachs Pädagogik wie beispielsweise von Heinrich Roth (1906–1983), Gottfried Hausmann (1906–1995) und Hans Scheuerl (1919–2004) oder auch Vorlässe wie beispielsweise von Dietrich Benner, Doris Knab, Ulrich-Johannes Kledzik und Wolfgang Klafki.


Urkunde

Der Rat für akademische Grade der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik verleiht

Herrn Professor Dr. h.c. Walter Wolf

aus Anlaß des 70. Geburtstages in Würdigung seines hervorragenden Beitrages zur Begründung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Pädagogik und beim Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Bildungswesens der DDR sowie seiner wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der [illegible]erziehung und in Anerkennung seines verdienstvollen Wirkens als Hochschullehrer bei der Ausbildung und Erziehung einer neuen Lehrergeneration und des wissenschaftlichen pädagogischen Nachwuchses die Würde eines

doctor paedagogicae honoris causa

Dr. paed. h.c.

Berlin, den 27. Februar 1977

Der Präsident — Prof. Dr. sc. Benner

Der Vorsitzende des Rates für akademische Grade — Prof. Dr. habil. Wilms

Urkunde zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Walter Wolf, BBF/DIPF/Archiv: APW 11694.

Ergänzt wird die Bestandsgruppe durch geschlossene Aktennachlässe bzw. Sammlungen von pädagogischen Gesellschaften wie der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), Ausbildungsstätten, Vereinen und Körperschaften. Diejenigen Nachlässe und Unterlagen, die keinen Schutzfristen mehr unterliegen und von besonderem Interesse für die Historische Bildungsforschung sind, werden möglichst zeitnah zur Übernahme erschlossen.

Für die schulgeschichtliche Forschung von besonderer Bedeutung ist der Aktenbestand der Gutachterstelle für deutsches Schul- und Studienwesen im Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung mit einem Umfang von ca. 300 laufende Meter. Der Bestand wurde in mehreren Lieferungen seit 1997 von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft übernommen. Der Ursprung des Bestandes geht auf die „Königlich preußische Auskunftsstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens“ in Berlin zurück, die 1889 gegründet und 1913 in die „Auskunftsstelle

6 *Die Briefe Friedrich Fröbels, die in unterschiedlichen Archiven verwahrt werden, wurden in einer Online-Edition virtuell zusammengeführt (http://bbf.dipf.de/digitale-bbf/editionen).*

für Schulwesen“ umgewandelt wurde. Seit 1936 firmierte sie als „Reichsstelle für Schulwesen“ und seit 1967 als „Gutachterstelle für deutsches Schul- und Studienwesen“ im Pädagogischen Zentrum bzw. im Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung. Zu den Arbeitsmaterialien gehörte eine 1932 angelegte – nach der Übergabe an das Archiv der BBF außerordentlich stark nachgefragte und inzwischen digitalisierte – Personalkartei der Volksschullehrerinnen und -lehrer Preußens mit ca. 138.000 Karten. Die Karteikarten im A5 Format enthalten handschriftliche Angaben der Lehrkräfte über die abgelegten Lehrerprüfungen, über die Anstellungsverhältnisse und die Schulorte. Ebenfalls digitalisiert liegen die Personalbögen bzw. Personalblätter der Lehrerinnen und Lehrer höherer Schulen in Preußen vor, die nach der Reichsgründung 1871 angelegt wurden. Die zwei- bis vierseitigen Bögen wurden von den Lehrkräften ausgefüllt, sie enthalten Angaben zum beruflichen Werdegang (Reifezeugnis, Studium, Lehramtsprüfung, Vorbereitungsdienst), Angaben zu den Anstellungsverhältnissen, zum Militärdienst, zu wissenschaftlichen Publikationen sowie zum Familienstand. Der Schwerpunkt der Überlieferung beginnt mit den Geburtsdaten um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Ergänzt wird der Bestand zur Recherche nach Personaldaten durch eine vom Preußischen Kultusministerium angelegte Personalkartei der höheren Schulen Preußens mit knapp 70.000 Karten. Die Sammlung der Personalunterlagen, die ursprünglich zum Zweck der späteren Rentenberechnung angelegt worden war, wurde nach 1945 nicht weiter gepflegt.[7]

Weitere Einblicke in die Schulgeschichte ermöglichen die Schulakten der 1927/28 geschlossenen Privatschulen (GUT PRIVAT) vornehmlich aus den preußischen Provinzen aus den Jahren 1874–1942, die Meldungen der Höheren Schulen Preußens über Personal und Einkommensveränderungen der Lehrkräfte (GUT PERS), umfangreiche Statistiken zu Volks-, Mittel-, Haupt- und höheren Schulen (GUT SAMML) sowie die Prüfungsarbeiten für die Pädagogische Prüfung der Lehramtsanwärter (Assessorenarbeiten) aus den Jahren 1925–1937 (GUT ASS).

Neben den bereits erwähnten Archivalien befindet sich relevantes Material zu einzelnen Lehrkräften und Schulen auch im Bibliotheksbestand der BBF. Zu nennen sind hier vornehmlich Schulfestschriften, Lehrerverzeichnisse sowie eine umfangreiche Sammlung mit Schuljahresberichten und Schulprogrammen der Höheren Schulen in Preußen 1825–1940. Sie liegen teilweise verfilmt, teilweise bereits digitalisiert vor. Die oftmals im Archiv der BBF angefragten Unterlagen zu den ehemaligen preußischen Volksschullehrerseminaren befinden sich hingegen im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.[8]

Im Bereich der Sammlungen möchte ich noch auf die Unterlagen des Bundes Deutscher Kunsterzieher e. V. und eine ca. 14.000 Zeichnungen umfassende Sammlung mit Schülerzeichnungen aus verschiedenen Schulen und Klassenstufen aus den Jahren 1870 bis 1970 hinweisen. Diese ermöglicht spannende Einblicke in die praktische Arbeit im Kunstunterricht der unterschiedlichen Epochen und dokumentiert die Veränderungsprozesse in der Kunstdidaktik. Erwähnenswert sind zudem kleine Sammlungen meist aus privater, gelegentlich aus öffentlicher Hand (z. B. Abgaben von Heimatmuseen). Dieses „Sammlungsgut“ ist sehr heterogen und wird regelmäßig erweitert, es besteht beispielsweise aus einzelnen Dokumenten zum Schulalltag (Fotos, Ausarbeitungen, Hefte, Zeugnisse), Dokumenten zur Zeitgeschichte (NS-Schulzeit) und Dokumenten zu einzelnen Unterrichtsfächern (Biologie, Zeichnen usw.).

Das Archiv der BBF stellt als Spezialarchiv Quellen für die historische, bildungshistorische und mentalitätsgeschichtliche Forschung zur Verfügung. Nahezu zwei Drittel des Archivbestandes sind in der Archivdatenbank bzw. über die Findbücher und Findlisten recherchierbar. Eine aktuelle Übersicht über alle Bestände des Archivs und den Erschließungsstand bietet die Internetseite der BBF (http://bbf.dipf.de/archiv/bestaende/bestaende-alphabetisch). Weitere Angaben zu den Nachlässen finden sich zudem in der „Zentralen Datenbank Nachlässe“ des Bundesarchivs.

Kontakt

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung
Warschauer Straße 34–38, 10243 Berlin
Tel.: 030 293360-27/26
archiv@dipf.de
http://www.bbf.dipf.de

7 *Um die Einträge in der Datenbank zu vervollständigen, sind wir an folgenden ergänzenden Informationen (mit Angabe der Quellen) interessiert: Geburtsort, Sterbedatum, Sterbeort, Wirkungsorte.*

8 *Marcus, Paul: Die preußischen Volksschullehrerseminare und ihre Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, in: Archivalische Zeitschrift 87 (2005), S. 81–135.*

Das Messbildarchiv des BLDAM – eine ganz besondere Sammlung historischer Fotografien

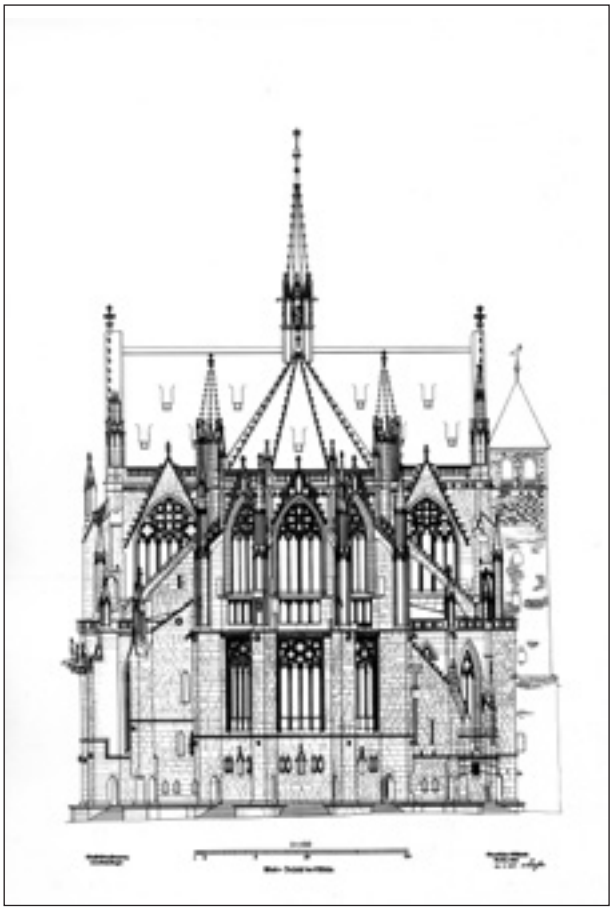
Astrid Mikoleietz

Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (BLDAM) betreut im Messbildarchiv die Sammlungen der ehemaligen Königlich Preußischen Messbildanstalt und der Staatlichen Bildstelle Berlin, circa 100.000 historische Fotografien von Bau- und Kunstdenkmalen aus der Zeit von 1880 bis 1945. Die Namen gebenden Messbilder umfassen circa 20 % des Gesamtbestandes. Durch ihre besondere Schärfe, ihr quadratisches Format und durch vier schwarze Marken an den Bildrändern sind sie leicht zu erkennen. Erzeugt werden Messbilder mit so genannten Messkammern, speziellen Fotoapparaten mit Winkelmessfunktion. Von gewöhnlichen Fotografien unterscheiden sie sich dadurch, dass sich aus ihnen die genauen Abmessungen und Formen abgebildeter Objekte mathematisch ableiten und zeichnerisch exakt darstellen lassen. Eine solche Auswertung kann ganz unabhängig von Zeit und Ort vorgenommen werden, selbst dann noch, wenn das fotografierte Objekt stark verändert oder zerstört ist.

Regensburger Dom von Osten in einer Messbildaufnahme aus den Jahren 1929/1930.

Photogrammetrie

Das Verfahren der Messbildaufnahme und -auswertung heißt Photogrammetrie oder Messbildverfahren. Es ermöglicht die berührungsfreie, dauerhafte Dokumentation von unterschiedlichen, gerade auch schwer zugänglichen oder empfindlichen Objekten. Die Dokumentation mittels Messbilder wird vor Ort in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum geschaffen. Da der Einsatz von Gerüsten zur Vermessung von Fassaden nicht notwendig ist, sind sie gegenüber den herkömmlichen Handaufmaßen zeit- und damit auch kostensparend. Dieser Vielzahl von Vorzügen entsprechend wird die Photogrammetrie über ihre Anwendung in der Denkmalpflege hinaus heute beispielsweise auch in der Landesvermessung, im Bauwesen, im Maschinen-, Fahrzeug-, Schiff-, Flugzeug- und Bergbau, in der Industrie, der Wolkenvermessung, der Röntgenmedizin, der Elektronenmikroskopie, der Geologie und der Kriminaltechnik eingesetzt.



Regensburger Dom von Osten in der photogrammetrischen Auswertungszeichnung aus dem Jahr 1935.

Albrecht Meydenbauer

Entwickelt wurde das Messbildverfahren von Albrecht Meydenbauer (geboren am 30.04.1834 in Tholey / Saarland, gestorben am 15.11.1921 in Bad Godesberg), der sich als junger Regierungs-Bauführer auch mit Aufmaßarbeiten an Bauwerken zu beschäftigen hatte. Um solche Aufmaßarbeiten zu vereinfachen und zu beschleunigen, befasste er sich ab 1858 mit der Frage, wie die noch neue Fotografie dafür nutzbar wäre. Dies brachte ihn zu der Überlegung, die absoluten Maße fotografisch abgebildeter Objekte, insbesondere von Baudenkmalen, aber auch von Geländeformen, durch die Umkehrung der Perspektive im Bild trigonometrisch zu ermitteln. Die aus den Fotografien abgeleiteten Zeichnungen hoffte er

für exakte Planungen, zur Vorbereitung von Restaurierungen und Instandsetzungen von Denkmalen sowie für Forschungen nutzen zu können.
Im Arbeiten mit einer eigenen Kamera ab 1860 erkannte Meydenbauer jedoch, wie wenig die Geräte jener Zeit geeignet waren, Aufnahmen zu erzeugen, die für eine zuverlässige zeichnerische Auswertung tatsächlich in Frage kamen. So entwarf er einen für diese Zwecke verwendbaren Fotoapparat selbst und ließ ihn 1864 bei der Firma G. Braun in Berlin herstellen. Die Brauchbarkeit des Messbildverfahrens ließ sich bereits 1867 mit dieser Messkammer in einer ersten großen Versuchsarbeit an der Stadtkirche von Freyburg an der Unstrut und an einer Geländezone um die Stadt beweisen. Mit weiteren Probearbeiten, mit zahlreichen Vorträgen und Veröffentlichungen warb Meydenbauer für sein Verfahren in den folgenden Jahren in den einschlägigen Fachkreisen.

Königlich Preußische Messbildanstalt

Den Auftrag, das Messbildverfahren als Dokumentationsverfahren für die Denkmalpflege einzuführen, erhielt er jedoch erst am 1. April 1885 mit seiner Ernennung zum Regierungs-Baurat und zum Leiter der neu gegründeten Königlich Preußischen Messbildanstalt. Sie war die weltweit erste Einrichtung dieser Art, die Denkmalpflege der erste Einsatzbereich der Photogrammetrie. Sitz der neuen Institution wurde die Bauakademie in Berlin. Meydenbauers Ziel war es, mit ihr ein Denkmäler-Archiv zu erschaffen, mit dem die systematische Dokumentation aller bedeutender Denkmäler Preußens, des Deutschen Reiches, aber auch des Auslands vorangetrieben werden sollte. Vereint unter einem Dach sollten

1.) qualitätsvolle Messbildserien und die dazugehörigen Grundmessungen,
2.) daraus abgeleitete Auswertungszeichnungen (Grundrisse, Schnitte, Ansichten, Detailzeichnungen),
3.) Schriftgut und
4.) in Großbildern dargestellte Gesamt- und Detailansichten

als umfassende, zuverlässige Quellen für Maßnahmen der praktischen Denkmalpflege, aber auch für Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt werden.
Meydenbauer unterschied bei der Zeichnung aus Messbildern zwischen Darstellung zu Schulungs- und Illustrationszwecken und der ausführlichen Bestandsdokumentation. Während für den ersten Gebrauch nur ein bis zwei Messbilder als Vorlage genügten, mussten für den denkmalpflegerischen Nutzen Messbilddokumentationen in umfangreichen Bildserien erzeugt werden. Über die Messbildeigenschaft hinaus hatten diese Dokumentationen weitere Anforderungen zu erfüllen: „Sie müssen später beim Auftragen der Zeichnungen schließen, d. h. es darf kein Bauteil herausfallen und jeder muss mindestens von zwei Seiten in möglichst wenig paralleler Richtung sichtbar sein. Es müssen möglichst viele ansehnliche, abgerundete, gut beleuchtete und photographisch durchgearbeitete Bilder darunter sein, damit die Schaulust des Publikums den ziemlich kostspieligen Aufnahmen Interesse abgewinnt, endlich muss der historisch nacheinander, neben und übereinander entstandene Bau für den Kritiker und Forscher in Einzelbildern auseinander gelegt sein, die nicht immer schön sind, dagegen oft schwer findbar, schlecht beleuchtet, aber notwendig für den Zusammenhang.“[1] Entsprechend wurde beispielsweise die Klosteranlage Chorin im Jahr 1903 in 61 Messbildern, der Kölner Dom 1889 in 154 Messbildern dokumentiert.
Verwendet wurden überwiegend Messkammern des Bildformates 40 x 40 cm. Insbesondere bei Auslandseinsätzen, wie z. B. in Griechenland und Baalbek, kamen aber auch, wegen des geringeren Gewichts der Ausrüstung und der besseren Handhabung, Fotoapparate der Formate 30 x 30 cm, 20 x 20 cm und kleinere Formate zum Einsatz. Die Belichtung erfolgte auf entsprechend großen Platten aus geschliffenem Spiegelglas.
Wie für das erste, 1864 hergestellte Aufnahmegerät, sorgte Albrecht Meydenbauer auch für die Weiterentwicklung der Messkammern. Er konstruierte neue Apparate, die auch in der hauseigenen Werkstatt der Messbildanstalt gebaut wurden. Die Objektive für diese Messkammern stammten aus der optischen Anstalt Emil Busch in Rathenow.
Bis zum Ende der Preußischen Messbildanstalt 1921 entstanden circa 20.000 Messbildaufnahmen von Denkmalen in Preußen, in Ländern des Deutschen Reiches, aber auch in Frankreich, Belgien, Griechenland, Italien, Äthiopien / Eritrea, Dänemark, Libanon, Türkei und Syrien. Bei den fotografierten Bauwerken handelt es sich vornehmlich um Kirchen, Klöster, Burgen, Schlösser, Palais, Stadtbefestigungsanlagen, Rathäuser und andere öffentliche Bauten, Tempelanlagen, aber auch Wohnbauten und Parkarchitekturen.

Staatliche Bildstelle Berlin

Aufgrund der sich immer stärker verschlechternden wirtschaftlichen Lage bestand die Preußische Messbildanstalt nur bis zum Jahr 1921. Die daraufhin gegründete Staatliche Bildstelle Berlin, als deren geschäftliche Vertretung der Deutsche Kunstverlag wirkte, übernahm Archiv und Gerätschaften, stellte Messbildaufnahmen jedoch nur nach besonderem Auftrag her. Die Sammlung der Architekturfotografien wurde nun auch durch Aufnahmen der Plastik, der Malerei und des Kunstgewerbes für den Bedarf der gesamten Kunstwissenschaft mit Hilfe herkömmlicher Aufnahmetechnik erweitert. Schließlich wuchsen die Sammlungen bis 1945, zusammen mit Ankäufen und Schenkungen, auf mehr als 100.000 Fotografien an.

---

1 Albrecht Meydenbauer: Das Denkmälerarchiv, Berlin 1905, S. 16.

Dazu gehören unter anderem

- Aufnahmen für die Reihe „Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg“, die zwischen 1907 und 1941 erschienen ist. Angefertigt wurden diese Fotografien für das Denkmalarchiv der Provinz Brandenburg zum größten Teil von Max Zeisig (1867–1937).
- Aufnahmen des Ferdinand Albert Schwartz (1836–1906) von Denkmalen auch in Brandenburg. Diese Fotografien entstanden überwiegend während der Wanderfahrten des Vereins für die Geschichte Berlins, an denen Schwartz regelmäßig teilnahm.
- Reproduktionen von Zeichnungen und Architekturentwürfen bedeutender Architekten (z. B. von Carl Friedrich Schinkel, Ludwig Persius oder Gottfried Semper).
- Reproduktionen von Entwürfen, Schnitten und Grundrissen altpreußischer Landbaumeister: Diese Zeichnungen wurden 1938 in der Ausstellung „Aus dem Schaffen altpreußischer Landbaumeister im deutschen Osten unter vier preußischen Königen“ im Verkehrs- und Bau-Museum Berlin (Hamburger Bahnhof) gezeigt. Sie stammten aus unterschiedlichen Archiven wie dem Geheimen Staatsarchiv Berlin, den Staatsarchiven in Stettin, Königsberg oder Breslau. Reproduziert wurden sie von den Fotografen der Staatlichen Bildstelle Berlin.

Zum heutigen Bundesland Brandenburg entstanden in der Zeit von 1885 bis 1945 umfangreiche Aufnahmeserien zu den Städten Potsdam, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder). Gut vertreten sind auch kleinere Städte wie Prenzlau, Rheinsberg, Bad Freienwalde, Mühlberg oder Jüterbog. Geringer ist dagegen die Anzahl von Fotografien zu Dörfern.

Nutzung des Messbildarchivs in der Gegenwart

Die Ereignisse während und nach dem Zweiten Weltkrieg – Auslagerung, Transport der Sammlung nach und von Moskau – haben insgesamt zu großem Schaden geführt. Der größte Teil der Negative wurde 1958 an die DDR zurückgegeben. Über den Verbleib der meisten übrigen Unterlagen, der Kataloge und Verzeichnisse, der Grundmessungen, der vor dem Zweiten Weltkrieg angefertigten Auswertungszeichnungen sowie der technischen Ausstattung, der Kameras etc., und der Akten ist bis heute nichts bekannt.

Da es sich bei den Fotografien des Messbildarchivs zum größten Teil um Glasnegative handelt, stellt ihre Nutzung in der Gegenwart eine weitere Gefahrenquelle dar. Deshalb wird seit den 1980er Jahren auch für die Sicherung der originalen Glasplatten gesorgt, indem sukzessive für

Messbildarchiv, Blick in einen der Archivräume mit Schränken für 40 x 40 cm große Glasnegative,
Foto: Dieter Möller, BLDAM.

alle Teile der Sammlung Duplikatnegative angefertigt und diese, statt der Originale, für Reproduktionen verwendet werden. Sämtliche Originalnegative in ein ruhendes Archiv zu überführen, ist das Ziel. Etwas mehr als ein Fünftel von ihnen konnte inzwischen dupliziert werden, auch in einem zweiten Satz, auf den nachfolgende Generationen im Katastrophenfall zurückgreifen können.

Über die Themen seiner Fotografiensammlungen bieten die Internetseiten des Landesdenkmalamtes (http://www.bldam-brandenburg.de) einen ersten Überblick. Für die Verbesserung des Informationsangebotes ist darüber hinaus eine Datenbank entstanden, die kontinuierlich wächst, um künftig als Internet-Katalog des Messbildarchivs und weiterer Foto-Sammlungen bereitstehen zu können.

Kontakt

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Messbildarchiv
Astrid Mikoleietz M.A.
Wünsdorfer Platz 4–5, 15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf
messbildarchiv@bldam-brandenburg.de
www.bldam-brandenburg.de / Messbildarchiv

Das Berlin Brandenburgische Wirtschaftsarchiv (BBWA)

Björn Berghausen

Wirtschaftsarchive und regionale Situation

Die Hauptaufgabe der Wirtschaftsarchive ist die Sammlung von privatwirtschaftlichen historischen Unterlagen, deren gesetzliche Aufbewahrungspflicht nach § 257 Handelsgesetzbuch, § 147 Abgabenordnung und § 28f. Sozialgesetzbuch abgelaufen ist und die in Unternehmen, Industrie- und Handelskammern und Institutionen keine Verwendung mehr finden.[1] Darüber hinaus heißt es für ein regionales Wirtschaftsarchiv immer dann zu agieren, wenn im zuständigen Sprengel durch Auflösung, Fusion oder Neuorganisation von Unternehmen solche Archivalien „herrenlos" werden. Dahinter steht der Gedanke, dass die Unternehmen einer Region maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche, soziale, infrastrukturelle und politische Entwicklung ihres Handlungsraumes genommen haben, weshalb ihre Überlieferung auch dann sinnvoll ist, wenn die Unternehmen nicht mehr existieren oder existierende Unternehmen ihre Überlieferung nicht selbst nutzen wollen. Sie steht für die Forschung – und nicht nur die geschichtswissenschaftliche – unter Wahrung der Archivgesetze zur Verfügung.

Die erklärten Ziele von Wirtschaftsarchiven ähneln naturgemäß denen anderer Archive. Es sind neben der notwendigen Sicherung von historisch bedeutsamem Wirtschaftsschriftgut auch dessen Bearbeitung und Bereitstellung für Öffentlichkeit, Forschung und Bildung. Die normativen Vorgaben für regionale Wirtschaftsarchive sind hierbei seit über hundert Jahren ähnlich geblieben: „Das Archiv verfolgt die Aufgabe, das zur Erforschung der modernen Wirtschaftsentwicklung […] geeignete Quellenmaterial auf breiter Grundlage zu sammeln, zu ordnen und wissenschaftlicher Erschließung zugänglich zu machen. Es handelt sich dabei in erster Linie um geschäftliche Akten, Urkunden, Prospekte, Berichte, Gutachten, Denkschriften, Firmengeschichten und ähnliches Material, das sich bei Wirtschaftsbetrieben […] ansammelt und erfahrungsgemäß trotz seines hohen Wertes […] oft schnell der Vernichtung anheimfällt."[2]

In zehn Bundesländern gibt es regionale Wirtschaftsarchive. In allen Fällen wurden oder werden die Wirtschaftsarchive von den Kammern teilfinanziert und/oder von der regionalen Politik unterstützt. Das Wirtschaftsarchiv in der Region Berlin-Brandenburg ist das einzige regionale Wirtschaftsarchiv in Deutschland, das sich hauptsächlich unter Einbringung immenser ehrenamtlicher Beteiligung aufgebaut hat. Es gibt bisher – im Unterschied zu anderen regionalen Wirtschaftsarchiven – keine institutionelle Förderung durch die öffentliche Hand, keine direkte Anbindung an die Kammern und keine gesponserten Räume. Aber es gibt Unternehmen, die als Fördermitglieder die finanzielle Grundsicherung des Wirtschaftsarchivs gewährleisten.

Auf dem Weg zu einem Wirtschaftsarchiv in Berlin-Brandenburg

Berlin hatte es in kurzer Zeit zum ersten Industriestandort in ganz Deutschland gebracht. Aus Handwerksbetrieben hatten sich Weltfirmen wie Siemens, AEG und Borsig entwickelt, deren Werdegang sich in den drei Randwanderungen aus der Innenstadt zur Peripherie und von dort in das weitere Umland nachvollziehen lässt. Die Berliner Wirtschaftsgeschichte ist damit nicht eine städtische Angelegenheit, sondern eine regionale. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es in Berlin die ersten Gewerbeausstellungen. Der preußische Staatsmann und Unterstützer des Gewerbes, Christian Peter Wilhelm Beuth, war 1822 der Schirmherr dieser ersten regionalen Leistungsschau.

1906 wurde gemäß Beschluss der Handelskammer Köln und des Magistrats der Stadt das erste regionale Wirtschaftsarchiv errichtet, das sich der Betreuung privaten Firmenschriftguts widmete, das Saarländische Wirtschaftsarchiv wurde als zweites regionales Wirtschaftsarchiv ebenfalls ins Leben gerufen.[3] Die Gründung erster privater Unternehmensarchive fällt für Krupp auf das Jahr 1905[4] und für Siemens und Bayer auf 1907.

Nachdem die ersten Wirtschafts- und Unternehmensarchive (auch „Firmenarchive" oder „Werksarchive") ihre Arbeit aufgenommen hatten,[5] fand 1913 in Köln erstmalig der allgemeine Wirtschaftsarchivtag statt. Der damals amtierende Direktor des Archivs der Handelskammer in Berlin, Dr. Koepp, zeigte Interesse an diesem Thema und reiste als Vertreter Berlins nach Köln. Etwa zur gleichen Zeit hatte auch der Leiter des Berliner Stadtarchivs, Ernst Kaeber, dieses Thema für sich entdeckt. Obwohl seine Hauptaufgabe die Publikation der Geschichte der Stadt war, sah er als einen dritten Band das Thema „Wirtschaft" vor, allerdings scheiterte der Versuch in den 20er Jahren.[6]

1 *Wilfried Reininghaus: Das Archivgut der Wirtschaft, in: Ders., Evelyn Kroker, Renate Köhne-Lindelaub (Hg.): Handbuch für Wirtschaftsarchive. Theorie und Praxis, München 1998, S. 61–98.*

2 *Beschreibung der Aufgaben des RWWA 1948. Ulrich Soénius: Zukunft im Sinn – Vergangenheit in den Akten. 100 Jahre Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln, Köln 2006, S. 20.*

3 *Soénius: 100 Jahre RWWA, S. 9.*

4 *Ralf Stremmel: 100 Jahre Historisches Archiv Krupp. Entwicklungen, Aufgaben, Bestände. Berlin 2005, S. 26f.*

5 *Zu den Frühformen des Wirtschaftsarchivs vgl. 50 Jahre Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare 1957–2007. Hg. von der VdW. Stuttgart 2007, S. 8f.*

6 *Klaus Dettmer, Björn Berghausen: Auf dem Weg zu einem regionalen Wirtschaftsarchiv, in: Archiv und Wirtschaft 42 (2009), Heft 2, S. 59–65, hier S. 60.*

Das Bedürfnis nach Erhalt der Überlieferungen der Wirtschaft war 1923 auch Grundlage des Aufrufs der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zur Errichtung von Wirtschaftsarchiven im Jahr 1923, der die Abgabe der Unterlagen von Kriegsgesellschaften mit staatlicher Beteiligung an die Staatsarchive zum Ergebnis hatte. Anknüpfend hieran wurde 1931 auf einer Tagung europäischer Archivsachverständiger in Paris an die Staatsarchive appelliert, sich auch der „Bewertung und Übernahme von Wirtschaftsschriftgut" zu widmen.

Der Gründer und Herausgeber der Zeitschrift „Tradition" und renommierte Wirtschaftshistoriker Wilhelm Treue trug im Folgenden wesentlich dazu bei, dass die Unternehmensgeschichtsschreibung ein anerkannter Zweig der Geschichtswissenschaft werden konnte. Schon 1938 forderte er, nicht nur die Unternehmen selbst, sondern auch ihr ökonomisches und gesellschaftliches Umfeld in den Blick zu nehmen. Dabei war die Verflechtung der Geschehnisse in den Unternehmen mit dem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang Ziel seiner Betrachtung. Er sah in dieser Forderung ein neues und zusätzliches Aufgabengebiet für wissenschaftliche Untersuchungen und als praktischen Effekt die Möglichkeit der Pflege des nichtstaatlichen Archivguts nicht nur durch die Staatsarchive, sondern auch durch Regionale Wirtschaftsarchive.[7]

1945 wurde Ernst Kaeber wieder mit der Leitung des Stadtarchivs beauftragt. Nach der politischen Teilung Berlins begann er erneut mit dem Aufbau eines Stadtarchivs in den Westsektoren. Erste Überlegungen, nichtstaatliches Archivgut in das Stadtarchiv einzubringen, fielen in diese Zeit. 1952 sprach Kaeber Berliner Unternehmen an, jedoch ohne Ergebnis. Die Unternehmen hatten entweder ihre Unterlagen verloren, verlagert oder kein Interesse.

In Ost-Berlin wurden die schriftlichen Überlieferungen ausgelagert, kassiert oder abtransportiert. Auf SMAD-Befehl wurde 1946 ein Zentralarchiv in der sowjetischen Besatzungszone errichtet; ab 1950 wurden staatlich gelenkte Betriebsarchive gegründet. Die Entwicklung bis 1989 zeigte eine professionelle Archivarbeit in den ostdeutschen, für die Staatswirtschaft zuständigen Archiven. Der Übergang der VEB-Archive in die Obhut der Landesarchive bzw. der Kommunalarchive und an Nachfolgeunternehmen von durch die Treuhandanstalt privatisierten volkseigenen Betrieben stellte eine Großaufgabe dar, in deren Bewältigung das Fehlen eines regionalen Wirtschaftsarchivs für Brandenburg spürbar wurde.[8]

Die wirtschaftliche Überlieferung wurde von nur wenigen Berliner Unternehmen in eigenen historischen Archiven dokumentiert – Flughafen GmbH, BVG, BEWAG, Schering und Ullstein.[9] Siemens und die Deutsche Bank hatten ihren Sitz (und ihre Archive) aus Berlin verlagert.[10]

Doch Wirtschaftsschriftgut mittlerer und kleiner Berliner Unternehmen wurde von vielen nicht als archivwürdig anerkannt. Für diese Unterlagen sowie auch für das Schriftgut aller in Konkurs gegangenen Unternehmen gab es keine Anlaufstelle. Auch die IHK Berlin fühlte sich hierfür nicht zuständig und leitete Anfragen zu Unternehmensentwicklungen an das Landesarchiv Berlin weiter. Das Landesarchiv jedoch war für die nichtstaatliche Überlieferung nur bedingt zuständig. Erst im Archivgesetz für das Land Berlin vom 29. November 1993 erhielt das Landesarchiv Berlin auch einen archivpflegerischen Auftrag (§ 2 Abs. 3).

Mit Inkrafttreten dieses Archivgesetzes konnte das Landesarchiv Berlin auch das Schriftgut nichtstaatlicher Stellen übernehmen, soweit es im öffentlichen Interesse lag. Die ersten Verhandlungen mit den Wirtschaftsverwaltungen von Berlin und Brandenburg, den Kammern Berlin und Potsdam, dem Landesarchiv Berlin sowie dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zur Errichtung eines Wirtschaftsarchivs fanden 2001 statt. Anstoß für dieses Treffen waren die Unternehmensmitgliedsakten der IHK Berlin (1945 bis 1995), die dem Landesarchiv angeboten wurden, das jedoch die Übernahme ablehnte. So wurden diese Akten Grundlage der Gespräche, deren Ziel die Errichtung eines regionalen Wirtschaftsarchivs war. Als Gäste wurden Vertreter des Sächsischen Wirtschaftsarchivs und des Hessischen Wirtschaftsarchivs geladen. Die Runde blieb jedoch ohne Ergebnis und erbat sich eine zweijährige Bedenkzeit. 2004 übernahm das Landesarchiv Berlin die 900 laufende Meter der IHK-Akten treuhänderisch für ein zu gründendes Wirtschaftsarchiv.

2004 wurde der Förderverein Berlin-Brandenburgisches Wirtschaftsarchiv e.V. auf privater Initiative gegründet.

---

7 Ebd.

8 Vgl. Katrin Verch: Sicherung, Bewertung und Übernahme des Schriftgutes der Volkseigenen Betriebe der DDR ab 1990, in: Archiv und Wirtschaft 44 (2011), 4, S. 177–186, hier S. 181.

9 Verzeichnis Berliner Archive, herausgegeben vom Landesarchiv Berlin und der Arbeitsgemeinschaft Berliner Archivare, bearbeitet von Karl-Heinz Fischer, Berlin 1992. 1992 sind es 23 als Wirtschaftsarchive einzustufende Archive.

10 Vgl. Deutsche Wirtschafts-Archive. Nachweis historischer Quellen in Unternehmen, Körperschaften des Öffentlichen Rechts (Kammern) und Verbänden der Bundesrepublik Deutschland, 3., völlig überarbeitete Auflage, herausgegeben von der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, bearbeitet von Renate Schwärzel, Stuttgart 1994.

Berlin-Brandenburgisches Wirtschaftsarchiv e.V.

Das Berlin Brandenburgische Wirtschaftsarchiv – Kurzporträt

Das BBWA ist ein vergleichsweise kleines Wirtschaftsarchiv. Zu den Mitgliedern des Vereins gehören Unternehmen und Institutionen sowie wirtschaftshistorisch interessierte Persönlichkeiten und Förderer seiner Idee. Neben einem Stamm von persönlichen Mitgliedern und kleinen sowie mittleren Unternehmen zählt das Wirtschaftsarchiv heute elf Fördermitglieder.[11] Die Vorstandsarbeit des Vereins erfolgt auf der Grundlage einer Geschäftsordnung und eines Geschäftsverteilungsplans und regelt die satzungsgemäßen Aufgaben der Geschäftsstelle. Seit Januar 2011 wird die Geschäftsstelle von einem angestellten Geschäftsführer geleitet. Er koordiniert das Archivtagesgeschäft, die laufende Verwaltung des Vereins und den weiteren Auf- und Ausbau des BBWA. Unterstützung hat die Geschäftsstelle durch eine Mitarbeiterin, die im Rahmen der JobPerspektive finanziert wird.

Das Wirtschaftsarchiv verfügt über drei Arbeitsplätze, Leseraum/Bibliothek und über zwei Magazinräume mit schwellenfreiem Zugang. Der Standort in der Nähe des Landesarchivs Berlin ist wegen der Synergieeffekte zu den stadtgeschichtlichen Beständen ideal. Die Magazinflächen befinden sich in einem Gebäudekomplex der ehemaligen Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik und haben eine Größe von 273 m²; auf der ein Drittel der Akten aufgestellt werden konnte. Der Rest der Akten wird in einer Rollregalanlage Platz finden, die die Kapazität der Magazine auf das Vierfache erhöhen wird. Der Umbau des Magazins erfolgt 2012.

Wichtigste Bestände sind die Mitgliederakten der IHK Berlin, die Prüfungsunterlagen der IHK, aus denen auch Auskünfte über Ausbildungszeiten erteilt werden, das Forschungsarchiv Flick[12] sowie einzelner Unternehmen: Berliner Stadtgüter GmbH, Hugo Achcenich GmbH, Helmut Gossen Stahlbau GmbH, Eternit AG und andere. Sie sind mittels der Archivsoftware Augias-Express 5 erschlossen. Sammlungen mit Geschäftsberichten von Berliner Unternehmen, Briefköpfen und Werbemitteln werden zusammengetragen. Die Bibliothek umfasst ca. 30.000 Bände Wirtschaftsliteratur. Für mehrere Studenten wurden Praktikumsplätze bereit gestellt – auch im Rahmen der Kooperation mit der Fakultät Informationswissenschaften der FH Potsdam –, und Schüler konnten das BBWA als Lernort nutzen.

Das Gebäude des Wirtschaftsarchivs in Berlin-Reinickendorf.

Aufgaben, Zukunftssicherung und Perspektiven des BBWA

Das regionale Wirtschaftsarchiv dient als Wissensspeicher für die wirtschaftliche Überlieferung der Unternehmen der heutigen Bundesländer Berlin und Brandenburg und versteht sich als Informationsdienstleister in Ergänzung der staatlichen Archive. Dabei wird Berlin-Brandenburg als eine Wirtschaftsregion verstanden, deren gemeinsame wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung nicht zu entkoppeln ist. In dieser Ausrichtung auf zwei Bundesländer ist das BBWA einzigartig für Deutschland und von Sondererfahrungen und Herausforderungen begleitet, denen sich andere regionale Wirtschaftarchive nicht stellen müssen.

Vordringliche Aufgabe des BBWA ist die Sicherung von wirtschaftshistorisch bedeutsamem Schriftgut eines der traditionsreichsten Wissenschafts- und Forschungsstandorte der Welt. Es bietet Kammern und ihren Organisationen, Unternehmen, Verbänden, Vereinen, Kanzleien und Praxen sowie sonstigen privaten Institutionen die Möglichkeit, ihre Geschäftsunterlagen langfristig zu sichern, zu lagern sowie auswerten und aufbereiten zu

---

11 Bayer Healthcare Pharmaceuticals, Berlin Chemie AG, Berliner Stadtgüter GmbH, Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR), Feuersozietät Berlin-Brandenburg Versicherungs- AG, Handwerkskammer Berlin, Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Ostdeutscher Sparkassenverband, Siemens AG, Vattenfall Europe AG und Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V. (VBKI).

12 Es entstand im Rahmen des Forschungsprojektes „Flick im 20. Jahrhundert" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und bildet die Basis für die Unternehmerbiografie: Norbert Frei, Ralf Ahrens, Jörg Osterloh, Tim Schanetzky: Flick – der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009. Der Bestand erhielt Nachlieferungen aus der Familie Flick und vom Institut für Zeitgeschichte München.

lassen – Nachlässe von Personen der Wirtschaft[13] und „herrenloses Schriftgut“ eingeschlossen.
In der praktischen Arbeit zeigen sich spezifische Herausforderungen, die sich aus den Konstruktionsfundamenten ergeben. Zum einen ist es das ausschließlich private finanzielle Engagement für den Aufbau des BBWA, das – neben den Einnahmen für erbrachte Dienstleistungen – auf Mitglieder und Fördermitglieder verteilt, die derzeitigen Kosten deckt. Die Akquisition von weiteren Förderern, Spendern und Sponsoren sowie von Drittmitteln muss so für das BBWA naturgemäß neben den fachlichen Schwerpunkten ein wesentlicher Teil der Arbeit sein.
Diese Situation bestimmt die aktuelle Ausrichtung der Arbeit. Das Wirtschaftsarchiv verfolgt die Aufgabe, sich bei wirtschaftlichen Vereinigungen und Unternehmen im Raum Berlin und Brandenburg bekannt zu machen und eine wachsende Zahl von Multiplikatoren zu erreichen, die ideelle und finanzielle Unterstützung gewähren und Kontakte vermitteln helfen. Akquisitionsbesuche und Vorträge sind hierfür an der Tagesordnung.
Durch die Vernetzung mit inhaltlich ähnlich ausgerichteten Initiativen und wissenschaftlichen Institutionen sowie durch Kooperationen mit Schulen und Universitäten füllt es die entstandene Lücke, leistet einen fachlichen Beitrag zur Akzeptanz wirtschafthistorischer Themen, erörtert Fragen zur Identität der Region und wird seinem Bildungsauftrag gerecht. Der Kreis umfasst heute 14 Kooperationspartner aus Berlin und Brandenburg, mit denen Veranstaltungen, Schulprojekte und gemeinsame Projekte durchgeführt werden. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Archiven der Region ist ein notwendiger Baustein der Vernetzungsbemühungen.

Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit
Mit Archivführungen, Veranstaltungen, Standaktionen, Präsentationen sowie Round-Table-Gesprächen leistet das BBWA nicht nur einen Beitrag zur Erforschung und Behandlung der Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte der Region, sondern erreicht auch ein breites Publikum. Insbesondere die halbjährlich durchgeführten Industriekulturabende in Kooperation mit dem Verein für die Geschichte Berlins finden großes Echo, bisher zu den Themen »Siemens in Berlin«, »Schering in Berlin« und »Berliner Terrain«.
Eine intensive Öffentlichkeits- und Medienarbeit rundet die Aktivitäten des BBWA ab. Für die Öffentlichkeitsarbeit werden nicht nur zielgruppenorientierte Informationsmappen eingesetzt, auch Flyer und bildreiche Präsentationen gehören zum Programm. Zum Jahreswechsel 2011/2012 wurde ein Wandkalender im Panoramaformat mit zwölf historischen Briefköpfen von Unternehmen aus Berlin und Brandenburg gedruckt, verkauft und verteilt. Eine jährliche Presseschau ist dem Jahresbericht des BBWA angefügt. Auch Fachzeitschriftenartikel von Autoren des BBWA sind hier zu nennen.[14]

Durch diese Ausrichtung in der Arbeit sind vielfältige Schwerpunkte der fachlichen Arbeit und zahlreiche Kontakte entstanden, die das BBWA seiner wesentlichen Aufgabe näher bringen, als zentrale Auffang- und Anlaufstelle für die wirtschaftliche Überlieferung der Region zu fungieren und diese für Forschung, Bildung und Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Fazit
Unternehmen prägen ihr soziales und ökonomisches Umfeld und wirken von daher identitätsstiftend für die Region, in der ihre Standorte liegen. Sie sind neben der Konzentration auf ihre Geschäftsfelder und die Bereitstellung ihrer Produkte auch „Schriftgutproduzenten“. Mit diesen Primärquellen, die sich in vielen kleinen, mittleren und großen Unternehmen bilden, haben sie Anteil an der Gesamtheit der regionalen Überlieferung. Sie gehören zu den außerbehördlichen Akteuren der Gesellschaft wie auch Vereine, Institute, Interessengruppen usw. Überlieferungen dieser privaten Akteure werden zwar zum Teil von den staatlichen Archiven als Ergänzung der Behördenakten übernommen, können aber immer nur partiell archiviert werden.
Eine umfassende und komplette regionale Überlieferungsbildung kann nicht nur das staatliche Handeln, sondern muss die Gesellschaft in Gänze widerspiegeln, wenn sie der Nachwelt ein objektives Bild hinterlassen will. Die Wirtschaftsarchive können mit einer sinnvollen Ergänzungsdokumentation des wirtschaftlichen Handelns zum Ganzen beitragen. Durch eine zusätzlich archivübergreifende Kooperation und virtuelle Vernetzung mit anderen nichtbehördlichen und staatlichen Überlieferungsstellen sind die Wirtschaftsarchive für diese Herausforderung gut gerüstet.

Kontakt
Berlin-Brandenburgisches Wirtschaftsarchiv e.V.
Björn Berghausen M.A., Geschäftsführer
Eichborndamm 167, Haus 42, 13403 Berlin
Tel.: 030 41190-698; Fax: 030 41190-699
mail@bb-wa.de
http://www.bb-wa.de/

13 *Das Wirtschaftsarchiv besitzt bereits Nachlässe von Lina Richter, Tochter des Bankiers Benoît Oppenheim, und von Dr. Günter Braun, eh. Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, sowie den Bildnachlass der Berliner Szenewirtin Horita Wolf.*

14 *Etwa: Klaus Dettmer, Björn Berghausen: Der Teltowkanal. Bindeglied und Trennungslinie einer Berlin-Brandenburgischen Industrieregion, in: Museumsblätter. Mitteilungen des Brandenburgischen Museumsverbandes 19 (2011), S. 34–37.*

Quellen zu Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur im Archiv der DDR-Opposition in der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin

Tina Krone

Widerstand gegen die SED gab es während der gesamten Existenz der DDR. Diejenigen, die in Opposition zum DDR-Regime standen, haben längst nicht solche Aktenberge hinterlassen wie die Behörden, von denen sie bekämpft wurden. Anfang der neunziger Jahre standen wir vor der Situation, dass sich das schriftliche Gedächtnis der DDR zwar als unermesslich groß, aber doch recht einseitig präsentierte: kilometerweise Akten aus Ministerien und Behörden, vor allem aus dem Ministerium für Staatssicherheit, aber die Selbstzeugnisse derjenigen, die sich im Widerspruch oder sogar im Widerstand befunden hatten, ruhten dagegen unbeachtet in Kellern und Schreibtischschubladen. Sie wollten erst noch entdeckt, zusammengetragen und erschlossen werden. Dieser Aufgabe stellt sich die Robert-Havemann-Gesellschaft seit 1990.

Herkunft und Zustand der Quellen

Die Schriftstücke, welche oppositionelles und widerständiges Handeln belegen, befanden und befinden sich weit verstreut bei einzelnen Personen. Auch das in den Gruppen und Bürgerbewegungen entstandene Schriftgut ist selten an einem Ort und zusammenhängend überliefert. Nicht einmal, als die im Herbst 1989 neu gegründeten Vereinigungen und Parteien aus den privaten Wohnungen in öffentlich zugängliche Büros umziehen konnten, entstand etwas, das als relativ geschlossene Überlieferung bezeichnet werden kann.

Ein treffendes Beispiel dafür ist die Geschichte der Unterlagen aus der Geschäftsstelle des Bündnis 90 in Berlin-Pankow. Im Zuge der Zusammenlegung der Stadtbezirke Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee 2001 waren die drei Büros des Bündnis 90 in diesen Stadtbezirken vereinigt worden. Wir bemühten uns um das bis dahin angesammelte Schriftgut. Die Unterlagen des Pankower Büros reichten zurück bis in den Oktober 1989, in die Gründungszeit des Neuen Forums. Aber es fehlte einiges, darunter die Mitgliederkartei, Materialien zur Anmeldung als Vereinigung und Briefe an Mitbegründer des Neuen Forums aus dem Stadtbezirk. Das war schon einige Wochen zuvor von einer Privatperson bei uns abgegeben worden. Diese Person hatte voller Groll wegen der Vereinigung von Demokratie Jetzt, der Initiative Frieden und Menschenrechte und des Neuen Forums zur Partei Bündnis 90 Ende 1990 die Führung des Büros niedergelegt und einiges an Schriftgut mit nach Hause genommen. Nun war der Bestand dieser Geschäftsstelle wieder unter einem Dach.

Die Dokumente sind oft unter konspirativen Umständen entstanden. Das heißt, die Spuren der Urheber wurden verwischt. Schließlich wollte man ja nicht freiwillig ins Gefängnis für das Verfassen von Aufrufen oder Erklärungen gehen. In vielen Fällen sind die Autoren bis heute unbekannt, manchmal können Schriftstücke nur Gruppen zugeordnet werden. Der drohenden Gefahr von Hausdurchsuchungen wegen haben viele auf das Führen von Tagebüchern verzichtet und ihre Korrespondenz nur mit der Schere im Kopf geführt. Das, was erhalten blieb und überliefert wurde, muss Aufschluss geben über Geschehen und Motivation. Deshalb können die vielen kleineren Abgaben von unbekannt gebliebenen Akteuren, die sich inzwischen in unserem Archiv befinden, in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie ermöglichen in ihrer Zusammenschau die Rekonstruktion der damals mit allen Mitteln verschwiegenen Proteste gegen die Politik in der DDR. Deutlich wird auch, welchen Preis viele von denen zahlten, die es nicht beim Ballen der Fäuste in der Hosentasche belassen hatten.

Vor allem Materialien aus den 1950er und 1960er Jahren sind dünn gesät. In den Familien ist oft nicht bekannt, was Tante oder Großvater getan haben, weil sie nie darüber gesprochen haben. Und so schlummert sicher noch so mancher Schatz in Schränken oder Kisten.

Ab Ende der 1970er Jahre fanden sich dann Gleichgesinnte an immer mehr Orten in den immer zahlreicher werdenden Friedens-, Frauen- und Ökologiegruppen. Meistens unter dem Dach der Kirche angesiedelt oder zumindest von dort aus koordiniert, eroberten sie sich Räume, in denen sie sozusagen „halb-legal“ agieren konnten. Für die uns interessierende Überlieferung verbesserten sich die Bedingungen also. Als ein Beispiel dafür möchte ich das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg nennen. Das Forschungsheim war entscheidender Inspirator, Wegbereiter und Koordinator der in der DDR wachsenden Umweltbewegung. Die hier entstandenen Publikationen und gesammelten Unterlagen bilden heute eine bedeutsame Quelle für die Forschung.

Materialien, die sich als belastend hätten auswirken können, beließ man besser nicht in der eigenen Wohnung. Man brachte sie zu Freunden oder Verwandten, bewahrte sie in fremden Scheunen und Kellern – oder, wie in einigen Fällen später bekannt wurde, sogar auf Friedhöfen – auf. Ehemals versteckte Dokumente sind häufig in entsprechend schlechtem Zustand. Zum Beispiel befindet sich im Nachlass von Robert Havemann ein Brief, der jahrelang bei Freunden in einer Scheune versteckt war. Ihn ziert bis heute ein getrockneter und gepresster Käfer. Dieser Brief gehörte zu den Unterlagen, die vor einigen Jahren restauriert werden mussten. Die aufmerksamen Restauratoren haben den Käfer belassen, wo er war, verrät er doch einiges über die Geschichte dieses Schriftstückes.

In den überwiegenden Fällen kommen die Unterlagen weitgehend ungeordnet ins Archiv und so gut wie ausschließlich ohne Findhilfsmittel. Das heißt, dem Ordnen und Bewerten kommt eine große Bedeutung zu. Fehler an dieser Stelle könnten verheerende Wirkungen haben. Für immer verschwundene Belege, falsch zugeordnete Entwürfe oder fehlerhafte zeitliche Einordnungen bringen geschichtliche Abläufe oder Handlungen von Personen unter Umständen in ein völlig falsches Licht.

Die größte Demonstration in der Geschichte der DDR am 04.11.1989 in Ost-Berlin. An der Spitze des Zuges rollte die „Volkswalze".
(BILD: MDA_Fo_03599: Foto: Rolf Walter/Robert-Havemann-Gesellschaft).

Überblick über die Bestände

Das Schriftgut des Archivs der DDR-Opposition erstreckt sich derzeit auf ca. 500 laufende Meter und stammt aus der gesamten DDR. Zu nennen sind an dieser Stelle die Nachlässe bekannter Dissidenten und Oppositioneller wie Robert Havemann, Bärbel Bohley, Wolfgang Ullmann und Bernd Eisenfeld. Dazu kommen die persönlichen Archivbestände von langjährig in der Opposition Aktiven wie Ulrike und Gerd Poppe, Konrad Weiß, Heiko Lietz, Hans-Jochen Tschiche oder Reinhard Schult. Daneben sind auch Zeugnisse des alltäglichen Widerstandes von vielen nicht so bekannt gewordenen Menschen im Archiv vorhanden: Eingaben und Protestschreiben – gegen den Wehrkundeunterricht oder gegen gefälschte Wahlergebnisse zum Beispiel, aber auch Ordnungsstrafverfügungen wegen der Teilnahme an Demonstrationen wie vor der chinesischen Botschaft nach dem Massaker in Peking 1989.

Der Anteil von in den letzten 15 Jahren der DDR entstandenen Unterlagen am Gesamtschriftgut ist – wie bereits angesprochen – höher als aus den Jahrzehnten davor. Aber nach und nach bekommen wir auch Unterlagen aus diesem Zeitraum ins Archiv. So hat zum Beispiel der heute wegen seines Engagements für die Gedenkstätte der Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen bekannte Hans-Eberhard Zahn eine umfangreiche Dokumentation zu seiner Verhaftung, dem Gerichtsverfahren und der siebenjährigen Haft von 1953 bis 1960 bei uns abgegeben. Als Student an der Freien Universität Berlin war er während eines Besuchs in Ost-Berlin verhaftet und wegen angeblicher Agententätigkeit und des Einschleusens von Deutscher Mark verurteilt worden. Die Gnadenlosigkeit der DDR-Justiz und der Gefängnisalltag in dieser Zeit werden anhand der Korrespondenz, der Durchsuchungs- und der Vernehmungsprotokolle überdeutlich.
Unterlagen zu Verurteilung und Haft befinden sich auch im Nachlass des aus dem DDR-Gefängnis freigekauften Journalisten Lutz-Peter Naumann – ein Berufskollege übrigens, der in den 1960er Jahren an der Fachschule Potsdam zum Archivar ausgebildet worden war. Durch ihn verfügen wir über eine besondere Rarität: eine ganze Reihe von Kassibern, die er in den Jahren 1971 bis 1972 durch seine Mutter aus dem Gefängnis schmuggeln ließ. Dieser Bestand liefert darüber hinaus Belege dafür, wie ehemalige DDR-Bürger dann vom Westen aus den Widerstand in der DDR unterstützten. In noch stärkerem Maße trifft dies für den Bestand von Roland Jahn zu.
In diese Reihe gehört auch der Nachlass von Manfred Plöckinger, dem langjährigen Vorsitzenden der Westberliner „Vereinigung 17. Juni 1953". So wie die Vereinigung ist auch ihr Mitbegründer Manfred Plöckinger nicht unumstritten. Er hat noch zu den erbitterten Gegnern der DDR gehört, als die Deutsche Frage in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit längst zu einem anachronistischen Problem des rechten politischen Spektrums abgewertet worden war. Solche wie er galten als Störer des über mehrere Jahrzehnte sorgfältig austarierten Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten. Dieser Nachlass ist geeignet, eine differenziertere Bewertung der Akteure gegen die Teilung Deutschlands zu ermöglichen. Mit diesem Bestand gelangten zum Beispiel auch Flugblätter, mit denen damals gegen den Mauerbau oder später gegen die Ostpolitik Willy Brandts protestiert wurde, ins Archiv.

Materialien zu über 150 Friedens-, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltgruppen aus verschiedensten Orten befinden sich mittlerweile im Archiv. So aus Friedenskreisen in Brandenburg, Finsterwalde oder Forst. Sie lassen den Kampf gegen Militarisierung und für Abrüstung, für Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder für die

Rechte der Frauen nachvollziehen. Analysen zur Verfasstheit der DDR-Gesellschaft, Konzepte zur Rettung der verfallenden Städte oder für eine Bildungsreform seien noch genannt, um die Vielfalt der Überlieferungen anzudeuten.

Sehr umfangreich sind die Bestände der im Herbst 1989 gegründeten Bürgerbewegungen und Parteien, darunter auch Schriftgut aus den Brandenburger Landesverbänden des Neuen Forums und vom Bündnis 90. Sie bilden zusammen mit den zahlreichen, damals kursierenden Aufrufen und Protestresolutionen, den Offenen Briefen und Unterschriftensammlungen einen lebendigen Fundus zur Rekonstruktion der Friedlichen Revolution 1989/90. Wen Details interessieren, der möge sich anhand unserer Beständeübersicht – ganz leicht auf der Internetseite der Robert-Havemann-Gesellschaft zu finden – informieren.
Darüber hinaus befindet sich die größte Sammlung von in der DDR entstandenem Samisdat bei uns im Archiv. Kritik und Protest waren in der DDR unterdrückt und von der offiziellen Berichterstattung vollständig verschwiegen worden. Die Verbreitung von anderen als den zugelassenen Informationen und Ansichten stand unter Strafe. Mit konspirativ angefertigten Flugblättern und im Samisdat, das heißt, im Selbstverlag hergestellten und verbreiteten Zeitungen und Einzelpublikationen, versuchte die Opposition, ihre Anliegen trotzdem bekannt zu machen. Im Laufe der 1980er Jahre wuchs die Anzahl solcher Periodika; die meisten wurden über Kirchengemeinden herausgegeben, nur wenige sind vollkommen illegal entstanden. Im Archiv sind zu diesem Zeitpunkt 160 erschlossene Titel aus dem Zeitraum 1980 bis 1989 verzeichnet. Den weitaus größeren Teil bildet der politische Zeitschriften-Samisdat. Von den aufwändiger gestalteten und oft auch in viel kleinerer Auflage erschienenen Heften des künstlerischen Samisdat sind aber auch einige sehr schöne Exemplare vorhanden.
Neben dem Schriftgut verfügt das Archiv auch über zahlreiche Fotos (30.000 sind bisher verzeichnet), Plakate (800), Filme und Gegenstände aus der oppositionellen Tätigkeit wie handbetriebene Vervielfältigungsgeräte, Kleindruckstempel oder Siebdruckrahmen. Auch eine in Ost-Berlin betriebene illegale Bibliothek, am Ende aus etwa 1.000 ins Land geschmuggelten verbotenen Büchern bestehend, befindet sich im Besitz der Robert-Havemann-Gesellschaft. Zur Erinnerung: Der Besitz verbotener Literatur wurde in der DDR nicht strafrechtlich verfolgt, wohl aber die Weitergabe, weshalb Aufbewahrungsort und Verleih der Bücher geheim gehalten werden mussten.

Eine inzwischen auf 35 laufende Meter angewachsene Pressedokumentation und eine Präsenzbibliothek unterstützen Wissenschaftler, Journalisten, Ausstellungsmacher, Publizisten, Schüler, Studenten und alle Interessierten bei ihren Vorhaben im Archiv.

Arbeit mit den Quellen
Das Zusammentragen und Archivieren des Erbes der DDR-Opposition geschieht einerseits mit der Option auf zukünftige Generationen. Diese sollen sich umfassend über das, was die DDR war, informieren können. Andererseits sind wir natürlich verpflichtet, in der Gegenwart zur Aufklärung und Erinnerung beizutragen. Die im Archiv der DDR-Opposition versammelten Schriftstücke, Fotos, Plakate, Filme, Transparente und Gegenstände bilden die Basis für die bildungspolitische und Öffentlichkeitsarbeit der Robert-Havemann-Gesellschaft. Die größten Projekte in diesem Sinne stellen bisher ein Multimediaprojekt zur Jugendopposition in der DDR und die Ausstellung zur Friedlichen Revolution auf dem Alexanderplatz in Berlin dar.

Seit 2005 bietet die Robert-Havemann-Gesellschaft das Thema „Jugendopposition in der SBZ/DDR“ im Internet an. Am Beispiel von Jugendlichen werden wichtige Ereignisse aus der Widerstandsgeschichte erzählt. Vor allem Schüler und ihre Lehrer sind angesprochen, hier anhand von Fotos, Dokumenten, Filmen und Zeitzeugeninterviews mitzuerleben, wie junge Menschen zwischen 1945 und 1989 in Widerspruch zur SED-Diktatur gerieten. Einleitende Texte, eine Zeitleiste, Begriffserklärungen, Biografien und Materialien für den Unterricht komplettieren das Angebot. Inzwischen wird auch eine DVD mit diesen Materialien angeboten

Ausgabe der illegalen, im Samisdat hergestellten Zeitung „grenzfall“. Von 1986 bis 1989 konnte die Redaktion in Ost-Berlin trotz Verfolgung 17 Ausgaben publizieren.
(BILD: MDA_Fo_14980: Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft).

Als das 20-jährige Jubiläum des Mauerfalls nahte, sah die Robert-Havemann-Gesellschaft die Notwendigkeit, diesmal deutlich daran zu erinnern, wer den Fall der Mauer überhaupt ermöglicht hatte. Drei Jahre vorher wurde begonnen,

mit monatlichen Veranstaltungen die einzelnen Entwicklungsschritte hin zu den Geschehnissen 1989 nachzuvollziehen. Parallel mussten Verantwortliche im Berliner Senat von der Idee einer Open-Air-Ausstellung mitten auf dem Alexanderplatz überzeugt werden. Am Ende ist alles gelungen. 14 Monate lang stand die Ausstellung „Friedliche Revolution 1989/90“ dort und ließ auf fast 300 Metern Fläche die Ereignisse in der DDR in ihrer atemberaubenden Chronologie Revue passieren. Sie zog über zwei Millionen Besucher aus dem In- und Ausland an, unter ihnen auch Akteure von damals, deren Mut und Fantasie hier nach 20 Jahren die angemessene Würdigung fanden.

Die Ausstellung schmückt den Alex nun schon seit einigen Monaten nicht mehr. Aber inzwischen erinnern an 16 Orten in ganz Berlin (Ost- und West-) Stelen an die Friedliche Revolution. Besucher und Bewohner erfahren an den ausgewählten Plätzen (wie zum Beispiel Gethsemanekirche, Rathaus Schöneberg oder Kollwitzplatz) von den zum Teil dramatischen Ereignissen dort. Die letzten beiden Stelen wird die Robert-Havemann-Gesellschaft noch in diesem Monat einweihen – eine davon heute Abend vor der Zionskirche in Berlin-Mitte.

Weniger spektakulär, aber kontinuierlich wird mit Publikationen, Wanderausstellungen und Veranstaltungen über verschiedene Aspekte der Oppositionsgeschichte informiert:

Als Ergebnis der Forschungsarbeit im Archiv liegt inzwischen eine ganze Reihe gedruckter Publikationen vor. Um das Themenspektrum anzudeuten, nenne ich hier den Band „Zersetzen. Strategie einer Diktatur“, die Doktorarbeit von Sandra Pingel-Schliemann und die Dokumentation „Zwischen Hass und Hoffnung“ von Dirk Moldt über die Bluesmessen in Ost-Berlin.

Daneben haben sich kleinere Wanderausstellungen zu thematischen Schwerpunkten bewährt. Die Ausstellung „Der Mut der Wenigen“ zum Beispiel zeigt Schicksale nicht berühmt gewordener Helden des Widerstandes gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976. Seit 2002 war sie schon in zwölf Städten zu sehen. Darüber hinaus existieren Ausstellungen zu Robert Havemann, zur Geschichte der Berliner Friedenswerkstatt, zum Neuen Forum und zum Jugendwiderstand in Jena.

Mit thematischen Diskussionsveranstaltungen haben wir wiederholt der Auseinandersetzung um die DDR selbst und dem Umgang mit ihren Hinterlassenschaften ein Podium geboten.

Der Forschung Impulse zu geben, ist ein weiteres wichtiges Anliegen der Robert-Havemann-Gesellschaft. Neben der Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten und Instituten sowie einzelnen Wissenschaftlern wurden auch Kongresse und Kolloquien veranstaltet, u. a. zum in der DDR entstandenen Samisdat, zum Wirken Robert Havemanns oder zur speziellen Form der Waffendienstverweigerung in der DDR, zu den Bausoldaten.

Im Archiv selbst werden thematische Führungen angeboten, die bisher vor allem von Schülern und Studierenden in Anspruch genommen wurden. Unter der Überschrift „Die Verbreitung verbotener Informationen unter den Bedingungen einer Diktatur“ werden zum Beispiel Bestände aus allen Abteilungen vorgeführt und sehr anschauliche Beispiele gezeigt wie Gefängniskassiber, Samisdatzeitungen in verschiedenen Herstellungsstufen, Flugblätter oder das einzige Exemplar der täglich von Robert Havemann im Zuchthaus Brandenburg herausgegebenen Zeitung „Der Draht“. Anhand der Vervielfältigungsmaschinen und von Fotos, auf denen Mitglieder der Berliner Umwelt-Bibliothek beim mühsamen Prozess der Herstellung von Samisdatzeitungen zu sehen sind, werden den Besuchern die Bedingungen verdeutlicht, unter denen damals gearbeitet werden musste. Angesichts der tausendfältigen Kommunikationsmöglichkeiten heutzutage schließt sich mühelos das Gespräch über die fehlende Öffentlichkeit in der DDR und die Motivation der Opposition an. Weitere Führungen drehen sich um Themenkomplexe wie „Die Revolution 1989/90“ oder „Wer war Robert Havemann?“. Die Kombination aus Führung, kürzeren Filmen und Gesprächen mit Zeitzeugen, zu denen auch einige der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Robert-Havemann-Gesellschaft selbst gehören, hat sich als erfolgreich erwiesen.

Fazit

Das Erbe derjenigen, die im Widerspruch zur SED-Diktatur gelebt haben, zusammenzutragen und für die Zukunft aufzubewahren, hat sich zwar als zeitaufwändige, aber sehr lohnenswerte Aufgabe erwiesen. Diese Manuskripte, Briefe, Flugblätter und Zeitungen sind ein wichtiges Korrektiv zur staatlichen Überlieferung – im Verhältnis ein kleines Erbe, aber in der Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen.

Wie groß die Aufgabe sein wird, war zu Anfang nicht abzuschätzen. Der Aktionsradius der Robert-Havemann-Gesellschaft und ihres Archivs vergrößert sich ständig, die Zahl der Anfragen steigt, und das Themenspektrum wird immer detaillierter. Keine Ausstellung und keine Doktorarbeit zu unserem Sammelschwerpunkt kommen mehr ohne die hier inzwischen versammelten Materialien aus.

ABER: Die Robert-Havemann-Gesellschaft wird bis heute nicht institutionell gefördert. Die wenigen Mitarbeiter hangeln sich von Projekt zu Projekt. Wie schwer das mit dem Alltag in einem Archiv vereinbar ist, muss ich in diesem Rahmen nicht ausführen. Nach zwanzig Jahren erfolgreicher Arbeit wäre eine Perspektive in dieser Hinsicht sehr hilfreich.

Kontakt

Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.
Archiv der DDR-Opposition
Schliemannstr. 23, 10437 Berlin
Anmeldung / Archivleitung: Tina Krone
Tel.: 030 447108-17
tk@havemann-gesellschaft.de
http://www.havemann-gesellschaft.de

Vorgestellt:

Stadtarchiv Perleberg

Sylvia Pieper

Das klassische Kommunalarchiv ist ein Stadtarchiv. Es kann mit den Institutionen Museum und Bibliothek nicht gleichgesetzt werden. Letztere sind kulturelle Einrichtungen. Für das Archiv trifft das nur teilweise zu. Archive haben Aufgaben für die Ämter und Dienststellen der Stadt, deren Eigentum sie sind, zu leisten und die Stadtgeschichte in Bild und Schrift zu bewahren. In der Aufbewahrung von Dokumenten, Schriftstücken und Büchern liegt auch in der Stadt Perleberg der Ursprung des Archivs. Wohl nicht immer so benannt, gab es einen Aufbewahrungsort, ein Depositorium für die in Schrift auf Pergament niedergelegten Festlegungen, Abmachungen und Gesetze. Die ältesten Dokumente der Stadt Perleberg stammen aus dem Jahre 1239: die Übertragung des Stadtrechtes sowie eine Urkunde für die Schustergilde. Die folgende erhaltene Urkunde ist auf das Jahr 1294 datiert. Aus Dokumenten ist bekannt, dass die Aktenkammer im Obergeschoss des Alten Rathauses und das Depositorium in einem Turmanbau an der Gerichtslaube untergebracht waren.

1854 legte der Magistrat ein Urkundenverzeichnis an. Die Urkunden wurden in einem „verschlossenen Spinde im feuersicheren Rathause“ aufbewahrt. Mit dessen Neubau hatte man neben zwei Aktenkammern auch ein Depositalgewölbe in den Turmzimmern eingerichtet, um dort hinter eisernen Türen mit eisernen Schlössern wichtiges Aktengut aufzubewahren. Archiv und Depositorium wurden vom Ratsinspektor verwaltet. Die Stadt unterhielt auch eine Magistratsbibliothek. Die diesbezügliche Akte beginnt im Jahre 1861. Geschichtlich bedeutende Literatur und eine umfangreiche Gesetzessammlung waren darin enthalten. Auch bemühte sich der Magistrat, die Sammlung mit Neuankäufen zu erweitern.
Danach setzt die dokumentierte Ausleihe von Büchern und Urkunden zur Geschichtsschreibung ein. Die Archivalien wurden versendet, und die Rückgabe war oft mit Nachforderungen verbunden. Auch zu Ausstellungszwecken wurden „altertümliche Gegenstände“ (Urkunden, Bücher) ausgeliehen, so 1880 zu einer Ausstellung in Pritzwalk und 1894 in Potsdam.
Im Jahre 1900 forderte der Gymnasialdirektor Vogel, dass die Protokollbücher ab 1594 sowie das „Rote Buch“ neu eingebunden werden sollten. Aber nicht mit allen Akten und älteren Unterlagen ging der Magistrat so sorgsam um. Die Aktenkammern auf dem Boden wurden in bestimmten Zeitabständen „gereinigt“. So ist in Akten von 1863 der Vermerk enthalten, dass 30 Zentner Aktenpapier des Königlichen Kreisgerichtes und einige Zentner Makulatur (wertloses Papier) des Magistrats öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft wurden. Auch weiterhin trug der Ratsinspektor mit Genehmigung des Bürgermeisters regelmäßig dafür Sorge, dass „wertloses“ Papier ausgesondert wurde, da der Platz zur Aufbewahrung begrenzt war. So sind auch Stadt- und öffentliche Anzeiger, Kassenbücher, Passjournale, Polizeianwaltsakten und vieles mehr nicht mehr vorhanden. Aber es wurden auch neue Aktenrepositorien angeschafft. 1878 standen 210 Fächer zur Aufbewahrung zur Verfügung. Der Ratsinspektor kümmerte sich auch sonst um Ordnung in den Registraturen und im Archiv, denn in einem um 1910 erschienenen Buch wird geschrieben, „dass die Stadt Perleberg ein wohlgeordnetes Archiv habe“.

Von 1910 bis 1934 schweigen die Akten über jegliche Archivarbeit. Danach betreute der Oberstadtsekretär Oswin Schlieter das Archiv. Die aus dieser Zeit stammende Akte „Archiv und Chronik“ weist eine rege Auskunftstätigkeit aus. Auch schon damals war eine Benutzung des Archivs kostenpflichtig. Neben Anfragen zum Urkundenbestand und zu Bürgermeister Hasse wurden auch genealogische Auskünfte erbeten. Prof. Carl Ganzel nutzte das Archiv für seine wissenschaftliche Arbeit über die Geschichte der Stadt Perleberg. Der Stadtälteste und geschichtsinteressierte Perleberger Franz Grunick musste oft Auskunft erteilen.

1938 besuchte Staatsarchivrat Dr. Johannes Schultze von der Archivberatungsstelle der Provinz Brandenburg die Stadt Perleberg, um sich über das Archiv und die Registraturverhältnisse zu informieren. Im Ergebnis wurden unwesentliche Akten aus der Aktenkammer auf dem Rathausboden, besonders Rechnungsbelege der Jahresrechnungen, ausgesondert, „bis auf einige alte Jahrgänge während und nach dem 30jährigen Krieg, die geschichtlich wertvoll sind“.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs sahen die Stadtbediensteten mit Sorge auf ihr Archiv. In einer Notiz von 1940 ist vermerkt, dass sich Schriften wie das „Rote Buch“, die “Wendtsche Chronik“ und die Schrift des Bake zum 30-jährigen Krieg im Tresor der Städtischen Sparkasse, der „gegen alle Einwirkungen unbedingt sicher ist, untergebracht sind“. Aber da die Aktenbestände, allein schon die bis Ende des 17. Jahrhunderts, einen derartigen Umfang hatten, dass der Tresorraum nicht ausreichte, befanden sie sich weiterhin in den zwei Räumen im Obergeschoss des Rathauses. Der Keller war zu feucht für die Papierakten. Nach 1942 fehlen jegliche Aufzeichnungen zur Arbeit des Archivs. Im Mai 1945 zerstreuten russische Truppen sämtliches historisches Urkundenmaterial. Die Schätze der Stadt lagen auf Fluren und Treppen im Rathaus und dem Großen Markt. Die Mitarbeiter

der Museumskommission, Fritz Martins und Ferdinand Meyer, retteten unter Einsatz ihres Lebens die wertvollen Archivalien und brachten sie in das Museum. Danach sorgte sich der Museumsausschuss, besonders Ferdinand Meyer, um die Erhaltung des Archivs.

Nach Gründung der DDR 1949 wurde von der Hauptabteilung im Ministerium des Innern eine Verordnung über ein einheitlich zentral geleitetes Archivwesen erlassen. Archive sollten nicht mehr sich selbst überlassen oder durch Archivpfleger nebenamtlich verwaltet werden. Mitte 1951 übertrug der Rat der Stadt der Verwaltungsangestellten Irmgard Friese archivische Aufgaben. Denn die Aktenkammern waren mittlerweile voll von unverzeichnetem Schriftgut aus der Zeit von 1933 bis 1945. Auf der Ratssitzung vom 29. April 1952 gab Bürgermeister Grabow die Einrichtung eines hauptamtlich besetzten Stadtarchivs bekannt. Die Teile des Archivs, die sich noch im Museum befanden, wurden zum Rathaus zurückgeführt. Der nicht mehr als Gefängnis genutzte Teil des dortigen Dachgeschosses wurde als Räumlichkeit vorgesehen. Unter dem Dachboden wurde ein Büro eingerichtet, und in mühevoller Kleinarbeit stellte Irmgard Friese die Ordnung des Archivs wieder her. In einem Bericht von 1955 heißt es: „Die Räume auf dem Boden wurden mit Regalen ausgestattet. Die wichtigsten Akten und Urkunde befinden sich wieder im sicheren Turmzimmer in der 1. Etage. Es sind erhebliche Arbeiten zur Ordnung der Akten erforderlich. Darüber hinaus lagen verschiedene Anfragen/Suchaufträge vor."

Arbeitsraum, 1967.

Seit 1955 führte Irmgard Friese akribisch die Ortschronik. Sie verschaffte sich in allen Bereichen der Stadtgeschichte einen Überblick und trug viele Materialien und Nachrichten zusammen. Zur Ergänzung der Archivalien wurde seit Mitte der 60er Jahre mit einer eigenen Fotoausrüstung konsequent das Stadtgeschehen fotografisch festgehalten. So zählen auch viele Fotos und Dia-Positive aus dieser Zeit zum Sammlungsbestand. 1972 gab es eine eigene städtische Archivordnung. Irmgard Friese absolvierte ein Fachschulfernstudium für das Archivwesen und wurde 1965 als staatlich geprüfte Archivarin eingesetzt. Zeitweise unterstützten sie Praktikanten in ihrer Arbeit. Erst 1969 bekam sie eine Mitarbeiterin sowie ein großes Bürozimmer. Nach 27 Jahren Archivarbeit ging sie im Juli 1979 in den verdienten Ruhestand. Sie hinterließ die Grundlage für den heutigen Archivaufbau und seiner Sammlungsbestände. Zur Übergabe an die Nachfolger legte sie erstmals eine Übersicht des Bestandes vor: 30 Einwohnermeldebücher bis Ende des 19. Jahrhunderts, die historisch wertvollen Archivalien im Turmzimmer, ca. 160 laufende Meter Archivgut in den Bodenkammern, über 1.600 Bände in der Bibliothek und diverse Mappen und Akten mit Materialien und Dokumenten.

Erst 1982 wurde das Archiv mit stetig wechselndem Personal weitergeführt. Ein 1987 angefertigter Bericht gibt Auskunft über den Zustand der Archivräumlichkeiten: Die vorhandenen Räume auf dem Boden wurden der Funktion eines Magazinraumes nicht gerecht, sie waren sehr klein, nicht beheizbar und schwer zu lüften. Die jährlichen Temperatur- und Feuchtigkeitsschwankungen, der hohe Verschmutzungsgrad der Akten sowie die Mitbewohnerschaft von Tauben waren wahrlich nicht die besten Voraussetzungen für das Archivgut. Schon in den 60er Jahren hatte Irmgard Friese dieses Defizit angemeldet. Die Magazinräume waren vorwiegend mit Holzregalen ausgestattet, anfällig gegen Insekten und nicht feuersicher. Es gabt keine Brandmauern zwischen den Räumlichkeiten, und es fehlte eine Brandwarnanlage. Erschwerend kam hinzu, dass sich das Büro und der Benutzerraum in der 1. Etage, das Magazin aber zwei Etagen darüber befanden. Für den Archivmitarbeiter bedeutete diese Lage der Räume, das Archivgut mit Körben über mehrere Treppen zu transportieren. Eine 1989 angefertigte Archivstatistik ergab: 270 lfm Regalfach, 150 lfm F/K und 100 lfm S-Bestand, 117 dienstliche Nutzungen und Kassation von einer Tonne Papier. Karin Schmidt führte eine kontinuierliche Archivarbeit von 1989 bis 2000 weiter. Im März 1990 erfolgte eine Flut von Aktenübernahmen aus der vergangenen Verwaltungsepoche sowie von aufgelösten staatlichen Einrichtungen. Allein 2.700 Akteneinheiten (50 lfm) kamen 1990 ins Archiv, so auch die Bauakten, die im Baudezernat gelegen hatten. Durch die neuen Benutzungsmodalitäten stiegen die Benutzungen und Anfragen rasant an. So war es gut, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusätzliches Personal für die vorübergehend umfangreichen Arbeiten zur Unterstützung zu haben. Unter der Anleitung von Karin Schmidt wurden eine Findkartei und Findbücher der Bestände bis 1990 angelegt. Eine 1.500 Wörter umfassende Stichwortkartei erleichterte das Finden von Akten, Zeitungsartikeln, Fotos u.a. erheblich.
Mit Beginn der 90er Jahre bekam auch das Archiv den Aufschwung zu spüren: Es wurden Metallregale angeschafft, die Magazinböden mit PVC-Belag ausgelegt, eine Klimaanlage installiert (leider für das alte Bauwerk ungeeignet) und lose Archivalien kartoniert.

Nach 2001, fast zwei Jahre, in denen das Archiv nicht mehr kontinuierlich geführt wurde, war ein vormals leerer Raum mit Akten gefüllt. Staub und Schmutz zwangen zur Handschuhpflicht. Die Außenwände zeigten Feuchtigkeitsschäden. Der Schimmelbewuchs auf den Akten war nicht mehr zu übersehen. Reinigungsarbeiten, Heizung, Computertechnik und die Umlagerung des wertvollen Turmarchivs in einen sauberen Magazinraum mit angemessenen Regalen waren die ersten Schritte. Es zeigte sich, dass auf Dauer das Archiv nicht in diesen Räumlichkeiten verbleiben konnte.

Das Stadtarchiv Perleberg.

Nach zweijähriger intensiver Suche nach neuen Archivräumlichkeiten und großer Überzeugungsarbeit bei den verantwortlichen Verwaltungskräften konnte der Umzug 2005 beginnen: vom Boden des Rathauses in den Keller des Verwaltungsgebäudes einer sanierten Kaserne auf dem ehemaligen Kasernengelände. Das über 120 Jahre alte Gebäude verfügt über starke Außenwände und bietet so ein fast optimales Klima für das Archivgut. Der in einem Raum von Schimmel befallene Bestand wurde mittels Gammabestrahlung behandelt. Eine anschließende Reinigung der Akten und neue Archivkartons sollen dem Schimmel Einhalt gebieten. Das Archiv ist mit einer Einbruch-, Brand- und Wassermeldeanlage ausgestattet. Magazin und Büro auf einer Ebene ermöglichen ein schnelles Zugreifen auf die Archivbestände: für das Ein–Frau–Archiv ist das optimal. Auf 140 m² Magazinfläche in sechs Räumen ist vorerst ausreichend Fläche vorhanden, um Archivalien zu lagern. 2011 konnten die beiden letzten Räume mit einer Rollregalanlage ausgestattet werden.

Das Stadtarchiv verfügt über ansehnlichen Archivbestand. Nicht Stadtbrände oder Kriege führten zu Archivalienschwund und damit Überlieferungslücken, sondern mangelndes Interesse und fehlendes Personal, ungenügende Aufbewahrungsmöglichkeiten und ungerechtfertigte Vernichtung von Papier. Der Urkundenbestand zählt 240 Urkunden und Akten von besonderem historischen Wert. Ein weiterer Bestand sind Stadt- und Magistratsbücher sowie Bürgerbücher und Einwohnerverzeichnisse aus dem 17. bis 20. Jahrhundert, unvollständig, aber ein bedeutender Schatz für die Genealogen und Familienforscher.

Der 400 laufende Meter umfassende Aktenbestand der Verwaltung ist in drei Zeitepochen unterteilt, vom 14. Jahrhundert bis 1945, 1945 bis 1990, 1990 bis heute. Die um 1840 einsetzenden 150 laufende Meter umfassenden Bauakten über fast alle Gebäude der Stadt sind ein besonders wertvoller Bestand nicht nur für Architekten und Städteplaner, sondern auch Quelle für das städtische Leben.

Mit Hilfe einer zusätzlichen personellen Kraft konnte in den vergangenen Jahren die mit über 6.000 Bänden ausgestattete Archivbibliothek in ein Bibliotheksprogramm mit Onlinerecherche zur Regionalliteratur erfasst werden. Vor zwei Jahren wurde begonnen, aus dem Zeitungsbestand das regionale „Kreisblatt für die Westprignitz“ zu verfilmen und zu digitalisieren, da es von 1861 bis 1933 vollständig im Archiv vorliegt. Die Zeitungen sind eine häufig genutzte Quelle zur Stadtgeschichte. Weiteres Sammlungsgut wie Fotos, Karten und Pläne, Plakate und eine Zeitungsausschnittsammlung (ab 1955) stehen dem interessierten Benutzer zur Verfügung. Die Übernahme eines Bestandes zur regionalen Filmgeschichte ergänzt künftig die Quellen der Stadtgeschichte.

Tag der Archive 2010 im Stadtarchiv Perleberg.

Die Teilnahme an den bundesweiten Archivtagen 2004, 2006, 2008 und 2010 tragen zur Popularität des Archivs bei. Beim letzten Archivtag 2010 haben 90 Besucher sich mit der Einrichtung vertraut gemacht. Kleine stadtgeschichtliche Ausstellungen, Berichte über Quellen des Archivs in der Presse und nicht zuletzt das Perleberg-Buch aus der Reihe „Archivbilder“ haben das Stadtarchiv im Gedächtnis der Perleberger und anderer Interessenten einen denkwürdigen Platz finden lassen.
2014 feiert Perleberg sein 775-jähriges Jubiläum. Das Stadtarchiv wird sich auch hieran beteiligen.

Kontakt
Stadtarchiv Perleberg
Sylvia Pieper
Karl-Liebknecht-Straße 33, 19348 Perleberg
Tel.: 03876 781-150
archiv@stadt-perleberg.de
www.stadt-perleberg.de

Quellen zur brandenburgischen Landesgeschichte

Friedrich in der Mark – eine Spurensuche
Ansprache zur Eröffnung der „Schaufenster" des Brandenburgischen Landeshauptarchivs zu Friedrich des Großen anlässlich seines 300. Geburtstages im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam am 16. Februar 2012

An Friedrich II., an Friedrich dem Großen, König von Preußen von 1740 bis 1786, scheiden sich wie schon in der Vergangenheit, so auch noch in der Gegenwart, im Jahr seines 300. Geburtstages 2012, die Geister. Während die einen den aufgeklärten Wegbereiter des Rechtsstaates und den Verkünder religiöser Toleranz loben, verdammen die anderen den ruhmsüchtigen Herrscher und rücksichtslosen Kriegsherrn. Wer über Friedrich urteilt, handelt zugleich von dem von ihm geprägten Staat, denkt – positiv oder negativ – an die Rolle, die durch sein Wirken Preußen in der deutschen und europäischen Geschichte eingenommen hat. Man brauchte im anlaufenden Jubiläumsjahr, seitdem die Länder Berlin und Brandenburg am 24. Januar 2012 in einem Festakt im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt den König – übrigens durchaus kritisch – gewürdigt hatten, nur regionale und überregionale Tageszeitungen, deren Kommentar- und Leserbriefspalten aufzuschlagen, um zu erkennen, dass der Meinungsstreit hohe Wellen schlägt und wahrlich Emotionen hervorruft. In der aktuellen Debatte zeigte sich etwa ein bekannter deutscher Historiker „froh" darüber, „dass Preußen 1945 als Staat aufgelöst wurde", und empfahl den Verehrern des Königs, sich zu fragen, „ob nicht ohne die von ihm begonnene Expansionspolitik wahrscheinlich Breslau und Königsberg immer noch deutsche Städte wären." Aber auch die größten Kritiker Friedrichs kommen nicht umhin einzuräumen, dass er einer der außergewöhnlichsten Monarchen der neueren europäischen Geschichte ist. Dass 300 Jahre nach seiner Geburt, 65 Jahre nach der endgültigen Beseitigung seines Staates immer noch so lebhaft und kontrovers über ihn diskutiert wird, zeugt von dem Reichtum seiner Erscheinung, zu dem philosophische und literarische Werke, politische und militärische Taten und künstlerische Aufgaben gehören, deren Nachwirkung sich niemand teilnahmslos entziehen kann.

Im Jubiläumsjahr Friedrichs des Großen will das Brandenburgische Landeshauptarchiv diese Debatten nicht mit eigenen kräftigen Werturteilen weiter anheizen, sondern sie zurücklenken auf eine emotionsfreiere, nüchternere Erkenntnis der königlichen Politik anhand ausgewählter Maßnahmen – auf eine Erkenntnis, die sich gründet auf einige in seinen Archivmagazinen verwahrte kostbare schriftliche Zeugnisse von und über Friedrich. Das Landeshauptarchiv wird in seiner bewährten Partnerschaft mit dem Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte zu dessen großer Friedrich-Ausstellung etliche unbekannte Stücke aus seinen Beständen beisteuern. Zur Vorbereitung und zur Begleitung dieser Ausstellung dient in diesem Jahr das „Schaufenster" des Landeshauptarchivs im Kutschstall, mit dem es seit dessen Eröffnung 2007 regelmäßig zu aktuellen kulturhistorischen Themen Kostbarkeiten aus seinen reichen Schätzen präsentiert. Mit den für dieses Jahr vorgesehenen vier „Schaufenstern" wollen seine Archivare beispielhaft mit einer Anzahl von Originalen aus den Lebzeiten des Königs und aus seiner „Nachgeschichte" vor Augen stellen, in welcher Weise er im Kernland seines Königreiches, in der Mark Brandenburg, gewirkt hat. Wir wollen ihm gewissermaßen über die Schulter schauen, an Hand seiner eigenhändigen Verfügungen, seiner Anweisungen an sein Kabinett und seine Behörden, an Hand seines Verhaltens anschaulich darstellen, welche zentrale Aufgaben er sich in der Mark Brandenburg angenommen und wie er sie zu bewältigen gesucht hat.

Im Mittelpunkt stehen dabei zunächst Regierungsstil und Regierungsprinzipien: In welcher Weise hat Friedrich seine Regierung ausgeübt, von welchen Grundsätzen hat er sich dabei leiten lassen? Der Müller-Arnold-Prozess von 1779 offenbart die in ihm selbst angelegte Spannung zwischen einer unabhängigen Justiz, in deren Verhandlungen er nicht eingreifen wollte, und dem „Machtspruch", den er in einem einzelnen Gerichtsverfahren fällte, wenn er glaubte, den Richtern adlige Voreingenommenheit unterstellen zu müssen. Seine Inspektionsreisen, seine Rundreisen durch seine Provinzen entsprangen der Absicht, die Verhältnisse seines Landes durch eigenen Augenschein kennenzulernen und die Untertanen mit ihren Anliegen selbst anzuhören, um nicht allein auf die schriftlichen Berichte seiner Beamten für seine Beschlussfassung angewiesen zu sein. Sein tief verwurzeltes Misstrauen trieb ihn nämlich immer wieder dazu, seinen Informationsstand über die Lage seines Staates über die förmlichen bürokratischen Wege hinaus auf recht unkonventionellen Wegen zu erweitern. Ferner werden die lange andauernden Anstrengungen Friedrichs für die Verbesserung der „Landeskultur" beleuchtet. Potsdam verdankt ihm den Aufstieg zur wichtigsten preußischen Residenzstadt – neben Berlin – nicht nur durch Sanssouci und das Neue Palais, sondern auch durch die Förde-

rung der Bürgerstadt und ihrer Bürger- und Verwaltungsbauten. Die im Jahre seines Todes, 1786, erschienene Beschreibung des bekannten Aufklärers Friedrich Nicolai lässt erkennen, wie sehr der Stadtausbau den Stolz der preußischen Zeitgenossen auf dieses neue Kleinod in der Mitte der Mark gesteigert hat – auch wenn man hinzufügen muss, dass manche Baumaßnahmen schönen Schein mit fragiler Substanz bezweckten. Zuvor öde und sumpfige Landstriche an großen Flüssen der Mark wurden trockengelegt, mit von nah und fern herbeigerufenen Siedlern bevölkert und wirtschaftlich emporgehoben: Oderbruch und Warthebruch wurden auf königliche Veranlassung hin mit erheblichem Mitteleinsatz als neue Siedlungs- und Wirtschaftsregionen geschaffen – auch wenn der Erfolg sich erst nach mühevoller Überwindung mancher Schwierigkeiten einstellte und in seiner Dimension nicht überschätzt werden darf.

Der Mythos hat sich all dieser Vorgänge bemächtigt, in Ansätzen schon zu Lebzeiten des Königs, erst recht nach seinem Tode, mit Schlagworten und Begriffen wie dem „gerechten" König, dem „allgegenwärtigen" König, dem König, der „eine Provinz mitten im Frieden erobert". Dass überhaupt ein solcher Mythos entstand, ist sicherlich kein Zufall, ist zurückzuführen auf die Kraft und Wirkung einer Persönlichkeit, die mit ihrer Außen- und Innenpolitik, mit ihrer Verbindung von militärischem Machtstaat und aufklärerischer Philosophie Preußen zur großen Überraschung aller Konkurrenten in die erste Reihe der deutschen und europäischen Staaten geführt hat und dabei schon die Zeitgenossen zu begeisterten Lobeshymnen und entschiedenem Widerspruch herausfordert hat. Erst recht die Nachwelt vermochte sich seiner Gestalt wegen ihrer unübersehbaren Wirkung auf den Gang der Geschichte nicht zu entziehen und entging lange nicht der Gefahr der Verklärung. Daher besteht ein wesentliches Anliegen unserer Schaufenster darin, den Mythos in seinen realen Anknüpfungspunkten zu identifizieren und zugleich seine Vereinfachung und Zuspitzung komplizierter Sachverhalte herauszustellen. Wie hinter den Bildern des 19. und 20. Jahrhunderts die friderizianische, preußische Wirklichkeit des 18. Jahrhunderts ausgesehen hat, wie Friedrich gedacht und gehandelt hat, welche Leistungen er vollbracht hat und worin deren Grenzen liegen, dazu werden die ausgelegten Zeugnisse von seiner eigenen Hand, von denen seiner Mitarbeiter und Zeitgenossen und von Nachlebenden genauere Auskunft geben. Die Suche nach „Friedrichs Spuren in der Mark" möge den Betrachter der Archivalien dazu bewegen, sich die Erkenntnis von Geschichte aus den schriftlichen Hinterlassenschaften zu vergegenwärtigen und sich an ihnen ein eigenes historisches Urteil zu bilden.

Klaus Neitmann

Veröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs

Werner Heegewaldt / Harriet Harnisch (Bearb.): Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Teil I/1: (Adlige) Herrschafts-, Guts- und Familienarchive (Rep. 37)

„Die Türken, wie sie in Berlin Datteln verkaufen, 1763",
Kupferstich von F.v.d. Hagen nach Daniel Chodowiecki.
Rep. 37 Gut Hohenneuen, Kreis Westhavelland, Nr. 740 ÜF,
(Abbildung aus: Beständeübersicht, S. 523).

Berliner Wissenschafts-Verlag: http://www.bwv-verlag.de/buecher_geschichte.htm

Der König als gerechter Richter?

Dokumente zum Müller-Arnold-Prozess aus dem Gutsarchiv Alt Madlitz[1]

Werner Heegewaldt

Wohl kaum ein Prozess der friderizianischen Zeit hat über Preußen hinaus so viel Aufsehen erregt wie der Streit um den Müller Arnold. Er dauerte sechs Jahre und endete 1779 mit einem königlichen Machtspruch und einem Justizskandal. Friedrich annullierte die gleichlautenden Urteile der drei Vorinstanzen und entschied zugunsten des klagenden Müllers. Er war davon überzeugt, dass die Richter parteiisch waren und das Recht gebeugt hatten. Zugleich bestrafte er die Juristen in ungewöhnlich scharfer Form. Führende Justizbeamte wurden ihres Amtes enthoben und die an den Urteilen beteiligten Richter zur einjährigen Festungshaft und zur Entschädigungszahlung an den Müller verurteilt.

Worum ging es in dem Prozess?

Christian Arnold war Erbpächter der Krebsmühle, einer Wassermühle bei dem neumärkischen Dorf Pommerzig. 1770 ließ der Landrat von Gersdorf oberhalb des Fließes, das die Mühle bewässerte, einen Karpfenteich anlegen. Als der Müller gegenüber seinem Grundherren, dem Grafen von Schmettau, mit seiner Erbpacht rückständig wurde, machte er den Teich dafür verantwortlich. Er behauptete, dass dieser seiner Mühle zu viel Wasser entzogen hätte, und er deshalb nicht zahlen könne. Arnold wurde daraufhin von Graf Schmettau verklagt und von dessen gutsherrlichem Gericht 1773 zur Zahlung verurteilt. Als die Pacht dennoch ausblieb, betrieb der Graf die Zwangsvollstreckung und ließ Arnold in Haft nehmen. Die nächste Instanz, die Neumärkische Regierung in Küstrin, bestätigte das Urteil. Sie rügte allerdings die Inhaftierung des Müllers und empfahl diesem, seine Forderungen gegenüber dem Landrat von Gersdorf gerichtlich durchzusetzen. Im September 1778 kam es zur Zwangsversteigerung und Räumung der Mühle. Die Müllersleute gaben aber nicht auf und klagten erneut. Weitere Gerichtsverfahren folgten, die jedoch am Tenor des Urteils nichts änderten. Nach mehreren vergeblichen Versuchen gelang es Arnold, im August 1779 mit einer Bittschrift bei Friedrich Gehör zu finden. Da der König ohnehin misstrauisch war, wenn ein Adliger vor Gericht gegen einen Untertanen siegte, ordnete er eine neue Untersuchung an. Obwohl der Bericht des beauftragten Oberst von Heucking für den Müller positiv ausfiel, urteilte das Kammergericht unverändert. Der König zog darauf das Verfahren an sich und beschloss, ein Exempel zu statuieren. Am 11. Dezember 1779 führte er persönlich eine Vernehmung der beteiligten Kammergerichtsräte durch, ohne jedoch ihrer Argumentation Gehör zu schenken. Mit rüden Worten annullierte der wutentbrannte König das Urteil. Er entließ seinen obersten Juristen, den Großkanzler von Fürst, aus dem Amt und ließ die beteiligten Richter verhaften. Derartige Machtsprüche waren zwar im Absolutismus legitim, der König verstieß damit aber gegen die von ihm selbst immer wieder geforderte Unabhängigkeit der Justiz. Wie weit diese bereits im Selbstverständnis der Juristen verankert war, zeigte das mutige Verhalten des Justizministers von Zedlitz. Er verweigerte sich der königlichen Order, eine Entscheidung zugunsten des Müllers zu fällen und die Juristen zu maßregeln. Friedrich verfasste daher das Urteil selbst und legte das Strafmaß für die Richter fest, wobei diejenigen, die Zweifel an den Urteilen hatten, unbehelligt blieben.

Wie reagierte die Öffentlichkeit auf den königlichen Machtspruch?

Das königliche Urteil und die Bestrafung der Richter fanden ein großes Echo. Die Reaktionen waren bereits damals geteilt. Am Tag nach der Entlassung erschienen vor dem Berliner Schloss Hunderte von Menschen und huldigten dem König. Bürgerhäuser waren abends erleuchtet und zeigten Bildnisse des Königs. Für das einfache Volk galt Friedrich als Beschützer, der ihnen Gleichheit vor dem Gesetz verschaffte. Die höhere Beamtenschaft und der Adel machten dagegen dem entlassenen Großkanzler von Fürst ihre Aufwartung und drückten ihre Teilnahme aus. Sie befürchteten weitere Machtsprüche des Königs. Vor allem aber waren sie über die Strafaktion erschüttert, die nach ihrem Verständnis die Richter völlig zu Unrecht getroffen hatte.

Wer hatte Recht, der König oder seine Richter?

Die Deutung des Rechtsfalles ist bis heute unter Historikern umstritten. Die Wertungen des königlichen Machtspruchs reichen von „reiner Willkürakt“ bis hin zu „Sieg der Vernunft und der sozialen Gerechtigkeit“. Das Verhalten der Richter wird als Fehlurteil oder als „Markstein auf dem Weg zur Unabhängigkeit der Justiz“ gedeutet. Erschwert wird ein Urteil dadurch, dass die damaligen Juristen das Kernproblem nur sehr oberflächlich untersucht hatten. Es lag zwar ein Gutachten vor, ob der Teich der Mühle tatsächlich Wasser entzogen hatte. Dessen Ergebnis war aber umstritten und wurde nicht durch ein Zweitgutachten überprüft. Nach Auffassung der Richter war die Frage des Wassermangels ohnehin nur sekundär. Mit Berufung auf das römische Recht hielten sie es für maßgeblich, dass der Eigentümer des Teiches unbeschränkt über das Gewässer verfügen konnte. Daher trug er für den Wassermangel des Müller

1 *Die kommentierten Quellen werden vom 16. Februar bis 30. April 2012 im „Schaufenster“ des Brandenburgischen Landeshauptarchivs im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam gezeigt. Literatur zum Thema: Malte Disselhorst: Die Prozesse des Müllers Arnold und das Eingreifen Friedrichs des Grossen (Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien 129), Göttingen 1984. Otto Uhlitz: Der König als gerechter Richter. Friedrich der Große und die Müller-Arnold-Prozesse, in: Der Herold. Vierteljahrsschrift für Heraldik, Genealogie und verwandte Wissenschaften, Bd. 9, 21.1978, S. 225-236.*

Arnold keine Verantwortung. Neuere rechtsgeschichtliche Untersuchungen zeigen jedoch, dass diese Auslegung keineswegs zwingend war. Schon das römische Recht kannte die vom König vertretene Auffassung, dass das Eigentum Schranken haben müsse und dass fließende Gewässer öffentliche Sachen im gemeinen Gebrauch seien. Sie setzte sich in der Folge durch und wurde in das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 übernommen. Friedrichs Bestrafung der Richter dagegen war völlig unangemessen. Indem er Recht schaffen wollte, praktizierte er selbst Unrecht. Während er die adligen Behördenspitzen von Kammergericht und Neumärkischer Regierung schonte, wurden die bürgerlichen Räte zu Festungshaft verurteilt. Beweise dafür, dass die Richter parteiisch waren und das Recht gebeugt hatten, lassen sich nicht finden. – Der Müller-Arnold-Prozess zeigt beispielhaft, wie schwierig es ist, sich ein unbefangenes Bild vom „Großen" König zu machen. Historische Fakten und Legenden voneinander zu trennen, ist mühsam, aber lohnenswert.

Dokumente:

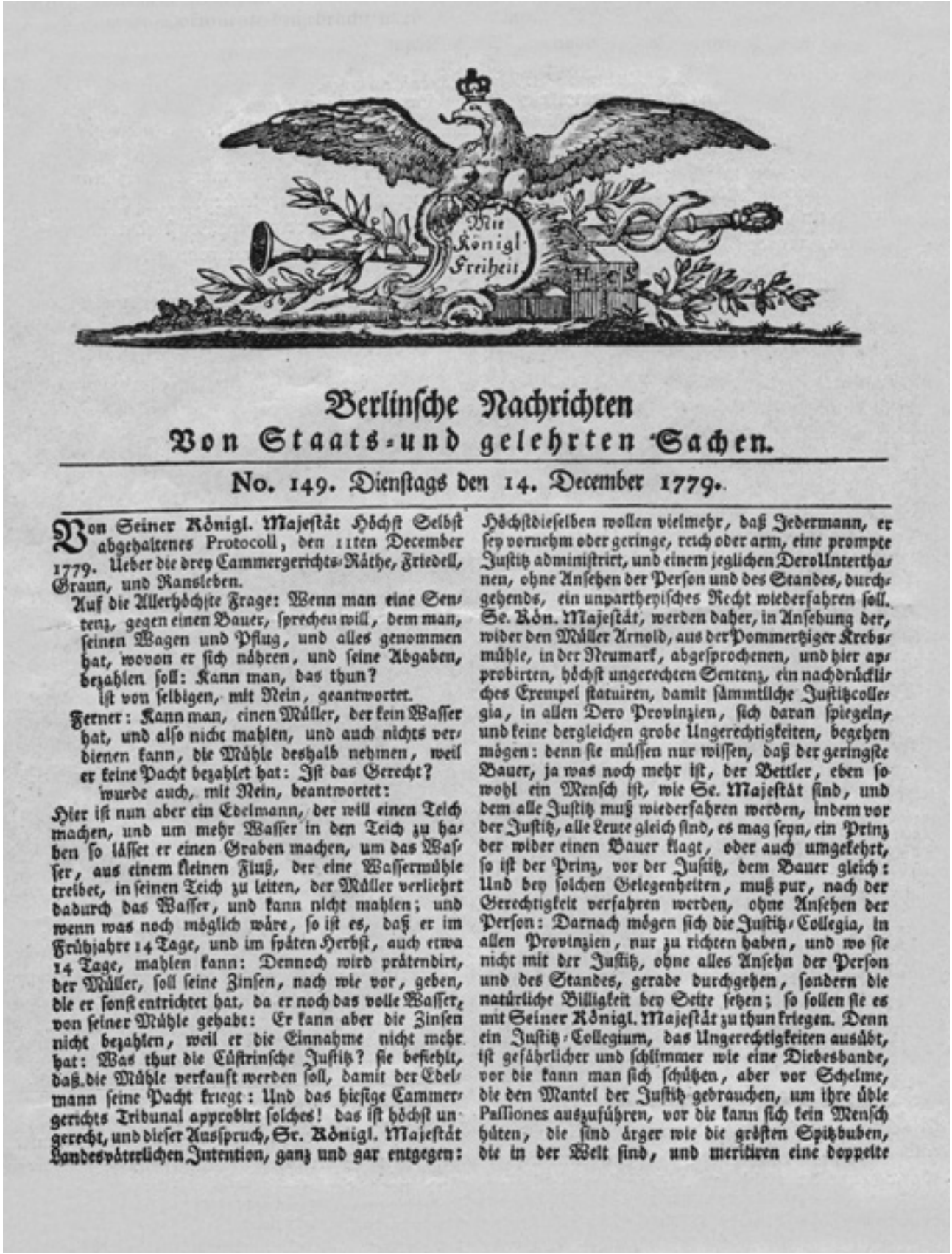
Dok. 1: Die Überlieferung: Abschriften der Prozessakten der Neumärkischen Regierung aus dem Gutsarchiv der Grafen von Finckenstein auf Alt Madlitz *(Abbildung siehe 2. Umschlagseite).*
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 37 Alt Madlitz, Nr. 395-400.

Dok. 2: Die Protagonisten: Christian Arnold, Erbpächter der Krebsmühle bei Pommerzig, und seine Ehefrau Rosina geb. Schulz, 1780.
Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, Jg. 1902, S. 96. Dienstbibliothek des Brandenburgischen Landeshauptarchivs.

Die Kupferstiche verdanken ihre Entstehung dem großen öffentlichen Interesse an dem Prozess. Ansonsten wären die Müllersleute wohl kaum porträtiert worden. Ob die Bildnisse authentisch wiedergegeben sind, ist zumindest fraglich. Vermutlich hat ein geschickter Verleger sie in Auftrag gegeben, um damit Gewinn zu machen. Als auffälliges Attribut tragen beide Briefe an den König („au Roi") bei sich. Solche Suppliken oder Bittschriften waren oft der letzte Ausweg, um sich im Streit mit der Obrigkeit beim Landesherrn Gehör zu verschaffen. Über die Biographie der beiden Eheleute ist so gut wie nichts bekannt. Gleichwohl werden sie von einigen Historikern besonders kritisch, wenn nicht voreingenommen geschildert. So urteilte der Historiograph des Kammergerichtes, Friedrich Holtze, im Jahre 1902: „Sind die Bilder nicht zu unähnlich, so war der Müller eine Schlafmütze, seine Frau das Urbild einer bösartigen Querulantin".

Dok. 3: Das Streitobjekt: Das Mühlenfließ bei Pommerzig, Kr. Crossen/Neumark, 1779.
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 37 Alt Madlitz, Nr. 399 (Abbildung siehe 3. Umschlagseite).

Bei dem hier erstmals veröffentlichten Plan handelt es sich um die einzige kartographische Darstellung des Streitobjektes. Links ist der vom Landrat von Gersdorf angelegte Teich (C) zu erkennen, daneben das Mühlenfließ, das die Schneidemühle (G) und die Krebsmühle des Müllers Arnold (H) bewässerte. Durch die Schleusen (B und D) konnte Wasser aus dem Fließ in den Teich und den „Ablassgraben“ geleitet und so dem Mühlenfließ entzogen werden.



Berlinſche Nachrichten
Von Staats- und gelehrten Sachen.

No. 149. Dienſtags den 14. December 1779.

Von Seiner Königl. Majeſtät Höchſt Selbſt abgehaltenes Protocoll, den 11ten December 1779. Ueber die drey Cammergerichts-Räthe, Friedell, Graun, und Ransleben.

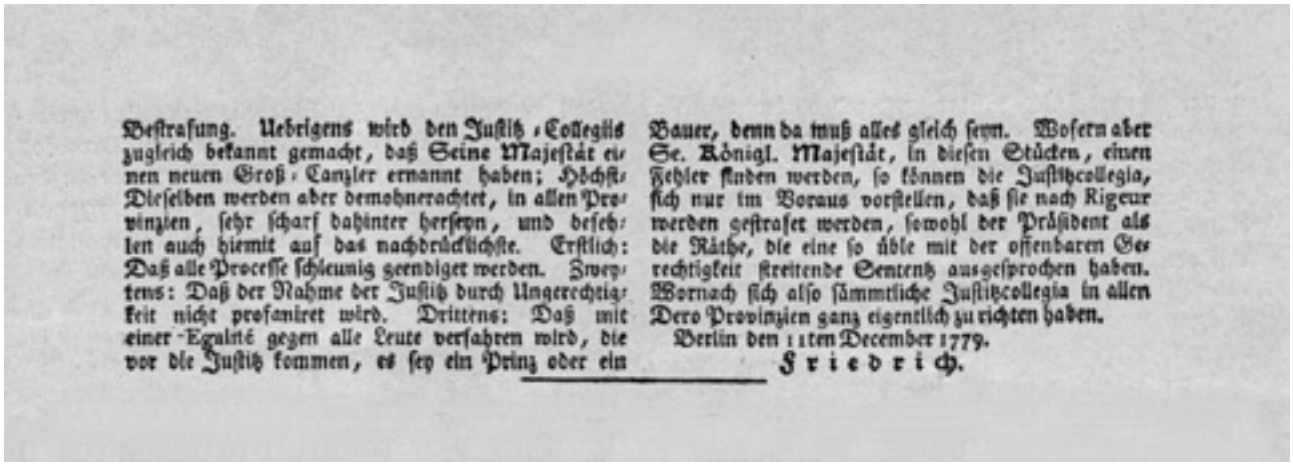
Auf die Allerhöchſte Frage: Wenn man eine Sentenz, gegen einen Bauer, ſprechen will, dem man, ſeinen Wagen und Pflug, und alles genommen hat, wovon er ſich nähren, und ſeine Abgaben, bezahlen ſoll: Kann man, das thun?

iſt von ſelbigen, mit Nein, geantwortet.

Ferner: Kann man, einen Müller, der kein Waſſer hat, und alſo nicht mahlen, und auch nichts verdienen kann, die Mühle deshalb nehmen, weil er keine Pacht bezahlet hat: Iſt das Gerecht?

wurde auch, mit Nein, beantwortet:

Hier iſt nun aber ein Edelmann, der will einen Teich machen, und um mehr Waſſer in den Teich zu haben ſo läſſet er einen Graben machen, um das Waſſer, aus einem kleinen Fluß, der eine Waſſermühle treibet, in ſeinen Teich zu leiten, der Müller verliehrt dadurch das Waſſer, und kann nicht mahlen; und wenn was noch möglich wäre, ſo iſt es, daß er im Frühjahre 14 Tage, und im ſpäten Herbſt, auch etwa 14 Tage, mahlen kann: Dennoch wird prätendirt, der Müller, ſoll ſeine Zinſen, nach wie vor, geben, die er ſonſt entrichtet hat, da er noch das volle Waſſer, von ſeiner Mühle gehabt: Er kann aber die Zinſen nicht bezahlen, weil er die Einnahme nicht mehr hat: Was thut die Cüſtrinſche Juſtitz? ſie befiehlt, daß die Mühle verkauft werden ſoll, damit der Edelmann ſeine Pacht kriegt: Und das hieſige Cammergerichts Tribunal approbirt ſolches! das iſt höchſt ungerecht, und dieſer Ausſpruch, Sr. Königl. Majeſtät Landesväterlichen Intention, ganz und gar entgegen: Höchſtdieſelben wollen vielmehr, daß Jedermann, er ſey vornehm oder geringe, reich oder arm, eine prompte Juſtitz adminiſtrirt, und einem jeglichen Dero Unterthanen, ohne Anſehen der Perſon und des Standes, durchgehends, ein unpartheyiſches Recht wiederfahren ſoll. Se. Kön. Majeſtät, werden daher, in Anſehung der, wider den Müller Arnold, aus der Pommertziger Krebsmühle, in der Neumark, abgeſprochenen, und hier approbirten, höchſt ungerechten Sentenz, ein nachdrückliches Exempel ſtatuiren, damit ſämmtliche Juſtitzcollegia, in allen Dero Provinzien, ſich daran ſpiegeln, und keine dergleichen grobe Ungerechtigkeiten, begehen mögen: denn ſie müſſen nur wiſſen, daß der geringſte Bauer, ja was noch mehr iſt, der Bettler, eben ſowohl ein Menſch iſt, wie Se. Majeſtät ſind, und dem alle Juſtitz muß wiederfahren werden, indem vor der Juſtitz, alle Leute gleich ſind, es mag ſeyn, ein Prinz der wider einen Bauer klagt, oder auch umgekehrt, ſo iſt der Prinz, vor der Juſtitz, dem Bauer gleich: Und bey ſolchen Gelegenheiten, muß pur, nach der Gerechtigkeit verfahren werden, ohne Anſehen der Perſon: Darnach mögen ſich die Juſtitz-Collegia, in allen Provinzien, nur zu richten haben, und wo ſie nicht mit der Juſtitz, ohne alles Anſehn der Perſon und des Standes, gerade durchgehen, ſondern die natürliche Billigkeit bey Seite ſetzen; ſo ſollen ſie es mit Seiner Königl. Majeſtät zu thun kriegen. Denn ein Juſtitz-Collegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, iſt gefährlicher und ſchlimmer wie eine Diebesbande, vor die kann man ſich ſchützen, aber vor Schelme, die den Mantel der Juſtitz gebrauchen, um ihre üble Paſſiones auszuführen, vor die kann ſich kein Menſch hüten, die ſind ärger wie die gröſten Spitzbuben, die in der Welt ſind, und meritüren eine doppelte



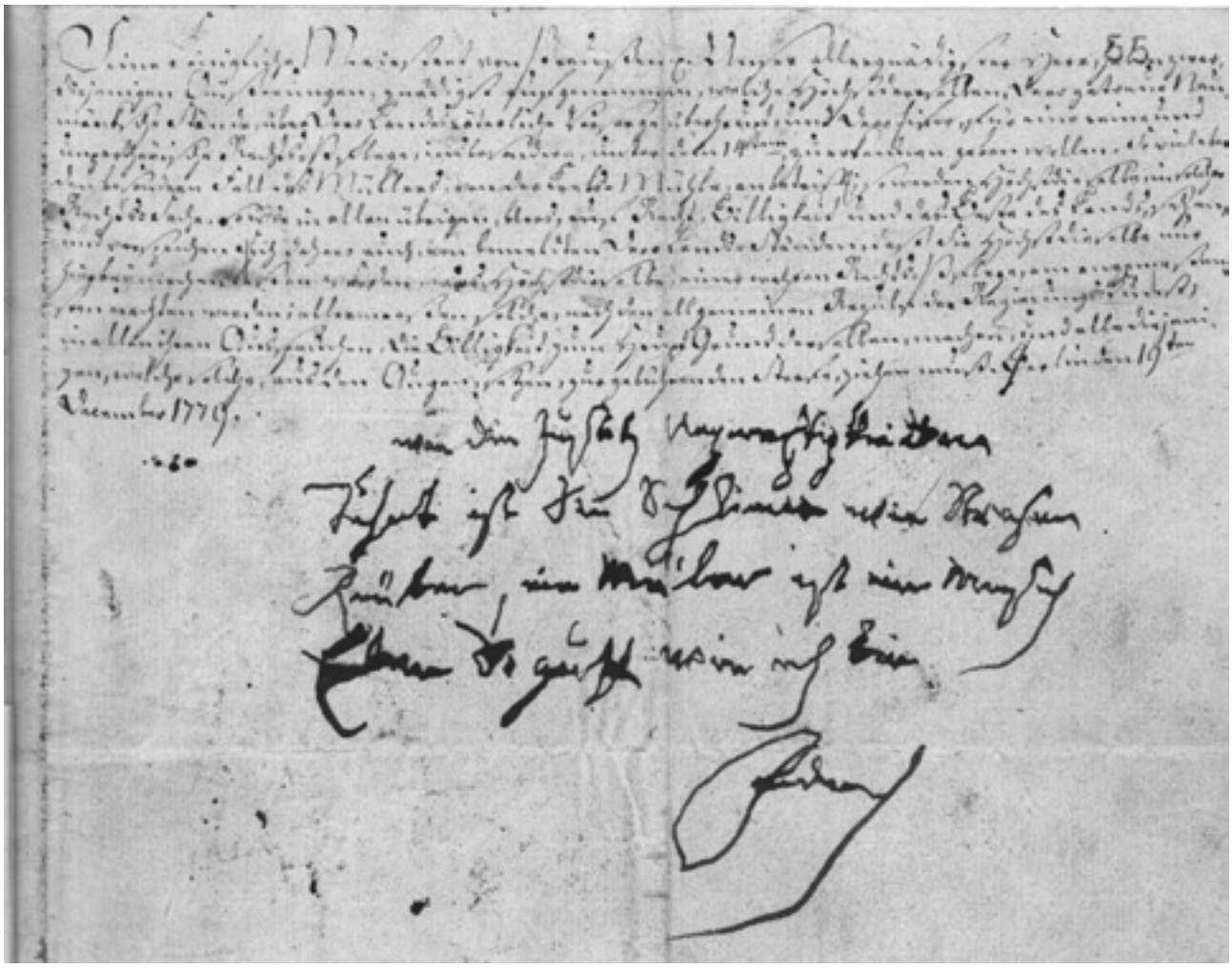
Bestrafung. Uebrigens wird den Justiz-Collegiis zugleich bekannt gemacht, daß Seine Majestät einen neuen Groß-Canzler ernannt haben; Höchstdieselben werden aber demohnerachtet, in allen Provinzien, sehr scharf dahinter herseyn, und befehlen auch hiemit auf das nachdrücklichste. Erstlich: Daß alle Processe schleunig geendiget werden. Zweytens: Daß der Nahme der Justiz durch Ungerechtigkeit nicht profaniret wird. Drittens: Daß mit einer Egalité gegen alle Leute verfahren wird, die vor die Justiz kommen, es sey ein Prinz oder ein Bauer, denn da muß alles gleich seyn. Wofern aber Se. Königl. Majestät, in diesen Stücken, einen Fehler finden werden, so können die Justizcollegia, sich nur im Voraus vorstellen, daß sie nach Rigeur werden gestrafet werden, sowohl der Präsident als die Räthe, die eine so üble mit der offenbaren Gerechtigkeit streitende Sentenz ausgesprochen haben. Wornach sich also sämmtliche Justizcollegia in allen Dero Provinzien ganz eigentlich zu richten haben.

Berlin den 11ten December 1779.

Friedrich.

Dok. 4: Der Königliche Machtspruch vom 11. Dezember 1779.
Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen vom 14.12.1779.
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Dienstbibliothek.

Friedrich II. hat selbst für die Publizität seines Machtspruches gesorgt. Das Protokoll seiner Vernehmung der Kammergerichtsräte vom 11. Dezember 1779 sollte als „nachdrückliches Exempel“ dienen. Als Exempel für die unparteiische Justiz in den preußischen Staaten, vor allem aber auch als Exempel für den aufgeklärten König, der sie schützte und garantierte. Sein Handeln verfehlte ihre Wirkung nicht. Die Veröffentlichung trug maßgeblich dazu bei, das Bild des Monarchen als gerechten Richter, vor dem alle Untertanen gleich sind, über Preußen hinaus zu verbreiten. Drei Tage später erschien das Protokoll in vollem Wortlaut in den beiden bekanntesten Berliner Zeitungen. Sie mussten auf Grund des großen Interesses mehrfach nachgedruckt werden. Zugleich befahl der König, das Protokoll an allen Justizkollegien im Lande zu verteilen.



Dok. 5: Die Intention des Königs: „Eifer für eine reine und unpartheyische Rechts-Pflege“.
Kabinettsdekret König Friedrichs II. an die Neumärkischen Stände mit eigenhändiger Marginalresolution, Berlin 19. Dezember 1779. Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 23 B Neumärkische Stände, Nr. 841.

„Seine Königliche Maiestaet von Preußen pp., Unser allergnädigster Herr, haben zwar diejenigen Äußerungen gnädigst aufgenommen, welche Höchstderoselben, dero getreue Neumärckische Stände, über dero landesväterliche Vorsorge überhaupt und dero Eifer für eine reine und unpartheyische Rechts-Pflege, insbesondere unter dem 14ten, zu erkennen geben wollen. So viel aber den besonderen Fall des Müllers von der Krebs-Mühle anbetrifft, so werden Höchstdieselbe in solcher Rechts-Sache, sowie in allen übrigen, blos auf Recht, Billigkeit und das Beste des Lands sehen, und versprechen, sich daher auch von bemeldten dero Lands-Ständen, daß Sie Höchstdieselbe nur hierbey machen lassen werden, was Höchstdieselbe einer wahren Rechts-Pflege am angemeßensten erachten werden, allermaaßen solche nach den allgemeinen Reguln der Regierungs-Kunst in allen ihren Aussprüchen die Billigkeit zum Hauptgrund derselben machen und alle diejenigen, welche solche aus den Augen setzen, zur gebührenden Strafe ziehen muß.
Berlin, den 19ten December 1779.

Wan die Justitz Ungerechtigkeiten tuhet ist sie schlimer wie Strasen Reüber, ein Müler ist ein Mensch eben so guht wie ich bin.

Friderich.

An die Neumärkischen Stände.“

Aus der
Festungszeit Preußischer Kammergerichts- und Regierungsräte
auf Spandau 1780.

Tagebuch des Regierungsrates Neumann, geschrieben während der von Friedrich dem Großen über die Richter im Müller Arnold-Prozeß verhängten Festungshaft.

Mit Erläuterungen, Anmerkungen, einem Personenverzeichnisse sowie einer ausführlichen Geschichte des Müller Arnold-Prozesses.

Mit den Bildnissen der Eheleute Arnold nach sehr seltenen Originalen.

Als Manuskript gedruckt.
Berlin 1910.

— 18 —

Am 10ten zu Mittage erschien zur allgemeinen Freude aus Cüstrin der Hr. Referendarius Cormon, des Fragens nach die Cüstrinsche Freunde war kein Ende, und wir hätten den Besuch gern länger gehabt. Er verließ uns um 5 Uhr beym ThorSchluß.

Den 14ten frühmorgends brachte der HoffFiscal Schlecker klagend an, daß er in der vergangenen Nacht eine scharfe Attaque von den Mäußen ausstehen müßen. Nach eingezogener Nachricht haben die Mäuße auf den HoffFiscal einen vergeblichen Angriff gethan, und nachdem sie unverrichteter Sache abziehen müßen, haben sie einen Anfall auf seine Peruque gethan, welche sie aus Rachsucht wegen der mißlungenen Affaire mit allerhand Excrementen beschmutzt, so daß noch den andern Tag beym Aufsetzen der Peruque viele Mauße Kretel aus den Locken heraus gefallen.

Den 15ten Abends spielte ein Neu[illegible][1]) mit den CammergerichtsRäthen Piquet und ersterer nahm letztern 8 gr. 6 ₰ ab.

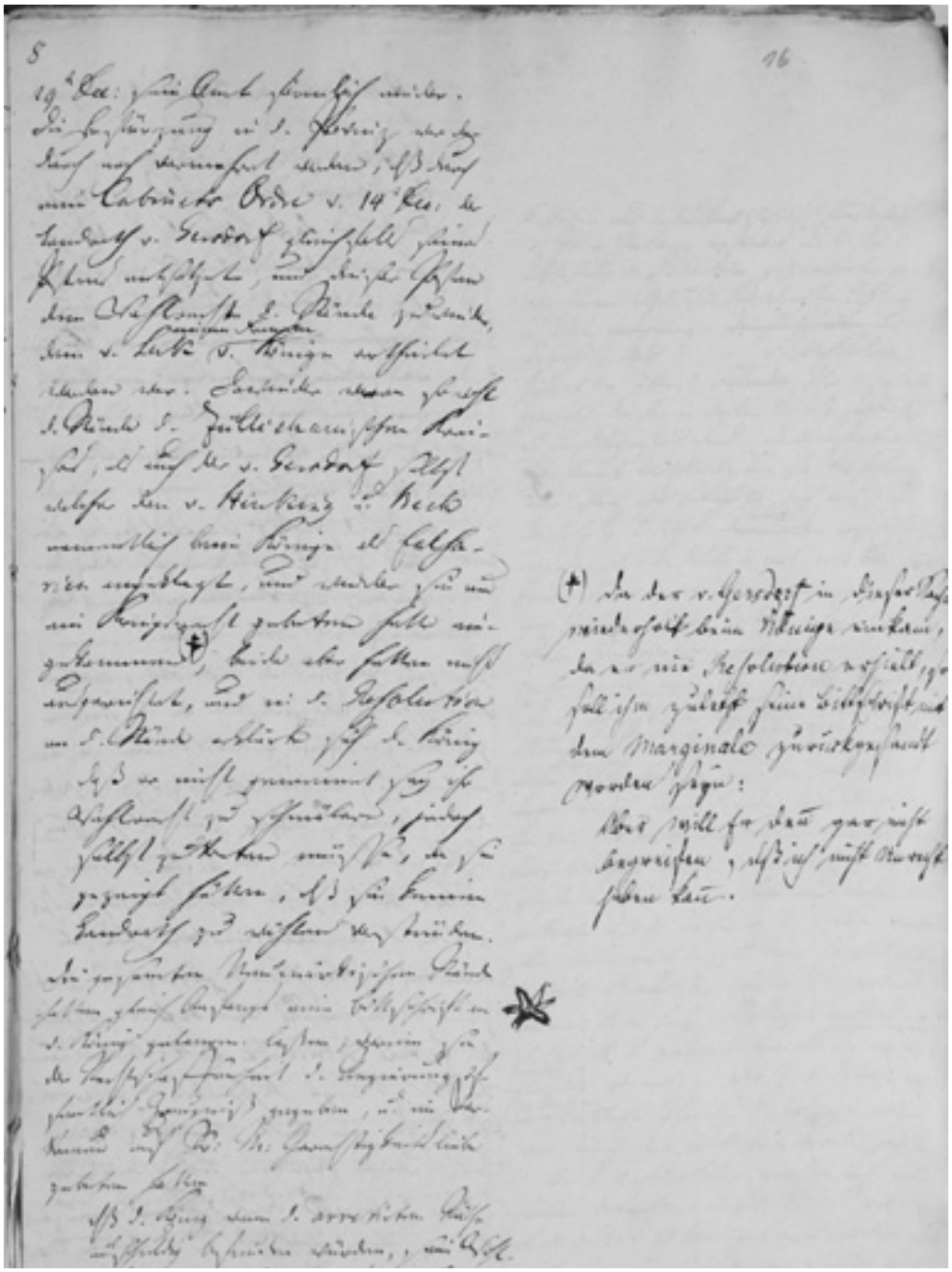
Den 16ten hatte der Hr. Commendant die Cammergerichts Räthe und den HoffFiscal Schlecker bey sich zum MittagEßen. Letzterer charmirte mit der Demoiselle des Commendanten während den Eßen, und nachdem er etwas molum geworden: so setzte er außer den Hauße noch seine LiebesAventure fort, und griff so gar der Jungfer in den Busen. Am eben den Tage erhielt obgedachter Sünder durch einen Stadtprediger von einen unbekanten Wohlthäter 20 thlr. baar Geld. Auf den Abend praeparirte er uns einen HeeringsSalat

[1]) Offenbar Neumann selbst.

Dok. 6: Aus der Festungszeit Preußischer Kammergerichts- und Regierungsräte in Spandau. Tagebuch von Johann Ernst Neumann, 7. Januar bis 7. September 1780.
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Dienstbibliothek.

Neumann war einer der sechs Justizbeamten, die auf Befehl Friedrichs auf der Spandauer Zitadelle inhaftiert wurden. Die Verurteilung bedeutete für sie einen tiefen Einschnitt, da sie ihr Amt und Einkommen verloren. Das Tagebuch gibt einen Einblick in den Haftalltag, der jedoch alles andere als beschwerlich war.

Die Häftlinge hatten volle Bewegungsfreiheit, erhielten fast täglich Besuch und als Zeichen der Anteilnahme Lebensmittel- und Geldgeschenke aus dem ganzen Land. Es gab aber durchaus auch „Anfeindungen“. In der Nacht zum 14. Januar 1780 musste der Hoffiskal Schlecker „eine scharfe Attaque von den Mäusen ausstehen“, die seine Perücke ruinierten. Auch seine „Liebesaventure“ mit der Tochter des Festungskommandanten kam nicht zum gewünschten Ziel. Die Haftstrafe endete auf königlichen Befehl nach acht Monaten, nachdem Arnold seine Mühle zurück erhalten hatte.



Dok. 7: „Aber will er denn gar nicht begreifen, daß ich nicht Unrecht haben kann?“
Marginalie König Friedrichs II. auf einer Eingabe des wegen des Müller-Arnold-Prozesses aus dem Dienst entlassenen Landrats v. Gersdorf um Rehabilitierung. Abschrift aus einer Prozessgeschichte von Friedrich Ludwig Carl Graf von Finckenstein.
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 37 Alt Madlitz, Nr. 399, Blatt 16.

Die Randbemerkung des Königs ist nicht das einzige Indiz dafür, dass Friedrich die im Zorn verfügte, überaus harte und ungleiche Bestrafung der Juristen später bereute. Sein Selbstverständnis als Monarch und sein zunehmend despotischeres Wesen ließen aber einen Irrtum nicht zu. Hinzu kam, dass der Prozess bereits für großes Aufsehen gesorgt hatte. Eine Abänderung seines Machtspruches war daher nicht mehr möglich. Den Beteiligten wurde zwar nahegelegt, ein Gnadengesuch einzureichen, sie verzichteten aber darauf, weil sie es als Schuldeingeständnis erachteten. Eine Rehabilitierung erfolgte erst nach dem Tode Friedrichs. Die Akte stammt aus dem Gutsarchiv der Grafen von Finckenstein auf Alt Madlitz. Friedrich Ludwig Carl Graf von Finckenstein war durch den Machtspruch Friedrichs als Neumärkischer Regierungspräsident entlassen worden, weil er das Urteil gegen Arnold mit zu verantworten hatte. Er ließ Abschriften der Akten anfertigen, um eine Prozessgeschichte zu verfassen, die zu seiner Rehabilitierung dienen sollte.

Abdruck

der Allerhöchsten Königlichen Cabinets-Ordre

d. d. Potsdam, den 14ten April 1780.

die Verbesserung

des Justiz-Wesens

betreffend.

Berlin,

gedruckt bey George Jacob Decker, Königl. Hofbuchdrucker.

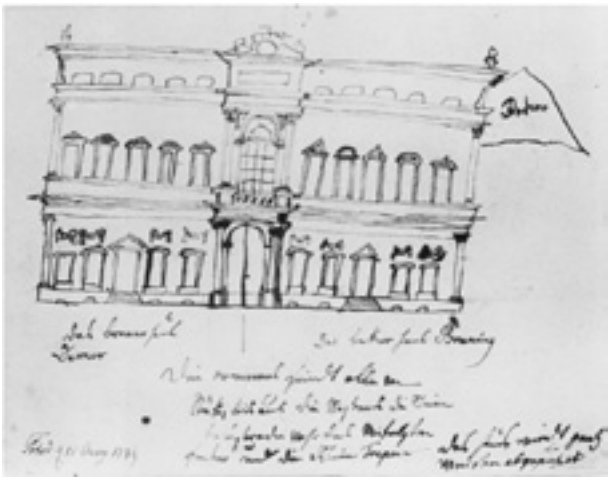
Dok. 8: Die Folgen: Kabinettsorder König Friedrichs II. über die Verbesserung des Justizwesens vom 14. April 1780.
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 37 Alt Madlitz, Nr. 400, Bl. 23.

Der Inhalt des Müller-Arnold-Prozesses war vergleichsweise banal, nicht aber seine Folgen. Mit einer Kabinettsorder vom 14. April 1780 beauftragte Friedrich II. den neu berufenen Großkanzler Carmer die preußische Justizreform fortzuführen. Als Ergebnis trat nach langwierigen Beratungen 1794 das „Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten“ in Kraft. Es übernahm die Rechtsauffassung des Königs im Müller-Arnold-Prozess: „Einer schon vorhandenen Mühle darf ein Nachbar, durch dessen Grundstück das zu ihrem Betriebe nötige Wasser fließt, dasselbe nicht entziehen“ (ALR, II. Teil, Tit. 15, § 246). Die Gefahr königlicher Machtsprüche, mit denen in die Unabhängigkeit der Justiz eingegriffen wurde, war aber keineswegs gebannt. Die Kabinettsjustiz wurde zwar seltener, gehörte aber weiter zur Herrschaftspraxis der vorkonstitutionellen Monarchien. Ein endgültiges Verbot gab es erst nach 1848.

Weitere „Schaufenster“ des Brandenburgischen Landeshauptarchivs im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte 2012

2. Schaufenster: 3. Mai bis 29. Juli 2012

„Palläste in Mignatür für arme Bürger“ – Friedrich II. schmückt Potsdam zur barocken Residenzstadt aus



Nach dem Bau von Schloss Sanssouci und dem Umbau des Stadtschlosses in Potsdam arbeitete Friedrich II. seit 1748 energisch an der Verschönerung der Stadt und verpasste ihr ein barockes Prachtgewand. Schon im frühen 19. Jahrhundert sah man die barocke Innenstadt als Werk und Denkmal des großen Königs und mühte sich um ihre kostspielige Unterhaltung. Denkmalpfleger, die nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs erfolgreich mit dem Wiederaufbau begonnen hatten, mussten bald den sozialistischen Stadtplanern Platz machen.

3. Schaufenster: 1. August bis 14. Oktober 2012

Der König auf Inspektionsreise

Die Reisen durch die Provinz waren eine wichtige Informationsquelle für Friedrich II. Hier konnte er durch unmittelbare Anschauung und nicht nur aus Behördenakten Informationen gewinnen. Eine Fahrt durch das Rhin- und Dossebruch schildern die „Reisegespräche des Königs im Jahre 1779“, die der Dichter Gleim fünf Jahre später erstmals veröffentlichte. Nach Fontanes Meinung sind sie „das Entzückendste, was man lesen kann.“

4. Schaufenster: 15. Oktober 2012 bis 6. Januar 2013

Eine Provinz im Frieden erobert?
Trockenlegung und Besiedlung des Warthebruchs unter Friedrich II.

Von den Verheerungen des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) war die Neumark – Brandenburg östlich der Oder – besonders schwer betroffen. Nach dem Krieg setzte Friedrich alles daran, das Land wieder aufzubauen und dessen arbeitende Bevölkerung zu vermehren. Dafür ließ er, wie zuvor an der Oder, auch die ausgedehnten Niederungen der Warthe durch Kanäle trockenlegen und durch Dämme sichern. Auf dem neu gewonnenen Land sollen 94 neue Siedlungen für 1755 Familien angelegt worden sein. Die Existenzgrundlage der neuen Siedler war allerdings schmal und musste stets gegen das Wasser verteidigt werden.

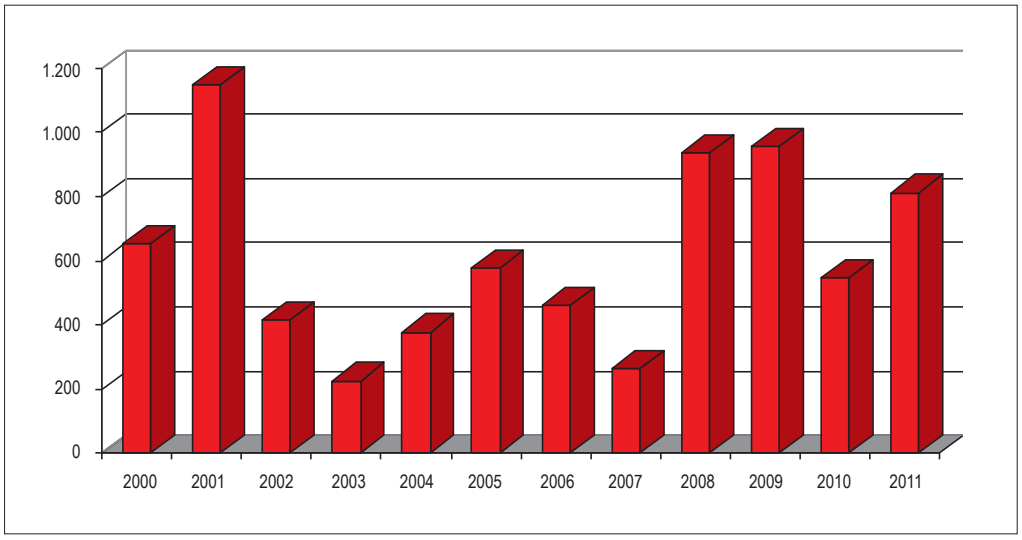
Das Brandenburgische Landeshauptarchiv im Jahr 2011

Die nachfolgenden Einblicke in Arbeiten und Arbeitsergebnisse des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (BLHA) im Jahre 2011 zeugen davon, dass seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz der schwierigen Personallage nachhaltig die aktuellen Herausforderungen auf allen archivischen Aufgabenfeldern von der Übernahme und Bewertung von Archivgut bis zu dessen Auswertung angepackt haben und mit ihrem Einsatz in der Auskunftserteilung und Fachberatung insbesondere die Wünsche und Erwartungen der Benutzerinnen und Benutzer zu erfüllen gesucht haben. Das ganze Jahr über waren erhebliche Anstrengungen seitens der eingesetzten Hilfskräfte und der sie anleitenden und betreuenden Facharchivarinnen und -archivare der Retrokonversion von Findhilfsmittel gewidmet, einem wesentlichen Arbeitsschwerpunkt, mit dem Ergebnis, dass jetzt zunächst im Intranet des BLHA der größte Teil der Findbücher und Findkarteien elektronisch verfügbar gemacht und dadurch die Recherche nach vorhandenen Quellen erheblich erleichtert und befördert worden ist. Die archiv- und geschichtswissenschaftlichen Forschungsergebnisse wurden in einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Buchveröffentlichungen in verschiedenen Schriftenreihen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die weiterhin provisorische und insgesamt unzulängliche Unterbringung des BLHA an seinen beiden Standorten in Potsdam-Bornim und -Golm dauerte an, aber immerhin konnten Baumaßnahmen in Bornim den Zustand der dortigen Gebäude spürbar verbessern, und für die künftige Ausgestaltung Golms zum neuen Hauptstandort des BLHA wurden wichtige ministerielle Vorentscheidungen getroffen.

1. Bewertung und Übernahme von Beständen

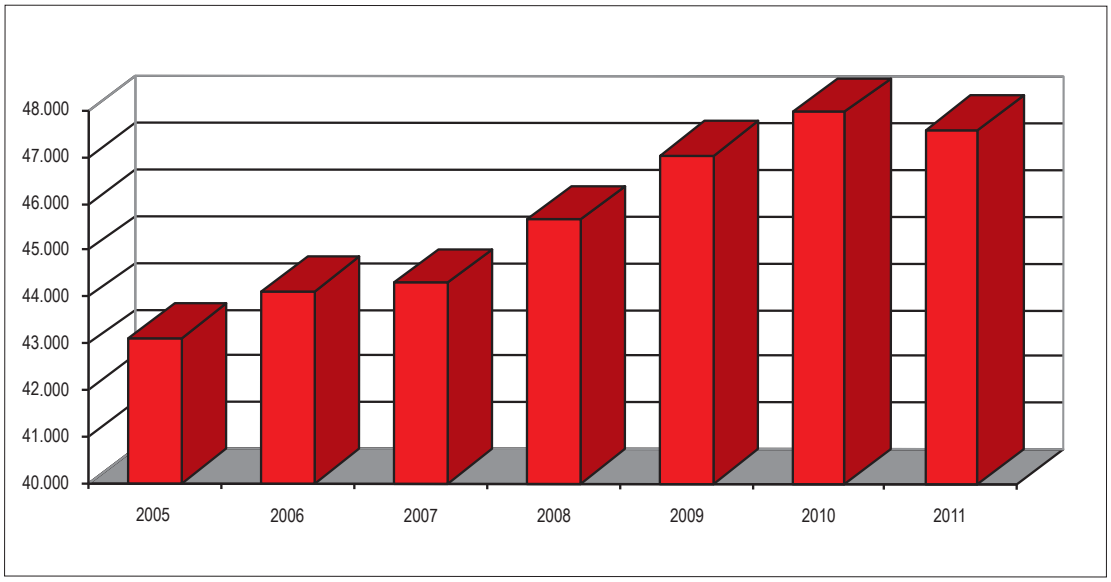
Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2011 hat das Landeshauptarchiv jährlich über 600 lfm Schriftgut übernommen. Hinzu kommen Karten, Filme, Sondermaterialien (Urkunden, Fotos, Plakate) und die Bestände der Dienstbibliothek, die derzeit über 111.000 Bände umfasst. Der Umfang aller Bestände und Sammlungen des Landeshauptarchivs wuchs bis Ende 2011 auf 47.575 lfm.

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Ø
Übernahmen / Jahr in lfm	654	1.149	415	227	378	578	462	266	937	956	548	812	**615**



Übernahmen (in lfm) von 2000 bis 2011.

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Umfang zum 31.12.in lfm	39.856	42.569	43.204	45.260	46.216	46.764	47.575



Gesamtumfang der Bestände und Sammlungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 2005 bis 2011.

2. Umzüge und Bauplanungen

Die dringend notwendigen Renovierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am Standort Bornim wurden auch 2011 durch den Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) fortgesetzt. Zudem konnte im Frühjahr 2011 nach mehrmonatiger Schließung der Umbau des provisorischen Lesesaals abgeschlossen werden. Aufgrund der Planungen des Büros Gutheil Kuhn Architekten, Potsdam, konnte in dem 2002/03 als Magazin errichteten Gebäude ein attraktiver Öffentlichkeitsbereich mit einem komfortablen Lesesaal und akustisch getrennten Bereichen für die Beratung, die technische Nutzung und Recherche sowie für den Aufenthalt der Besucher gestaltet werden. Das ansprechende Raumdesign fand bei den Nutzern sofort großen Zuspruch und wurde im Programm zum „Tag der Architektur 2011“ auch einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

In der seit Jahren anhaltenden Debatte um die künftige Unterbringung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs fiel im Sommer 2011 die Entscheidung, das Archiv mit seinem Hauptsitz nach Golm zu verlagern. Aufgrund seiner erschöpften Magazinkapazitäten am Standort Bornim hatte das Landeshauptarchiv bereits im Frühjahr 2009 im nahe gelegenen „Wissenschaftspark“ in Potsdam-Golm eine Halle im Erdgeschoss eines neu errichteten Forschungs- und Produktionsgebäudes als Ausweichmagazin bezogen. Im Laufe des Jahres 2010 wurden dort neben der Landesfachstelle und Teilen der Verwaltung auch die Werkstätten des Archivs (Restaurierung, Bildstelle, Sicherungsverfilmung) konzentriert. Auf der Grundlage eines genehmigten Raumbedarfsplans wurde im Herbst 2011 mit den Planungen für den Umbau des Golmer Gebäudes begonnen.

3. eGovernment

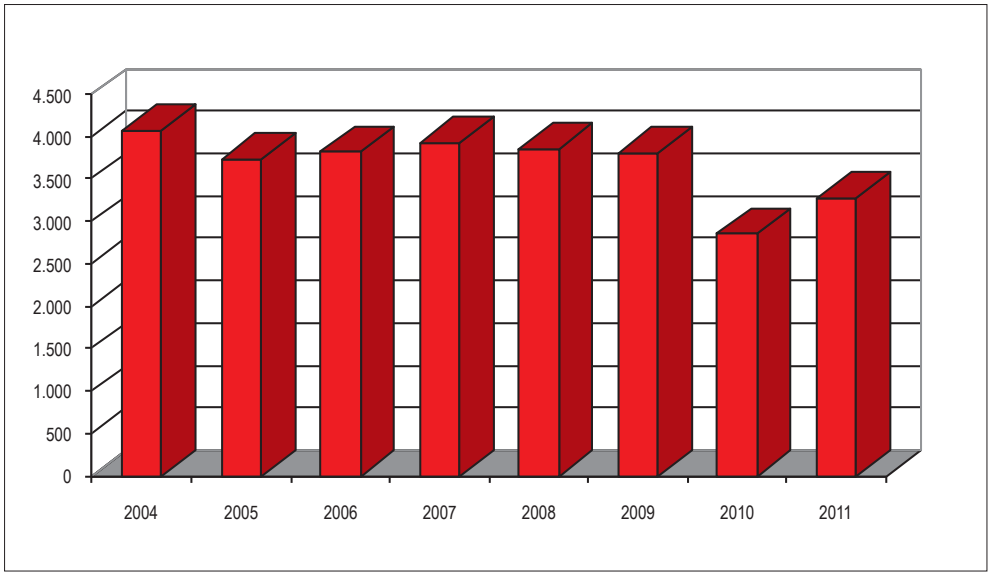
Das BLHA nutzt seit April 2012 das landesweite Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem EL.DOK in mehreren Strukturteilen produktiv. Vor allem die mit der Behörden- und Archivberatung beauftragten Mitarbeiter sind somit mit der Nutzung eines Dokumenten- und Vorgangsbearbeitungssystems vertraut. Wesentliche Arbeitsprozesse u.a. bei der Bewertung können unter Vermeidung von Medienbrüchen durchgängig elektronisch durchgeführt werden. Das BLHA beteiligte sich weiterhin maßgeblich an der Entwicklung des Landesreferenzmodells für das EL.DOK-Verfahren, um die Aussonderung der elektronischen Akten und die Übergabe in das elektronische Archiv (EL.Archiv) vorzubereiten.

Für das Ministerium der Justiz hat das BLHA die Entwicklung und den Betrieb des Elektronischen Urkundszwischenarchivs übernommen. Dabei wurde die Software des elektronischen Archivs (EL.Archiv) um Funktionalitäten der Übersignatur erweitert und eine Schnittstelle zum Projekt El.Norm (elektronische Normenverkündung) geschaffen.
Zurzeit wird im BLHA die Fachsoftware von Augias auf ScopeArchiv umgestellt.

4. Benutzung und Auskunftserteilung

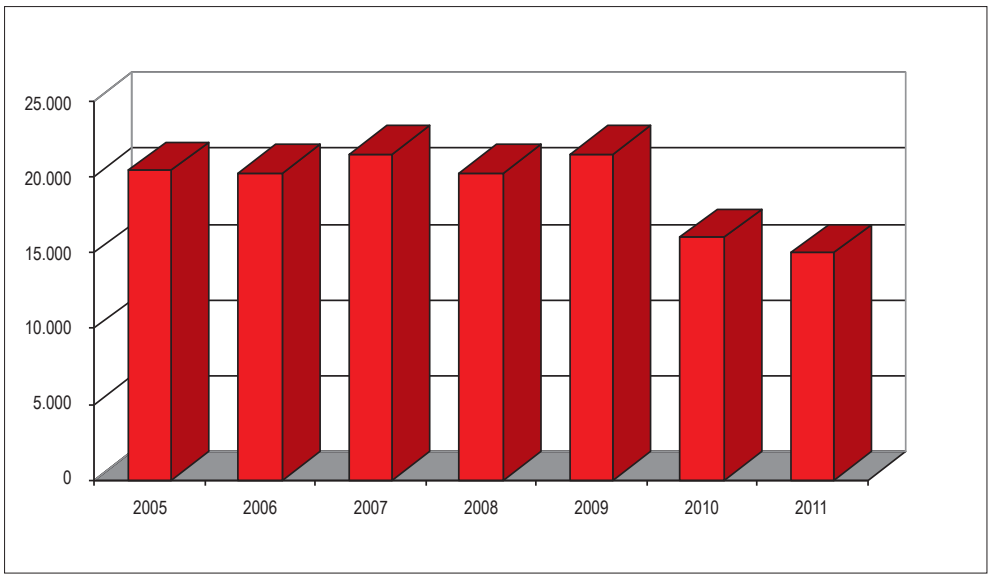
Die Zahl der persönlichen Benutzungen im Lesesaal lag im Jahr 2011 trotz der umbaubedingten Schließung des Lesesaals bis zum 7. März auf dem Niveau der Vorjahre. Hinsichtlich der Forschungs- und Recherchethemen haben Benutzungen zu wissenschaftlichen und heimatkundlichen Themen in den letzten Jahren stetig zugenommen und machen über 70 Prozent der Benutzertage aus. Knapp ein Sechstel der Benutzer stellen die Ortschronisten, jeder sechste Lesesaalbesucher verfolgte 2011 familiengeschichtliche Interessen.

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Benutzertage	4.066	3.740	3.822	3.932	3.855	3.806	2.856	3.271



Zahl der persönliche Benutzungen im Lesesaal des BLHA (Benutzertage) von 2004 bis 2011.

Neben den persönlichen Benutzungen im Lesesaal gehörte auch im Jahr 2011 die Erteilung von schriftlichen Auskünften aus Beständen zu den wesentlichen Dienstleistungen des BLHA. Im Berichtszeitraum 2011 war hierbei ein weiterer leichter Rückgang zu verzeichnen, der sich vorrangig in der zweiten Hälfte des Jahres zeigte. Es gingen insgesamt ca. 15.000 Anfragen ein. Das inhaltliche Profil entsprach den Vorjahren.



Zahl der Anfragen und Recherchen beim BLHA 2005 bis 2011.

5. Erschließung und Bereitstellung elektronischer Findhilfsmittel

Im Vergleich zum Vorjahr wurde 2011 die Retrokonversion von Findhilfsmitteln in weit größerem Umfang fortgeführt. Hierfür konnten dank zur Verfügung gestellter zusätzlicher Haushaltsmittel wiederum Fremdkräfte eingesetzt werden. Von den Beschäftigten des BLHA waren intensive Vorbereitungs- und Betreuungsarbeiten zu leisten, die angesichts der begrenzten Personalressourcen ein extremes Maß an Engagement verlangten.
Im Ergebnis der Arbeiten liegt nunmehr der überwiegende Teil der Findhilfsmittel in der Archivdatenbank des BLHA vor. Insgesamt wurden rund 423.000 Datensätze erstellt. Es handelt sich um fast alle für die Retrokonversion in Betracht kommenden Findbücher und -karteien zu den Beständen der staatlichen und kommunalen (Provinzial-) Verwaltung der Provinz Brandenburg (1845–1945), die Mehrzahl der für die Justizverwaltung vorhandenen Findhilfsmittel sowie der Überlieferung aus dem Zeitraum 1945 bis 1990.
Diese Angaben sind derzeit für die Benutzer im Intranet des BLHA zugänglich. An der Online-Bereitstellung der Erschließungsangaben wird mit großen Anstrengungen gearbeitet.

Im Jahr 2011 wurde die Erschließung des aus dem Landesarchiv Berlin übernommenen Teil-Bestandes „Sondergericht Berlin“, der von besonderem Forschungsinteresse ist, mit Fremdkräften weiter vorangetrieben. Insgesamt wurden 8.648 Datensätze eingegeben. Diese Arbeiten werden im Jahr 2012 gezielt fortgesetzt.

6. Bestandserhaltung

2011 konnten 1.125 lfm Akten in alterungsbeständige Mappen und Kartons verpackt werden, um die wertvollen historischen Originalbestände vor schädlichen Einflüssen wie Licht, Klimaschwankungen und Staub zu schützen.

Über 450 Archivalien wurden zusätzlich konservatorisch und restauratorisch bearbeitet, darunter rund 86 Karten. Neben 65 schwer geschädigten Akten, die eine umfassende Restaurierung erforderten, konnten hunderte von verschmutzten und schimmelbelasteten Dokumenten durch eine blattweise Reinigung und das Schließen von Rissen wieder für die Benutzung zugänglich gemacht werden. Ein Großteil der Arbeiten erfolgte durch externe Firmen.

Die im Landeshaushalt verfügbaren Mittel reichen derzeit indes bei weitem nicht aus, den rapide voran scheitenden Zerfall der säurehaltigen Papiere aufzuhalten, der die wertvollen historischen Archiv- und Buchbestände des Landes Brandenburg bedroht. Zwei Drittel der Unterlagen, ca. 25.000 lfm, sind durch den Papierzerfall akut

in ihrem physischen Erhalt gefährdet, mehr als ein Viertel der Archivbestände ist aufgrund von Schäden nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr benutzbar, jedes sechste Stück weist bereits jetzt irreversible Säureschäden auf. Besonders stark betroffen sind die geschlossenen Grundakten und Grundbücher des Landes Brandenburg, deren bedenklicher Erhaltungszustand sich durch die anhaltend hohe Nachfrage immer weiter verschlechtert.

7. Kooperationen, Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

In Publikationen, Ausstellungen und Veranstaltungen zur historischen Bildungs- und Forschungsarbeit präsentierten die Mitarbeiter des BLHA mit zahlreichen Projektpartnern aus ganz Deutschland die Ergebnisse ihrer Bestandsauswertungen, wissenschaftlichen Recherchen und historischen Forschungen. Die brandenburgischen Ortschronisten strömten im Oktober 2011 wieder zahlreich zum „7. Tag der brandenburgischen Orts- und Landesgeschichte“ in das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte. Die in Kooperation mit dem polnischen Staatsarchiv in Gorzów Wielkopolski (Landsberg/Warthe) 2010 entstandene Ausstellung „Landsberg an der Warthe – Gorzów Wielkopolski. Zwei Namen – Eine Geschichte“ setzte 2011 ihre Wanderung durch das Land Brandenburg fort und fand in Bad Freienwalde und Fürstenwalde, in Cottbus und Frankfurt (Oder) regen Zuspruch. Die seit 2009 laufende Wanderausstellung „Aktenkundig: ‚Jude!‘ Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg. Vertreibung – Ermordung – Erinnerung“ wurde abgeschlossen, nachdem sie 2011 in Wittenberge, Angermünde und Frankfurt (Oder) ein breites Publikum angezogen hatte. Schüler und Lehrkräfte nutzten die Möglichkeit, anhand der Archivalien einen Einblick in Facetten und Hintergründe nationalsozialistischer Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg zu erhalten. In das Blickfeld der Schülerforschungen rückten neben den Opfern verstärkt traditionelle Verwaltungsbehörden – wie die Ortspolizeibehörden und die Behörde Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg mit ihren Abteilungen Devisenstelle und „Vermögensverwertungsstelle“ – , die sich aktiv an der Umsetzung der antisemitischen Gesetze und Verordnungen beteiligten. Die auf Initiative der Stadt Doberlug-Kirchhain vom BLHA und der Universität Potsdam/Professur für mittelalterliche Geschichte gestaltete Ausstellung „Was Papst und Kaiser durch ihr Wort beschützen“ vermittelte neue Erkenntnisse zum mittelalterlichen Zisterzienserkloster Dobrilugk aufgrund zeitgemäßer fachwissenschaftlicher Erschließung archivalischer Überlieferungen und bereitete zugleich auf die von der Landesregierung beschlossenen Ersten Brandenburgischen Landesausstellung zu den preußisch-sächsischen Beziehungen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert vor, an der das BLHA mitwirken wird.
Auf der Jahrespressekonferenz im März 2011 stellte die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst, u. a. die Arbeitsergebnisse des Pilotbetriebs im landesweiten Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem EL:DOK im BLHA vor und informierte über Maßnahmen zur Bestandserhaltung. Der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die archivarischen Aufgabenstellungen diente die Teilnahme am Tag der offenen Türen im Wissenschaftspark Potsdam OT Golm im September 2011. Nachdem Mitte 2010 der traditionelle Archivstandort Orangerie endgültig und vollständig verlassen worden war, präsentierten die Mitarbeiter des BLHA erstmals dem Publikum ihr Depot-Gebäude im Wissenschaftspark Golm im Verbund mit den dort ansässigen Forschungseinrichtungen – unter großem Besucherandrang.

In den durch das BLHA zumeist allein, aber auch mit Partnern herausgegebenen Schriftenreihen erschienen 2011 sechs Werke mit neuen Forschungsergebnissen zur brandenburgischen Landes-, Regional- und Ortsgeschichte. So bettet Heinrich Jobst Graf von Wintzingerode in seinem glänzend geschriebenem Werk „Schwierige Prinzen. Die Markgrafen von Brandenburg-Schwedt“ (in der Reihe „Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs“) die regionalen Verhältnisse in übergeordnete, allgemeine Zusammenhänge und Probleme der historischen Entwicklung Brandenburg-Preußens, Deutschlands und Europas ein und schildert eine in der Forschung bislang nahezu unbekannte Nebenlinie des in Brandenburg-Preußen regierenden hohenzollernschen Herrscherhauses. Fast 100 Gäste verfolgten die Ausführungen des Autors bei der Buchpräsentation in Schwedt. In dem Band von Matthias Helle „Nachkriegsjahre in der Provinz. Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945–1952“, erschienen in der Reihe „Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte“, wird erstmals eine breit angelegte Untersuchung zur Geschichte eines brandenburgischen Landkreises in den Jahren nach dem Zeiten Weltkrieg und der sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung seiner Verhältnisse vorgelegt.

Bericht der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA)

Das kommunale Archivwesen in Brandenburg im Jahr 2011

In den kommunalen Archiven des Land Brandenburg – 14 Kreisarchive, vier Archive der kreisfreien Städte sowie 52 Archive von kreisangehörigen Städten, Ämtern und Gemeinden – werden ca. 56.000 lfm Akten und Amtsbücher verwahrt; hinzu kommen ca. 83.300 Karten und Pläne, ca. 8.100 Urkunden, 300.000 erfasste Fotos und ca. 90.700 Plakate sowie umfangreiche Bibliotheksbestände. Die kommunalen Archive fungieren darüber hinaus aber auch als Verwaltungseinrichtungen, indem sie u.a. ca. 76.000 lfm Zwischenarchivgut verwalten.

Archive als Teil der Verwaltung

Zunehmend entstehen in den kommunalen Verwaltungen elektronische Unterlagen. In den Kommunen werden vielfältige elektronische Systeme, von Registraturprogrammen zur Verwaltung analoger Unterlagen bis zu Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystemen geplant bzw. bereits eingeführt. Hinzu kommen verschiedene Fachverfahren für einzelne Aufgabenbereiche (z.B. Geoinformationssysteme). Zudem ist bis zum 1. Januar 2014 die Führung der Personenstandsunterlagen in Papierform durch elektronische Personenstandsregister abzulösen. Die Mehrzahl der Brandenburger Kommunen hat Interesse an einem zentralen elektronischen Register bekundet; allerdings ist offen, ob eine Realisierung möglich ist.
Generell führt die Einführung aller elektronischen Systeme in den Verwaltungen dazu, dass Archive als Schriftgutexperten diese beraten müssen, wie die elektronischen Akten zu führen sind, um u.a. die Rechtsicherung und eine spätere effektive sowie wirtschaftliche Archivierung sicherzustellen. Eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Archiven und den Verwaltungen sollte zur Entwicklung von überregionalen Lösungen in Kooperation mit kommunalen Rechenzentren beitragen. Die Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken hat auch im Jahr 2011 im Rahmen ihrer Fortbildungsreihe und in Einzelberatungen dazu Grundlagen vermittelt und über neueste Entwicklungen informiert.

Personelle Ausstattung und Qualifizierung

Die personelle Ausstattung der Archive ist im Vergleich zu den Vorjahren unverändert geblieben. Unterhalb der Kreisebene dominieren nach wie vor Ein-Personen-Archive; überwiegend sind Mitarbeiter beschäftigt, die über einen Berufsabschluss als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Archiv verfügen.
Positiv hervorzuheben ist, dass Neu- und Nachbesetzungen in allen Archiven ausschließlich durch Fachpersonal vorgenommen wurden. So erfolgte in einem Kreisarchiv und in einem Stadtarchiv die Nachbesetzung jeweils durch einen Archivar des gehobenen Archivdienstes. In weiteren Kommunen wurden Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste neu- und nachbesetzt.

Flankierende Unterstützung in der beruflichen Praxis boten die Fortbildungen der Landesfachstelle, die sich in erster Linie an Facharchivare richteten. Im Jahr 2011 konnte dieses Angebot erstmals erweitert werden. Es zeigte sich, dass unterhalb der Fachausbildung ein großer Bedarf an archivischen Grundinformationen u.a. für Verwaltungsmitarbeiter und Projektkräfte besteht. Die Veranstaltung „Einführung in das Archivwesen“, die in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Brandenburg des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. angeboten wurde, trug u.a. zur Entscheidungsfindung einiger Kommunen mit dazu bei, wie diese ihre archivische Pflichtaufgabe zukünftig wahrnehmen werden.

Übernahme und Erschließung

Die kommunalen Archive sind zuständig für die Unterlagen, die aus der Arbeit der jeweiligen Verwaltungen und deren Vorgängereinrichtungen entstanden sind. Auf diese Überlieferung allein beschränken sie sich jedoch nicht. Die Praxis zeigte auch im Jahr 2011, dass die Bedeutung von nichtamtlichen Unterlagen nach wie vor groß ist und vermehrte Übernahmen von privaten Sammlungen sowie Nachlässen erfolgten. – In der Veranstaltungsreihe der Landesfachstelle wurden mehrere Fortbildungen zur Erschließung angeboten. In einem Kurs, der sich an Archivmitarbeiter ohne Fachausbildung richtete, wurden praktische Grundlagen gelegt, während in einer anderen Veranstaltung internationale Erschließungsstandards im Mittelpunkt standen. Die Beteiligung der kommunalen Archive im geplanten Archivportal D innerhalb der Deutschen Digitalen Bibliothek setzt Standardisierungen voraus, die sich in den Archiven erst nach und nach durchsetzen.

Benutzung

Die kommunalen Archive kamen 2011 ihrer Pflicht, an der Auswertung, Erforschung und Vermittlung von Geschichte mitzuwirken, aktiv nach. In der Praxis stellten sich diese Dienste in vielfältiger Form dar:

- Beratung und Betreuung historisch interessierter Benutzergruppen
- Durchführung von Projektveranstaltungen
- Planung und Durchführung von Ausstellungen
- Erstellung von Publikationen

Die genannten Dienstleistungsangebote wurden in unterschiedlicher Intensität, differenziert nach Zielgruppen und Benutzungsthemen, gestaltet. Insbesondere sind es Themen der Familienforschung sowie der Orts- und Heimatgeschichte, die von den Archivbenutzern angefragt und von den Archiven mit entsprechenden Dienstleistungen bedient wurden.

Schwerpunkt: Familiengeschichte: Mit der Übernahme der Personenstandsunterlagen in die Archive seit dem Jahr 2009 erhalten die Archivbenutzer wesentlich bessere Möglichkeiten, aktive Familienforschung zu betreiben. Die benutzerfreundliche Aufbereitung und Bereitstellung dieser Unterlagen war auch im Jahr 2011 ein Hauptanliegen vieler Archive.

Schwerpunkt: Orts- und Heimatgeschichte: Einen Beitrag zur kulturellen Bildung leisteten die kommunalen Archive durch die enge Zusammenarbeit mit Geschichts- und Heimatvereinen, mit Heimatforschern und Ortschronisten. So fanden in einigen Landkreisen regionale Tage der Ortsgeschichte statt. Kooperationen zwischen kommunalen Archiven und Ortschronisten fanden sich weiterhin auf der Ebene von Städten und Gemeinden.

Schwerpunkt: Geschichtsunterricht im Archiv: Archive und Schulen arbeiten vielerorts eng zusammen, um die Geschichte des Ortes u.a. durch Ausstellungen und Stadtrundgängen lebhaft zu vermitteln. Die Erfahrungen zeigten, dass der Lernort Archiv und die „Berührung“ mit den Originalarchivalien einen oft leichteren Zugang zu Lern- und Bildungszielen bietet. Projektveranstaltungen wurden überwiegend so gestaltet, dass Grund- und Fachwissen bei den Teilnehmenden vorausgesetzt wurde und darauf aufbauend das eigenständige Forschen und Recherchieren zu geschichtlichen Ereignissen an Quellenmaterial erfolgte.

Archivbau

Im Januar 2011 konnte das Kreisarchiv des Landkreises Dahme-Spreewald in das zum Archivbau umfunktionierte und sanierte ehemalige Hafthaus auf dem Gelände der Kulturkirche in Luckau einziehen. Mit dieser Umnutzung ist deutschlandweit eine der markantesten Adaptionen denkmalgeschützter Gebäude für archivische Zwecke entstanden. Etwa ein Drittel des Gebäudes wurde durch eine Haus-in-Haus-Lösung zu einem modernen Magazintrakt mit ca. 5.700 lfm Regalfläche umgebaut, während Benutzertrakt, Diensträume und Spezialmagazine in den ehemaligen Haftzellen eingerichtet wurden. – Das Amt Gramzow in der Uckermark begann ebenfalls mit der Adaption eines denkmalgeschützten Hauses zum Archiv. Die Gemeinde Schöneiche bei Berlin konnte Ende des Jahres 2011 den Grundstein für ein modernes Bürgerzentrum legen, welches zukünftig das Gemeindearchiv integriert.

Bestandserhaltung

Die Bestandserhaltung war auch im Jahr 2011 ein zentrales Thema in den kommunalen Archiven. Regelmäßige Fortbildungen und Einzelberatungen seitens der Landesfachstelle tragen dazu bei, durch vorbeugende Maßnahmen kostenintensive Folgen zu vermeiden. Darüber hinaus fand erstmals der „Tag der Bestandserhaltung in Berlin und Brandenburg“ statt, den das „Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg“ und die AG „Bestandserhaltung“ des Deutschen Bibliotheksverbandes ausrichteten.
Von der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) wurde im Sommer 2011 ein Aufruf für Fördermittel des Bundes zum Thema „Feuer und Wasser“ erlassen. Schwerpunkt der Förderung waren Projekte, die einen aktiven Beitrag zum präventiven Schutz, zur konservatorischen Erhaltung und zur restauratorischen Instandsetzung von Beständen, Sammlungen und Einzelobjekten leisten. Vier brandenburgische Kommunalarchive wurden mit ihren Modellprojekten gefördert.

Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft.

Zur Erinnerung an Lieselott Enders (1927–2009)

„Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft“ war die Festschrift überschrieben, mit der 1997 zahlreiche Fachkolleginnen und -kollegen aus Brandenburg, Berlin und weiteren Regionen Dr. Lieselott Enders zu ihrem 70. Geburtstag gratulierten. Der Titel bezeichnete die beiden Schwerpunkte ihres wissenschaftlichen Wirkens. Gänzlich dem Typus des Historiker-Archivars verpflichtet, hat Lieselott Enders in den Jahrzehnten zwischen 1953 und 1987, in denen sie im Dienste des Brandenburgischen Landeshauptarchivs / Staatsarchivs Potsdam stand, verschiedenartige und vielfältige archivwissenschaftliche Aufgabenstellungen, die aus dem Aufbau ihres erst 1949 gegründeten Archivs erwuchsen, angepackt und bewältigt. Dazu gehört etwa neben ihren großen Erschließungs- und Bewertungsarbeiten ihre maßgebliche Mitwirkung an der zweibändigen, in den 1960er Jahren erschienenen Beständeübersicht des Landeshauptarchivs wie auch die umfassende und eindringliche Quellenbearbeitung für das Historische Ortslexikon für Brandenburg, von dem sie sieben Teile vorgelegt hat. Vornehmlich in ihrem sog. Ruhestand seit 1987 hat sie sich der brandenburgischen Landesgeschichtsforschung zugewandt und neben einer Vielzahl von Aufsätzen drei umfangreiche Regionalgeschichten verfasst, in denen die spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte dreier kurmärkischer Landschaften, der Uckermark, der Prignitz und der Altmark, oder – vielleicht besser gesagt – ihrer Bewohner in ihren unterschiedlichen Ständen eingehend, liebevoll und scharfsinnig dargestellt wird.

Das archivische und historische Werk von Lieselott Enders ist in seinen verschiedenen Schwerpunkten nach ihrem plötzlichen Tod im Jahr 2009 auf einer Gedenkveranstaltung im Potsdamer Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte am 18. März 2011 von ihr und ihrer Arbeit eng verbundenen Kollegen beschrieben und in seiner Leistung und in seiner Nachwirkung gewürdigt worden. Die dort gehaltenen Vorträge sind mittlerweile unter dem Titel „Lieselott Enders in memoriam. Das archiv- und geschichtswissenschaftliche Werk im Rückblick und im Ausblick“ im Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 57 (2011), S. 221–293, veröffentlicht worden (enthält: Klaus Neitmann: Einführung; Friedrich Beck: Lieselott Enders – Archivarin von Profession; Klaus Neitmann: Archivarische Kärrnerarbeit und ihre landesgeschichtliche Frucht: das Historische Ortslexikon für Brandenburg; Heinrich Kaak: Die Regionalgeschichten im Werk von Lieselott Enders. Orientierung für künftige Publikationen zwischen Territorial- und Lokalgeschichte; Frank Göse: Ehrgefühl, Schulden und Herrendienst: die brandenburgische Adelsgeschichte im wissenschaftlichen Werk von Lieselott Enders; Jan Peters (†): Das Enders-Prinzip des schöpferischen Eigensinns. Lieselott Enders’ Umgang mit forschungsleitenden Ansätzen und habituellen Normen; Wolfgang Neugebauer: Lieselott Enders’ Beiträge zu Grundproblemen der Frühneuzeitforschung; Bibliographie Lieselott Enders, neu bearb. v. Florian Seher).

Zu den am 18. März 2011 gehaltenen Referaten gehörte auch der nachfolgende Beitrag von Dr. Peter Enders, des Sohnes von Lieselott Enders. Er hob sich in doppelter Weise von den anderen Vorträgen ab: Der Sohn schrieb über seine Mutter aus viel größerer persönlicher Nähe, als es allen anderen Beteiligten möglich gewesen wäre, und er schrieb nicht als archivarischer oder historischer Fachkollege, sondern als Naturwissenschaftler, fern von den konkreten geschichtswissenschaftlichen Themen, die die anderen Referenten behandelt hatten, stattdessen konzentriert auf die grundsätzliche Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden in Methoden und Arbeitsweisen zwischen Geistes- bzw. Sozialwissenschaftlichen und Naturwissenschaften. Wegen dieses unterschiedlichen Charakters sind die Ausführungen von Peter Enders nicht in das Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands aufgenommen worden, sondern werden hier in dieser Zeitschrift publiziert – um auch in ihr an Lieselott Enders, die sicherlich wie kein anderer in den Jahrzehnten zwischen 1950 und 2010 die Archivwissenschaft und die Landesgeschichtsforschung in Brandenburg mit ihrem aus einer bewundernswerten Arbeitsdisziplin erwachsenen, respektgebietenden Lebenswerk geprägt hat, zu erinnern und dessen Rang und Bedeutung noch einmal hervorzuheben.

Klaus Neitmann

Veni – Vidi – Cassavi

Methodologische Gespräche
zwischen Historikerin und Physiker[1]

Peter Enders

Vorbemerkungen

Auf dem Brandenburg-Tag in Königs Wusterhausen bemerkte ich am Stand der Stadt Schwedt scherzhaft, dass hier doch etwas fehle, und wies schließlich auf die „Geschichte der Uckermark" hin. Der Standbetreuer bejahte dies – und sagte beim Abschied: „Ihre Mutter ist eine große Frau!" – Nachdem ich dem Direktor eines Heimatmuseums, dessen Brief ich auf dem Schreibtisch meiner Mutter fand, die erschütternde Mitteilung von ihrem überraschenden Tod mitgeteilt hatte, äußerte er spontan: „Damit ist die brandenburgische Landesgeschichtsschreibung am Ende". Ich denke, das ist sie glücklicherweise nicht.

Gleichwohl, wie soll aus einer Historikerin eine Archivarin werden (bei meiner Mutter geschah dies aus Liebe zu ihrem Mann), die in dieser Tätigkeit ein enzyklopädisches Wissen über eine Region nicht schlechthin (im Hegelschen Sinne) anhäuft, sondern systematisch ordnet, einordnet, klassifiziert: mithin auch kassiert, und später als freie Historikerin (!) dieses Wissen zu ganzheitlichen Darstellungen webt?

„Wie dem auch sei", ich möchte mich im Namen der gesamten Familie bei den Organisatoren für diese Ehrung meiner Mutter ganz herzlich bedanken und ebenso bei den Festrednern für ihren Beitrag hierzu! Wir sind gerührt durch die zahlreiche Teilnahme ihrer ehemaligen Kolleginnen und Kollegen und danken Ihnen allen von ganzem Herzen! Dass Herr Schölzel und Herr Metschies dachten, dass ich sie nicht wiedererkenne, möge nicht ihr angelastet werden. Die Teilnahme von Herrn Prof. Gisbert zu Putlitz und Herrn Prof. Bernhard von Barsewisch hat mich freudig überrascht. Die Examinierung unterschiedlicher Meinungen zu den Rollen der Bauern und der Gutsherren sowie zur tatsächlichen Wahrnehmung der Fürsorgepflicht gegenüber Untertanen sollte produktiv auf die Gegenwart angewandt werden.

Teil I. Vorbild als Wissenschaftlerin
Zum geistigen Klima in unserer Familie

Meine geliebten Eltern, Dr. phil. Lieselott Enders (1927–2009) und Dr. phil. Gerhart Enders (1924–1972), haben sich intensiv um die Erziehung, Ausbildung und (Allgemein-)Bildung ihrer Kinder gekümmert. All dies auch finanziell zu bestreiten, war für sie keine Frage. Sie haben aus Sorge um mein leibliches Wohl auf die Anschaffung eines (langsameren) Motorrollers gedrungen und die eines (schnelleren) Motorrads abgelehnt. Sie haben es mir aber nicht verwehrt, mit selbst Erspartem und Omas Zugabe ein Motorrad zu kaufen. Gibt es bessere Bedingungen, ein „geborener Demokrat" (M. Platzeck) zu werden?

Für unsere geistige Bildung und Fähigkeit zu Denken spielen die Ausflüge zu Museen, Denkmälern, Klöstern und Kirchen (Jerichow und Tangermünde und Stendal und ...), der regelmäßige Besuch von Konzerten (Peter Schreier im Neuen Palais, Kurt Masur in der Berliner Staatsoper, natürlich Thomaner- und Kreuzchor, wann immer sie in Potsdam sangen ...), die Besuche in den Ateliers befreundeter Kunstmaler und von Kunstausstellungen in Potsdam (deren Eröffnung meine Mutter des öfteren moderierte), Dresden und anderswo, die Veranstaltungen in unserem Haus in Wilhelmshorst und das Zuhören bei Gesprächen mit Gästen eine höchst fördernde Rolle – entscheidend jedoch war wohl doch das tägliche Gespräch beim Abendbrot. Hier konnten wir Halbwüchsige alles, aber auch wirklich alles vorbringen, was uns gerade bewegte, ohne auch nur im geringsten Gefahr zu laufen, auf abschätzige, mithin demotivierende Reaktionen zu stoßen.

Wissenschaft leben

Beide Eltern haben Wissenschaft *gelebt*. Wissenschaft bedeutete für sie

- Freiheit, Unabhängigkeit,
- Hingabe,
- Ehrlichkeit, Offenheit, Kollegialität, Großzügigkeit,
- Humor,
- nicht entfremdet, sondern soziale Verantwortung (H. Ahrendt).

Diesen Geist haben sie auf meine Schwester, Dr. sc. med. Karin Rathgen, und mich übertragen.

Die einzige formale Auszeichnung, die meiner Mutter etwas bedeutet hat, war der René-Kuczynski-Preis 1987 für ihren Artikel „Siedlung und Herrschaft in Grenzgebieten der Mark und Pommerns seit der zweiten Hälfte des 12. bis zum Beginn des 14. Jh. am Beispiel der Uckermark". Der Titel deutet die Vielseitigkeit und Breite ihrer Interessen und Forschungen an.

Dass mein Vater nach der Wende als „Opfer des Stalinismus" anerkannt wurde, möchte ich hier nur am Rande erwähnen, da ich altersbedingt von den Intrigen gegen ihn zu wenig mitbekommen habe. Als ich mich darüber echauffierte, dass Schirdewan sich nach der Wende als „Opfer des Stalinismus" gerierte, wiegelte meine Mutter ab: Es gab Schlimmere – mit ihm konnte man relativ sachlich diskutieren.

1 *Stark überarbeitete und erweiterte Fassung des Vortrags vom 18. März 2011 auf der Veranstaltung „Lieselott Enders in memoriam".*

Die Pädagogin
Ich habe meine Mutter als begnadete Pädagogin selbst erlebt. In der 7. Klasse hatte ich partout keine Lust zu einem Hausaufsatz und habe irgend etwas hingeschludert. Sie hat mich dazu gebracht, ihn noch sechs (!) Mal zu überarbeiten – bis er gut war und ich eingesehen habe, dass es klüger ist, gleich gut zu schreiben.
In der 11. oder 12. Klasse sollten wir ein Bild zum Thema „Ich betrachte ein Bild" malen. Ich brachte lediglich einige Krakel auf's Papier – bis sie vorschlug, Paul Klees Schiff (Seemanns Kunstpostkarten-Kalender zeigte es gerade) abzumalen und in die rechte obere Ecke ein stilisiertes Auge zu setzen. Ich war begeistert – meine Zeichenlehrerin sagte spontan, „Das haben Sie nicht gemalt!" (sie meinte „Das haben nicht Sie gemalt!") – meine Schwester bat sich das Bild als Hochzeitsgeschenk aus.

Vater- und Mutterrolle?
In meinen Kindheitserinnerungen dominiert das folgende Bild:

Lieselott	Gerhart
hilft bei Französisch, fordert bei Deutsch	erzählt beim Latein-Lernen zu jedem Absatz im Lehrbuch eine interessante Geschichte
Ortslexika, Provenienzprinzip	Archivverwaltungslehre 1962, 1967, 1968, 2004
Kunst und Kultur	Interesse für Naturwissenschaften
Beraterin und Trösterin	

Dieses Bild befördert den Eindruck, dass mein Vater mehr für das Denken – meine Mutter mehr für das Fühlen „zuständig" war. Dieser Eindruck trügt jedoch! Die „Mühe des Begriffs" habe ich tatsächlich von beiden geerbt, von ihr nur weniger direkt. Das Lob des Julius-Springer-Verlages Heidelberg über die Qualität der Sprache in meinem Buch „Von der klassischen zur Quantenphysik" gebührt zu gutem Teil ihr. Der Untertitel „Eine historisch-kritische deduktive Ableitung ..." zeigt den Einfluss beider auf mein Denken.

Die „Pauli-Rolle"
Meine Mutter hat so gut wie alle Arbeiten ihres Mannes gelesen, und umgekehrt vermute ich ähnliches. Das erinnert an Wolfgang Pauli: Das „Gewissen der Physik" hat alle Artikel seines Freundes Werner Heisenberg vorab gelesen – bis ihm dessen „Weltformel" zu weit ging. In unseren Gesprächen hat sie oft erzählt, dass sie befreundete Kollegen ermuntert – oder auch gedrängt – hat, alles sauber zu belegen bzw. zu begründen.

Teil II. Streifzug durch unsere Gespräche
Unsere wissenschaftlichen Gespräche, die Mitte der 1970er Jahre begannen – von einer Betriebsfeier aus dieser Zeit stammt auch der Titel dieses Beitrags –, drehten sich naturgemäß nicht um das Trennende unserer Berufe: die Details, sondern um das Verbindende, Universelle: Methodik und Methodologie.

Thesaurus und *Mühe des Begriffs*
In den 1970er Jahren hat meine Mutter wesentlich an der Erarbeitung eines Thesaurus medizinischer Begriffe zwecks Übernahme von Akten aus medizinischen Einrichtungen mitgearbeitet. Die wissenschaftlich übergreifende Bedeutung dieser Aufgabe besteht darin, dass

- ein begriffliches Grundgerüst (wie für ein gutes Sachverzeichnis eines Buches)
- eine Klassifikation dieser Disziplinen und ihrer Teilgebiete

zu erarbeiten sind.

Uckermark – Prignitz – Altmark
Meine Mutter hat alle Orte selbst aufgesucht, bei denen sie sich nicht über alle für sie wichtigen Details sicher war: beispielsweise, ob es ein Straßen- oder Angerdorf war; wegen späterer Umbauten ging das aus den neueren Karten nicht immer eindeutig hervor. Die Fotografien in ihren Büchern stammen größtenteils von ihr. Ich habe sie ein- oder zweimal dabei begleitet und viel dabei gelernt. Ihre Begeisterung war nicht nur hier, sondern vor allem bei ihren zahlreichen Vorträgen zu spüren, auf denen sie weitgehend frei und sehr lebendig sprach. Viele Einladungen musste sie wegen der Arbeiten am nächsten Buch ablehnen. Einmal hat sie mir erklärt, wie sie anhand des Vergleichs von Ortsnamen neue Details zur Besiedlungsgeschichte Ostelbiens herausgefunden hat.

Mein Schwager und ich haben sie etwa zwei Jahre lang „bearbeitet", bis sie sich endlich einen Laptop kaufte – kurz darauf konnte sie sich ihre Arbeit ohne Computer gar nicht mehr vorstellen. Zu Ostern 2009 hatten wir gerade einen neuen Laptop gekauft.

Sie starb auf der Rückfahrt von Tangermünde nach Potsdam. In Tangermünde hatte sie am Freitag im Stadtarchiv gearbeitet und am Samstag an einer Tagung teilgenommen – für den darauffolgenden Montag hatte sie ein Hotelzimmer gebucht, um die Arbeit im Stadtarchiv fortzusetzen.

Meinem Vater war die enorme Leistungsfähigkeit meiner Mutter bewusst; sie sei „mit menschlichen Maßstäben nicht zu bemessen", sagte er einmal laut Überlieferung eines früheren Mitarbeiters (vielen Dank hierfür!). Ange-

sichts dessen verbleibt mir letztlich nur die freie Referenz auf Schillers *Der Becher: Als möchte die Geschichte noch eine Geschichte gebären!*

Wissenschaftliches Selbstverständnis
„Die Archivwissenschaft ist *keine* historische Hilfswissenschaft." (Lieselott Enders)
Wie reflektieren die Gesellschaftswissenschaften Schillers „Sprache, die für dich dichtet und denkt"?
Wie reflektieren die Gesellschaftswissenschaften die „Mühe des Begriffs"?

Die Begriffe sind die Werkzeuge unseres Denkens
Das heißt, unpräzise Begriffe bedeuten unpräzises Denken – verschiedene Begriffe zeigen unterschiedliches Denken an. In diesem Sinne waren wir uns einig auch in diesem Grundsatz: *„Das Studium der Quellen/Originalliteratur lässt sich allein durch noch mehr Studium der Quellen/Originalliteratur ersetzen".*

Gesetze
I. Die Propaganda in der DDR hat versucht, den herrschenden Anschauungen einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Dazu gehörte die Formulierung, dass wissenschaftliche Gesetze **wirken.** Gleichzeitig wurde das wissenschaftliche Gesetz als „innerer und notwendiger, allgemeiner und wesentlicher Zusammenhang von Gegenständen und Erscheinungen der objektiven Realität; Dauerhaftes, Bleibendes, sich nicht so oft Veränderndes, Identisches in einer Erscheinung; eine der Stufen der Erkenntnis der Einheit und des wechselseitigen Zusammenhangs der Erscheinungen durch den Menschen" definiert (Wörterbuch der Logik, Leipzig 1978, S. 185). Wie aber sollen ein „Zusammenhang" oder eine „Stufe der Erkenntnis" wirken, sagen wir, wie die Kräfte beim Zusammenstoß zweier Billardkugeln?

Für uns war deshalb folgendes sonnenklar: Die wissenschaftlichen Gesetze wirken nicht, sie gelten (jeweils unter bestimmten Bedingungen), und das sowohl in den Natur-, als auch in den Gesellschaftswissenschaften.
Dabei gilt zusätzlich: *„Die Grundgesetze sind einfach – ihre Anwendung ist es mitnichten!"*

II. „Wanderer, kommst Du nach Sparta, so verkündige dorten, Du habest uns hier liegen geseh'n, wie das Gesetz es befahl." (Schiller, Der Spaziergang)

Diese Art Gesetz ist grundlegend geworden für die westliche Zivilisation – bis das Bürgertum das Individuum entdeckte. Meiner Mutter war es suspekt (möglicherweise, weil Goebbels sich darauf berufen hatte).

Von diesen Dreien: Staatsrecht – Völkerrecht – Menschenrecht hat sie das Menschenrecht als höchstes gewertet. Wo nicht das Menschenrecht als höchstes gestellt wird, leidet auch die Wissenschaft.

Innere *versus*
äußere Zustände/Bedingungen/Widersprüche
In der Physik gibt es (nach Leonhard Euler)

- *innere* Systemparameter,
  z.B. die Länge des Pendels einer Pendeluhr; sie bestimmen, welche Bewegungen überhaupt möglich sind;
- *äußere* Systemparameter,
  z.B. die Stärke des Anstoßes oder die anfängliche Auslenkung des Pendels; sie bestimmen, welche Bewegung tatsächlich stattfindet.

Die Übertragung auf die Gesellschaftswissenschaften betrifft ein dialektisches Grundprinzip, nämlich: *Die inneren Widersprüche sind im allgemeinen wichtiger als die äußeren Widersprüche.*

Teil III. Nachwirkungen, Ermutigungen, Aufforderungen
Nachdem diverse Wohnungsauflöser und Antiquare nur unsere Zeitnot ausnutzen wollten, haben wir den umfangreichen Bücherbestand meiner Mutter erst einmal behalten. Das in die Hand Nehmen und Blättern in einigen hat den Abschied verlängert und die plötzliche Leere vermieden.

Im Sinne Brechts („Sie ehrten ihn, indem sie sich nutzten") möchte ich einige Überlegungen fragmentarisch hinzufügen, die ich ihr ebenfalls gern vorgetragen hätte – meinem Vater und ihrem Vater, Dr. phil. Paul Olivier, natürlich auch. Und zwar als Anregungen für weiter gehende Forschungen

„Meudalismus"
Bedeutet der Begriff „Meudalismus" (moderner Feudalismus) eine tiefgreifende Idee, oder geht er am Wesen der derzeitigen Krise vorbei? Bei allen äußerlichen Ähnlichkeiten, wie der Verteilung von Eigentum und Kaufkraft: Was ist mit der Grundherrschaft bzw. dem Finanzkapital?

Metaphysik und Logik versus Einzelwissenschaft
Nikolaus von Kues (Cusanus, 1401–1464) postuliert: *Gott ist überall im Universum auf die gleiche Art und Weise.*
Mithin gilt: 1. Der Raum ist homogen und isotrop.
Ferner: *Gottes Gegenwart ist ein und dieselbe zu allen Zeiten.*
Das bedeutet, keine lokale Geschichte ist ausgezeichnet – allgemeiner: 2. Die Zeit ist homogen und isotrop.

Aus Homogenität und Isotropie von Raum und Zeit folgt (zusammen mit anderen allgemeinen physikalischen

bzw. methodologischen Prinzipien) erstaunlich viel: das Trägheitsprinzip, die Minkowski-Geometrie für die relative Raumzeit, die Einstein-Plancksche speziell-relativistische Mechanik statt der Newtonschen Klassischen Mechanik u.a.m.

Gibt es vergleichbare metaphysische Prinzipien mit ähnlich weit reichenden Folgen in der Archiv- oder Geschichtswissenschaft, z.B. Buridans (ca. 1300 – ca. 1358) Esel?!

Wie ist Wissenschaft überhaupt möglich?

- „Alles fließt" (Heraklit)
  → Welches sind die beständigen Elemente im Fließen?
- „Die Menschen steigen in verschiedene Wasser, doch in denselben Fluss" (Heraklit)
  → Das (relativ) Beständige sind die Begriffe?!
  Hegel: Der einzelne Mensch stirbt, doch die Gattung bleibt erhalten.
- Sein & Nichts → Werden (Hegel)
  Ist Wissenschaft Wissenschaft der Entwicklungsgesetze?!

Die Antwort auf die letzte Frage ist seltsamerweise kontrovers, auch wenn sie derzeit in der Physik kaum thematisiert wird. Zu Newtons (1643–1727) und Eulers (1707–1783) Zeiten lautete die Antwort „nein" – seit Lagrange (1736–1813) lautet sie mehrheitlich „ja". Der Kern dieses Widerspruchs sei im folgenden kurz beleuchtet.

Zustand – Zustandsveränderung – Bewegung

Descartes' (1596–1650), Huygens' (1629–1695) und Newtons Axiomatiken gehen auf diese Weise vor:

1. Die Zustandserhaltung wird postuliert;
2. Die Zustandsveränderung (Huygens: das Relativitätsprinzip) wird postuliert;
3. Die Bewegungsgleichung wird *nicht* postuliert.

Eulers Axiomatik reduziert diese Postulate auf allein dies:

1. Zustandserhaltung

Folglich braucht sie Ockhams (1285–1347) Messer (Regel 1 im Buch 3 der *Principia* Newtons) nicht zu fürchten. Leider war und ist sie weithin unbekannt, da erst 1856, mithin nach den dann dominierenden Darstellungen von Hamilton (1805–1865) und Jakobi (1804–1851) veröffentlicht.

Das oben gepriesene Studium der Originalliteratur schließt die vergessenen Quellen also ausdrücklich ein.

Gibt es in der Archiv- bzw. Geschichtswissenschaft vergleichbare axiomatische Grundlagen? Wie steht es um die Einheit der Archiv- bzw. Geschichtswissenschaft? Gibt es ein Programm analog zu dem von Heinrich Hertz (1857–1894): die Klassische Mechanik so darzustellen, dass aus ihr alle anderen Zweige der Physik abgeleitet werden können?

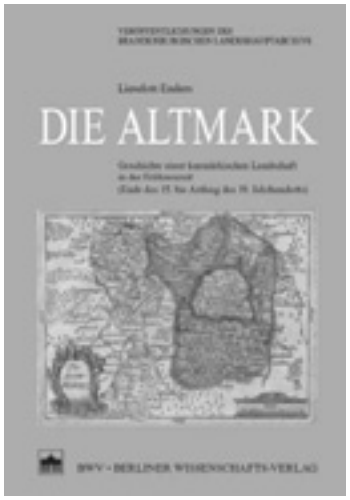
Kontakt

Dr. sc. nat. Peter Enders
Senzig, Ahornallee 11, 15712 Königs Wusterhausen
enders@dekasges.de

Veröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs

Lieselott Enders, Die Uckermark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert. Berlin 1992. 2. unveränderte Auflage. 764 Seiten. 69,00 Euro. ISBN 978-3-8305-1490-9.

Lieselott Enders, Die Prignitz. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert. Berlin 2001. 1. Auflage. 1384 Seiten. 76 Euro. ISBN 978-3-8305-0191-6.



Lieselott Enders, Die Altmark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft in der Frühneuzeit (Ende des 15. bis Anfang des 19. Jahrhunderts). Berlin 2008. 1. Auflage. 1580 Seiten. 79,00 Euro. ISBN 978-8305-1504-3.

Berliner Wissenschafts-Verlag: http://www.bwv-verlag.de/buecher_geschichte.htm

Aktenkundig: „Jude!“ Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg Vertreibung – Ermordung – Erinnerung

Resümee eines Ausstellungsprojektes

Monika Nakath

Bei der Ausstellung handelte es sich um ein Projekt des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (BLHA) in Kooperation mit dem „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ (HBPG). Die Präsentation wurde am 19. Februar 2009 im Haus der Brandenburgisch–Preußischen Geschichte in Potsdam eröffnet.[1] Bis zum 17. Juli 2012 wurde sie an insgesamt 12 Standorten gezeigt: Neuruppin, Rathenow, Finsterwalde, Eberswalde, Lübben, Cottbus, Havelberg, Schwedt (Oder), Wittenberge, Angermünde und Frankfurt (Oder).

Vorgeschichte

Anlass war das außerordentlich große und seit Beginn der 1990er Jahre anhaltende öffentliche Interesse an dem Thema „Nationalsozialistische Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg“. In der Tätigkeit des BLHA stellt die Aufarbeitung nationalsozialistischen Unrechts seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten einen Arbeitsschwerpunkt dar. Im Vordergrund stand die Unterstützung der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen bei der Bearbeitung von Restitutionsverfahren. Hinzu kamen vielfältige in- und ausländische Forschungsvorhaben zur Aufarbeitung der Shoah, für die relevante Quellen aus dem BLHA herangezogen werden konnten. Genannt werden sollen hier exemplarisch die Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie die umfangreichen Zuarbeiten für die vierbändige Ausgabe des „Gedenkbuches für die nationalsozialistischen Opfer in Deutschland“ aus dem Jahr 2006, die seit 2007 auch als Online-Fassung zur Verfügung steht.[2] Im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit nahm insbesondere die Unterstützung von „Stolperstein-Projekten“ (darunter zahlreicher Schülergruppen) als Form der Erinnerungskultur einen wichtigen Platz ein.[3]

Am Rande dieser Aktivitäten tauchte seit längerem die Frage auf, ob das Landeshauptarchiv seine relevanten Archivalien in geeigneter Form einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren könne. Zunächst war die Herausgabe einer einschlägigen Quellenedition geplant, die jedoch aufgrund der aktuellen Tagesaufgaben immer wieder hinausgeschoben werden musste. Seit 2003 stieg die Nachfrage nach Vorträgen zur Quellenlage im BLHA und der öffentlichen Präsentation von relevanten Archivalien durch ehrenamtlich in der historisch-politischen Bildungsarbeit Tätige sowie Lehrkräfte an Universitäten und Schulen massiv an, was zu weitergehenden Überlegungen führte. Eine Ausstellung erschien geeignet. Bereits im Jahr 2007 entstand die grundlegende Konzeption. Die Schau wollte einen direkten Bogen von der Darstellung der NS-Vergangenheit in der Provinz Brandenburg zu den gegenwärtigen Aufgaben der Beschäftigten des BLHA schlagen. Angesichts der Spezifik des Flächenlandes Brandenburg wurde sie von vornherein als Wanderausstellung konzipiert. Eine begleitende Quellenedition sollte zur Nachhaltigkeit beitragen, Vorträge zur Quellenlage im BLHA an den einzelnen Standorten einem breiten Interessentenkreis vor Ort Hinweise für eigene Forschungen geben. Als günstig erwies es sich, dass die thematische Ausrichtung des Kulturlandjahres 2009 die Möglichkeit bot, zur Aufstockung der sehr begrenzten Ressourcen des Archivs, Fördermittel zu erhalten. Die Präsentation wurde in das Rahmenthema des Kulturlandjahres 2009 „Demokratie und Demokratiebewegungen“ und sein Motto „Freiheit und Gleichheit“ eingebettet. Die damalige Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Prof. Johanna Wanka, übernahm die Schirmherrschaft. Ihre Amtsnachfolgerinnen, Dr. Martina Münch und Prof. Sabine Kunst, folgten in dieser Verantwortung.

Das BLHA bemühte sich frühzeitig um Kooperationspartner, die es neben dem HBPG in verschiedenen regionalen Museen bzw. Archiven im Land fand. Im Einzelnen wurde die Schau in folgenden Einrichtungen gezeigt:

- Haus der Brandenburgisch Preußischen Geschichte Potsdam (19. Februar–26. April 2009)
- Museum Neuruppin (27. April–23. August 2009)
- Kulturzentrum Rathenow gGmbH (2. September–1. November 2009)
- Kreismuseum Finsterwalde (5.–23. November 2009)
- Museum in der Adler-Apotheke, Eberswalde (22. Januar–28. Februar 2010)
- Museum Schloss Lübben (12. März–9 .Mai 2010)
- Stadtmuseum Cottbus (13. Mai–4. Juli 2010)
- Prignitz Museum am Dom Havelberg (10. Juli–29. August 2010)
- Städtische Museen Schwedt (Oder) (4. September–7. November 2010)
- Stadtmuseum „Alte Burg“ Wittenberge (15. Januar–27. Februar 2011)
- Rathaus Angermünde (3. März–29. April 2011)
- Museum Viadrina Frankfurt (Oder) (12. Mai–17. Juli 2011)

1 *Vgl.http://www.hbpg.de/ausstellungen/ausstellungsarchiv/aktenkundig-jude-nationalsozialistische-judenverfolgung-in-brandenburg.htm.*

2 *Vgl. http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch.*

3 *Vgl. Monika Nakath: „Stolpersteine“ – Archivalien und Gedenkkultur, in: Brandenburgische Archive 24 (2007) S. 13–18.*

Konzeption und Präsentation

Die Ausstellung umfasste 18 Tafeln und drei Rahmen. Die grafische Gestaltung übernahm das junge Team der Firma „digidax. digitale print medien GbR" in Potsdam.[4]
Sie ist in drei Schwerpunkte untergliedert:

1. Einleitend erhielten die Besucher einen Einblick in die Ausgangssituation in der Provinz Brandenburg und wurden auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Präsentation eingestimmt. (Tafeln 1, 2)
2. Im umfangreichen Mittelteil der Ausstellung erfolgte die Darstellung verschiedenartiger Aspekte der NS-Judenverfolgung mit ihren sachlichen Schwerpunkten in der jeweiligen zeitlichen Abfolge. (Boykott und Ausgrenzung/Tafeln 3, 4, 5; Emigration/Tafeln 6, 7, 8; „Nürnberger Gesetze"/Tafel 9; Novemberpogrom/Tafel 10; Verfolgung und Haft/Tafeln 11, 12; Deportation/Tafeln 13, 14, 15, 16)
3. Ein dritter Teil veranschaulichte die bereits erwähnten Arbeitsschwerpunkte des BLHA und gab einen Einblick in die aktuelle Arbeit. (Wiedergutmachung und Brandenburgisches Landeshauptarchiv: Restitution; wissenschaftliche Aufarbeitung; historisch-politische Bildungsarbeit/Rahmen 1, 2, 3)

Im Sinne einer knappen Überleitung konnten sich Besucherinnen und Besucher mit der Behörden- und Bestandsgeschichte des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg (OFP) (Tafel 17) sowie der Regelung von Restitutionsansprüchen von Überlebenden der Shoah in der SBZ und der DDR (Tafel 18) vertraut machen.

Die Präsentation beinhaltete anschauliches und besonders aufschlussreiches Archivmaterial aus dem BLHA, das in der Mehrzahl erstmals einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das Thema NS-Judenverfolgung wurde unter konsequenter Konzentration auf das Land Brandenburg behandelt. Im Vordergrund standen Beispiele aus Orten, an denen die Schau gezeigt werden sollte. In wenigen Fällen erfolgte ein Rückgriff auf Leihgaben. Zu erwähnen ist hier z.B. die erstmalige Präsentation von Fotos aus dem Hachschara-Lager „Landwerk Ahrensdorf", die das Prignitz Museum am Dom Havelberg zur Verfügung stellte.
Desgleichen konnten dank der Unterstützung durch das Stadtarchiv Brandenburg (Havel) zwei Fotos präsentiert werden, die die Deportation von Juden aus der Stadt am 13. April 1942 zeigen.

Die Archivalien aus dem BLHA dokumentieren die Vielzahl der Beteiligten und die unterschiedlichsten Facetten regionaler Aktionen. Traditionelle Verwaltungsbehörden erließen und beteiligten sich aktiv an der Umsetzung der antisemitischen Gesetze und Verordnungen. Fast alle Institutionen des NS-Regimes waren aktiv eingebunden. Besonders aktiv waren neben bzw. in Zusammenarbeit mit der Gestapo die Regierungspräsidenten in Potsdam und Frankfurt (Oder), Landräte, Bürgermeister und Amtsvorsteher sowie die Finanzbehörden. Aber auch Privatpersonen profitierten nachweisbar von der Judenverfolgung.
Einen zentralen Platz nehmen in der Präsentation Dokumente aus dem Bestand Rep. 36 A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg ein. Die NS-Judenverfolgung wurde möglichst anschaulich anhand des damaligen jüdischen Lebensalltages sowie ausgewählter Einzelschicksale geschildert.
Die Besucher erhielten die Gelegenheit, sich mittels zweier vollständiger Kopien einen umfassenden Eindruck von den typischen Akten aus dem OFP-Bereich zu verschaffen. In der „Lausitzer Rundschau" schrieb der Journalist Johann Legner: „Wer sich die Mühe macht, eine der in Kopie im Ausstellungsraum beigefügten Einzelakten etwas sorgfältiger durchzublättern, erkennt schnell die schreckliche Kombination von preußischer Gründlichkeit und mitleidloser Ignoranz. Da hatte eine alte Dame vergessen, ihren Ehering aufzuführen. Das holt der Finanzbeamte nach…"[5] Die Abgegriffenheit der Kopien am Ende der Ausstellung zeigt, dass viele Personen diese Gelegenheit nutzten.

Das BLHA präsentierte erstmalig einen Teil der Originalkartei aus dem Bereich der „Vermögensverwertungsstelle" beim Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg. In einer Multimedia-Anwendung konnten die Besucher an den einzelnen Orten die zu den dort ansässig gewesenen Personen erhalten gebliebenen Karteikarten betrachten.

Wie im Konzept vorgesehen, ergänzten originale Dokumente aus dem BLHA, die den jeweiligen Ausstellungsort betrafen, die Schau. Dabei handelte es sich vorrangig um ausgewählte Einzelfallakten von dort ansässigen Personen. An einigen Orten nutzten die dortigen Museen bzw. Archive die Gelegenheit, Materialien aus ihren eigenen Beständen hinzuzufügen.

Begleitprogramm

Mit zwei Potsdamer Schulen begann im Vorfeld eine intensive Kooperation zur Vorbereitung und Durchführung der zweiten „Stolperstein-Verlegung" in der Stadt.
Im Rahmen des Ausstellungsprojektes erfolgte im Zusammenhang mit der zweiten Verlegung von „Stolpersteinen" in Potsdam am 9. März 2009 die öffentliche Präsentation von biografischen Studien als Forschungs-

4 *Vgl. http://www.digidax.de/index.php?de_blha_digidax_digitale_print_medien.*

5 *Josef Legner: Bürokratie eines Völkermordes. Ein Besuch der Ausstellung „Aktenkundig:Jude!" in Potsdam, in: Lausitzer Rundschau vom 07.03.2009.*

ergebnis von Schülerinnen und Schülern der Potsdamer Voltaire-Gesamtschule und des Helmholtz-Gymnasiums. Diese Veranstaltung fand in Kooperation mit der Landeshauptstadt Potsdam/Fachbereich Kultur und Museum statt. Bereits im Dezember 2008 hatten Jugendliche im BLHA zu den Lebensgeschichten von Potsdamer Juden recherchiert.[6] Die von den Jugendlichen erarbeiteten Ausstellungstafeln sowie eine multimediale Darstellung begleiteten seitdem die Schau des BLHA.

Am 1. April 2009 fand im Filmmuseum Potsdam die Wiederaufführung des weitgehend auf Quellen aus dem BLHA basierenden Dokumentarfilms „Einsteins Boot oder Hitlers kleine Profiteure“ statt.[7] Der Vorführung schloss sich eine Podiumsdiskussion mit Heinrich Billstein als Autor des Films und Knut Elstermann als Autor des Buches „Gerdas Schweigen“[8], der hierfür u. a. Unterlagen des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg ausgewertet hatte, an.

Lehrerinnen und Lehrer nutzten die Möglichkeit, sich mit ihren Schülerinnen und Schülern anhand der präsentierten Archivalien einen Einblick in Facetten und Hintergründe nationalsozialistischer Judenverfolgung in der eigenen Region und ihren Heimatorten zu verschaffen. In Havelberg arbeiteten z. B. elf Schülerprojekte zum Thema jüdische Geschichte in der Ausstellung.[9] In Rathenow, Angermünde und Wittenberge präsentierten Schülerinnen und Schüler regionale Forschungsergebnisse.

Im Begleitprogramm standen auch drei Lehrerfortbildungsveranstaltungen, die für die südlichen Kreise des Landes Brandenburg am 29. Juni 2010 in Cottbus (unter Teilnahme von Dr. Ludwig Geiger als Vertreter des Leo Baeck Programms), am 7. Oktober 2010 für die nördlichen Kreise des Landes Brandenburg in Schwedt (Oder) sowie am 17. Mai 2011 für die dortige Region in Frankfurt (Oder) stattfanden. Insgesamt nahmen hieran sowie an weiteren Veranstaltungen rund 120 Lehrkräfte teil. Die großzügige Förderung durch das Leo Baeck Programm, einer gemeinsamen Initiative der Freunde und Förderer des Leo Baeck Instituts e.V., der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und der „Gemeinnützigen Hertie-Stiftung“ ermöglichte es, interessierten Lehrkräften eine zusätzliche Materialsammlung an die Hand zu geben.[10]

Präsentiert werden darin insgesamt 21 im BLHA verwahrte Dokumente als Faksimile, die exemplarisch in Lehre und Unterricht zum Thema NS-Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg herangezogen werden können. In einem einleitenden Teil werden die Quellenlage zur Thematik im BLHA beschrieben, quellenkundliche Bemerkungen zu den Dokumenten gemacht sowie methodische Hinweise für biografische Recherchen zu jüdischen NS-Opfern im BLHA gegeben. Die Broschüre enthält eine CD-ROM mit den abgebildeten Dokumenten.

6 *Vgl. Jana Haase: Die Akte Hirschbruch, in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 17.12.2008.*

7 *Vgl. Heinrich Billstein: Einsteins Boot oder Hitlers kleine Profiteure, WDR 2003.*

8 *Vgl. Knut Elstermann: Gerdas Schweigen, Berlin o. J.*

9 *Vgl. E-Mail-Auskunft von Antje Reichel am 02.09.2010.*

10 *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg. Vertreibung und Ermordung.*

Begleitpublikation

Unter dem gleichen Titel *Aktenkundig:"Jude!"*[11] erschien im September 2010 eine begleitende Quellenedition.

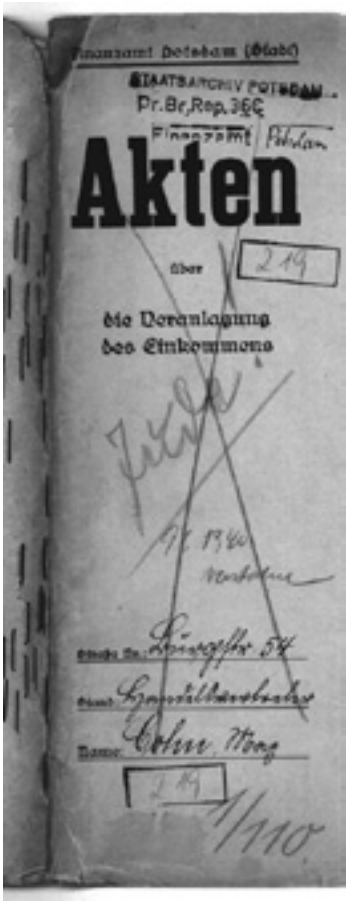
Der Band enthält 155 Dokumente, denen eine ausführliche thematische Einleitung sowie Erläuterungen zu den Dokumenten vorangestellt sind. Ein Teil der Dokumente wurde bereits vollständig bzw. in Auszügen in der Ausstellung gezeigt. Insgesamt geht der Band jedoch deutlich über den Rahmen der Ausstellung hinaus. Im Gegensatz zur Präsentation, in der am Beispiel von „Fällen" sachthematische Schwerpunkte behandelt wurden, erfolgt der Aufbau des Bandes streng chronologisch. Die publizierten Schriftstücke veranschaulichen die sich immer weiter steigernde antisemitische Politik der Ausgrenzung und Vertreibung bis hin zur Ermordung von Juden aus der Provinz Brandenburg. In exemplarischer Auswahl werden Dokumente wissenschaftlich kommentiert, die die Verantwortung der regionalen und lokalen Verwaltungsbürokratie aufzeigen. Einzelne Selbstzeugnisse von Betroffenen wie Briefe ergänzen das Bild. Hieraus werden die Ausmaße der Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg im Ganzen, aber auch erschütternde Einzelschicksale deutlich.

Mit der Quellenedition steht allen Interessierten, insbesondere im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit, nachhaltig wichtiges Material zur Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in der Region zur Verfügung.[12]

Beide Publikationen enthalten im Anhang eine Übersicht über ausgewählte Jüdische Gemeinden in der Provinz Brandenburg 1932/33, die sich an den Ausstellungsorten orientiert, eine Zeittafel sowie eine Auswahlbibliographie. Die dem Dokumentenband angefügte Zeittafel beinhaltet eine erste Aufstellung sämtlicher mit Quellen aus dem BLHA belegbarer Deportationstransporte aus der Provinz Brandenburg in den Jahren 1942/43.[13]

Nachtrag zu einem Einzelschicksal

Exemplarisch wurde in der Ausstellung sowie in der Quellenedition das Schicksal von Betroffenen dokumentiert. Neben dem spektakulären „Fall" Albert Einstein handelt es sich um weniger in der Öffentlichkeit stehende Personen. Für die Gestaltung des Plakates, der Flyer und des Covers der Begleitpublikationen wurde ein typischer Aktendeckel gewählt.



11 *Nakath (Hg.): Aktenkundig:"Jude!". Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg. Vertreibung – Ermordung – Erinnerung, be.bra wissenschaft verlag GmbH, Berlin-Brandenburg 2010.*

12 *Rezensionen u.a.: Jean Mortier in: Allemagne d'aujourd'hui, Nr. 196, avril – juin, Lille 2011, S. 237 ff.; Erika Schwarz in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 59 (2011) 5, S. 485.*

13 *Angegeben werden erstmalig die Transportbezeichnungen sowie die jeweiligen Orte, aus denen Personen deportiert wurden. In der Lehrermaterialsammlung werden in der Zeittafel ausschließlich die Bezeichnung der Deportationstransporte und in der Auswahlbibliographie regionale Studien benannt.*

Es handelt sich um eine beim Finanzamt Potsdam zu Max Cohn angelegte Steuerakte. Seine Person findet in der Ausstellung keine und in der Quellenedition nur indirekte Erwähnung. Am Rande der Ausstellung wurde immer wieder der Wunsch geäußert, mehr zu dieser Person zu erfahren. Dem soll nunmehr Rechnung getragen werden.

Max Cohn wurde am 3. Mai 1856 geboren. Am 19. Juni 1888 heiratete er Dora Lewin, geboren in Filehne. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor. Die Tochter Rose kam am 26. September 1894 in Potsdam zur Welt. Am 7. Juni 1901 wurde ein Sohn Heinz geboren. Zur Familie gehörte eine weitere Tochter, Bianca.[14]

Max Cohn war Kaufmann und speziell als Handelsvertreter für Dampfmühlen und „Mehlhandelsvertreter" tätig. Zunächst in Brandenburg (Havel) ansässig lebte er später über viele Jahre mit seiner Familie in Potsdam. Bekannt sind die Wohnanschriften Burgstr. 54, wo er ein bebautes Grundstück besaß, sowie Am Kanal 64.

Die Kinder wuchsen in Potsdam auf. Rose Cohn durchlief eine Ausbildung zur Lehrerin. Heinz Cohn studierte Jura und promovierte. Er schloss die Ehe mit Margarete Samulon, die 1932 zwei Töchter zur Welt brachte. Bianca Cohn heiratete Fritz Bechtold. Alle Drei lebten Anfang der 1930er Jahre in Berlin.

Als erstes Familienmitglied bekam Rose Cohn bereits im Frühjahr 1933 die Auswirkungen der NS-Rassenpolitik zu spüren. Zwei Monate nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde am 7. April 1933 das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" verabschiedet. Der so genannte „Arierparagraph" (§ 3) bildete den Ausgangspunkt für die Verdrängung jüdischer Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen des beruflichen und gesellschaftlichen Lebens. Auch in der Provinz Brandenburg begann eine systematische Ausgrenzung von jüdischen Angestellten und Beamten. Zu den betroffenen Berufsgruppen zählte unter anderem die Lehrerschaft. Die Schulabteilung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin ermittelte umgehend den Personenkreis, auf den das Gesetz anzuwenden war. Rose Cohn, die nach langjähriger Beschäftigung in Potsdam im April 1933 an der Wilhelm-Conrad-Schule in Berlin-Zehlendorf im Schuldienst tätig war, fiel unter das Gesetz. Mit Schreiben vom 11. April 1933 wurde die zunächst aufgrund eines ärztlichen Attestes bis zum 20. April für die „wissenschaftliche Mittelschullehrerin Rose Cohn, mosaisch" bestehende Beurlaubung durch das Oberpräsidium „bis auf weiteres" verlängert. Sie musste das übliche Personalverfahren durchlaufen. Bereits am 11. August 1933 teilte der Oberpräsident Rose Cohn mit, dass er beabsichtige, das Gesetz auf sie anzuwenden. Es wurden Erkundigungen über das dienstliche Verhalten eingeholt, ein „Ausschuss politischer Vertrauensmänner" beim Oberpräsidium prüfte und bestätigte die Anwendung des „Arierparagraphen", der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung traf als oberster Dienstherr die abschließende Entscheidung über die Versetzung in den Ruhestand, die ihr am 23. September 1933 durch die Schulabteilung des Oberpräsidenten mitgeteilt wurde. Mit dieser Entscheidung war die berufliche Laufbahn der zu diesem Zeitpunkt 36-jährigen Lehrerin beendet. Sie gab ihre Wohnung in Berlin-Lichterfelde auf und zog nach Potsdam in das elterliche Haus zurück. Nur für kurze Zeit konnte sie in den Monaten Januar und Februar 1936 noch einmal im Jüdischen Landschulheim in Caputh als Lehrerin tätig sein.[15]

Die weitere Ausgrenzung als Jüdin und den Verlust der bürgerlichen Existenz erlebte die alleinstehende Rose Cohn an der Seite der Eltern in ihrer Geburtstadt Potsdam. Am 10. Juli 1936 verstarb Dora Cohn im Alter von 73 Jahren. Zurück blieben Ehemann Max und Tochter Rose. Der Vater verkaufte wenige Tage später am 14. Juli 1936 das der Familie gehörende Grundstück in Potsdam, Burgstr. 54. Rose Cohn und ihr Vater zogen in eine Mietwohnung in Potsdam, Am Kanal 64. Max Cohn, der noch in hohem Alter in seinem Beruf tätig war, musste am 15. August 1938 sein Gewerbe einstellen. Die lakonische Erläuterung eines Finanzbeamten lautete „eingestellt, da kein Umsatz mehr …"[16], handschriftlich auf der Umsatzsteuererklärung vermerkt.

Den Novemberpogrom 1938 erlebten alle Familienangehörigen in Deutschland. In der Folgezeit verließ Heinz Cohn mit seiner Familie am 26. Januar 1939 das Land und emigrierte in die USA. Als Devisenberater tätig, hatte er in den Vorjahren die Flucht vieler jüdischer Mandanten vorbereitet und begleitet.[17] Tochter Bianca emigrierte mit ihrem Ehemann ebenfalls. Beide gingen nach London ins Exil. Weshalb Rose Cohn in Potsdam blieb, ist anhand der Quellen nicht nachvollziehbar. Vielleicht wollte sie den alten Vater nicht allein zurück lassen, vielleicht gab es die Absprache, dass sie den Geschwistern folgen sollte. Verschiedene Schriftstücke deuten darauf hin, dass sich Vater und Tochter in einer zunehmend schwierigeren finanziellen Lage befanden. So teilte am 1. März 1940 die Städtische Pfandleihanstalt in Berlin, Abteilung III (Zentralstelle), der Zentralen Steuerfahndungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Berlin mit, dass Max und Rose Cohn Gegenstände im Wert von 148,30 RM beleihen wollen. Sechs Tage später ließ diese vom Oberfinanzpräsidenten Brandenburg prüfen, ob vor einer Auszahlung des Betrages noch „Judenvermögensabgabe", „Reichs-

14 Vgl. BLHA, Rep. 5 E Amtsgericht Potsdam Nr. 2790; Rep. 36 C Finanzamt Potsdam Nr. 219.

15 Das Schicksal von Rose Cohn wird in der Quellenedition "Aktenkundig:"Jude!" ausführlicher dargestellt.

16 Vgl. BLHA, Rep. 36 C Finanzamt Potsdam Nr. 219.

17 In verschiedenen OFP-Akten zu Juden aus der Region Berlin/Brandenburg, die ihre Emigration vorbereiteten, gibt es Hinweise auf seine Tätigkeit.

fluchtsteuer“ oder sonstige Steuern zu begleichen wären. Am 14. September 1940 verstarb Max Cohn im Alter von 84 Jahren in Potsdam. Seine Akte beim Finanzamt Potsdam wurde mit diesem Vermerk auf dem Aktendeckel geschlossen. Im Gegensatz zu seiner Tochter Rose blieb ihm das Schicksal der Deportation erspart.
Als Ende 1941 die noch in Potsdam verbliebenen Juden erfasst wurden, befand sich Rose Cohn unter ihnen. Sie lebte zu diesem Zeitpunkt bereits in Potsdam-Babelsberg, Körnerweg 4, einer Sammelwohnung für Juden.[18] Am 11. Januar 1942 erfolgte die Deportation mit dem ersten Transport aus dem Regierungsbezirk Potsdam über Berlin nach Riga. Im September 1942 verstarb Rose Cohn dort.[19] Der weitere Lebensweg der Geschwister Bianca und Heinz sowie ihrer Familien in der Emigration ist bisher nicht nachvollziehbar.

Fazit

Insgesamt dürften rund 10.000 Besucherinnen und Besucher die Ausstellung betrachtet haben.[20] Sie stieß allerorts auf großes Interesse und wurde über die gesamten zweieinhalb Jahre intensiv von den öffentlichen Medien begleitet. Die Wahrnehmung war überwiegend positiv, wie Presseberichte und Eintragungen in Gästebücher zeigen. In den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ hieß es unmittelbar nach der Eröffnung: „Die Ausstellung gibt Auskunft darüber, wie die archivalischen Quellen nach 1989 zur materiellen Wiedergutmachung ausgewertet werden, aber auch davon, wie heute die Öffentlichkeit vom Lebensweg und dem Schicksal jüdischer Menschen im lokalen Umfeld über die Aktion ´Stolpersteine´ erfährt.“[21]. „Eine keinesfalls trockene Ansammlung von Dokumenten, sondern eine nachdenklich stimmende Dokumentation über nationalsozialistische Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg“, lautete ein Kommentar in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ vom 17. Januar 2011. In der gleichen Zeitung wurde allerdings am 1. Oktober 2009 darauf verwiesen, dass z.B. im Rathenower Gästebuch „immer wieder Kommentare zu lesen [seien], die darauf schließen lassen, dass manche am liebsten auf diese unangenehme aber notwendige Geschichtsaufarbeitung verzichten wollen.“[22]
Im Ergebnis der Archivalien-Schau konnten neue regionalhistorische Forschungen zu diesem düsteren Kapitel der brandenburgischen Landesgeschichte unterstützt bzw. angestoßen werden. Das Schicksal weiterer Opfer der Shoah wurde aufgehellt. Eine breite Öffentlichkeit erhielt Kenntnis von den im BLHA verwahrten Quellen.
Für die Nachhaltigkeit des gesamten Projekts spricht nicht zuletzt der Wunsch nach einer Präsentation der Ausstellung an weiteren Orten des Landes Brandenburg, aber auch darüber hinaus.

Kontakt

Brandenburgisches Landeshauptarchiv
Dr. Monika Nakath
Zum Mühlenberg, 14469 Potsdam OT Bornim
poststelle@blha.brandenburg.de

18 *Vgl. Liste der in Potsdam wohnenden Juden, Stand 31.12.1941, in: Aktenkundig:“Jude!“, Berlin 2010, S. 163.*

19 *Vgl. u.a. Scheffler, Wolfgang/Schulle, Diana (Bearb.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Hg. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge/Riga-Komitee der deutschen Städte/Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum/Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“, München 2003, S. 230.*

20 *Eine exakte Zahl kann nicht benannt werden, da nicht an allen Ausstellungsorten entsprechende Angaben erhoben wurden. Zu benennen sind hier z.B. Potsdam mit rd. 1.200 Besuchern, Neuruppin mit rd. 2.100 Besuchern und Havelberg mit rd. 1.700 Besuchern. Organisierte Führungen und der Besuch durch Schülergruppen wurden in der Regel nicht in die Zählung einbezogen.*

21 *Vgl. Klaus Büstin: Bis zum letzten Hemd, in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 20.02.2009.*

22 *Vgl. Joachim Wilisch: Unangenehm aber nötig, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 01.10.2009.*

Benutzung des Zentralen Grundbucharchivs im Brandenburgischen Landeshauptarchiv für die Klärung von Rechts- und Vermögensfragen

Frank Schmidt

Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses vom 4. Mai 1993 wurde das Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA) mit der Einrichtung eines Zentralen Grundbucharchivs beauftragt, um alle vor dem 3. Oktober 1990 geschlossenen Grundbücher und -akten aus dem Land Brandenburg darin zusammenzuführen. Nach Abschluss der Übernahmen aus den Amtsgerichten im Jahre 1999 umfasst das Zentrale Grundbucharchiv im BLHA Bestände in einer Größenordnung von ca. 2.000 lfm Grundbuchbänden und ca. 6.000 lfm Grundakten oder – noch anschaulicher dargestellt – ca. 2,8 Millionen Grundbuchblätter in Buchform und ca. 1,3 Millionen Grundakten.[1]

Aufbau und Funktion der geschlossenen, nicht mehr aktuellen Grundbücher unterscheiden sich kaum von den heute in elektronischer Form geführten Grundbüchern. Die Abschreibung des Grundstückes auf ein anderes Grundbuchblatt, Unübersichtlichkeit und Zuständigkeitswechsel für die Registrierung des Grundstückes sind Gründe für die Schließung eines Grundbuches und der Grundakte. Vor allem nach der Grundbuchordnung vom 5. August 1935[2] kam es in großem Umfang zur Schließung älterer Grundbücher, die im frühen 19. Jahrhundert noch als Hypothekenbücher angelegt wurden. Für das Gebiet der ehemaligen DDR wuchs der Umfang der geschlossenen Grundakten zusätzlich noch durch die Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen an. Ab 1962 erfolgte die Schließung der Grundbücher zu Grundstücken, die in Volkseigentum standen bzw. überführt werden sollten. Die aktuellen ebenso wie die geschlossenen Grundbücher stellen ein öffentliches Verzeichnis dar, in dem Grundstücke und die sie betreffenden Eigentums- und Rechtsverhältnisse eingetragen werden. Die Grundbuchblätter in den Hypotheken- und Grundbüchern in Buchform enthalten in konzentrierter, vollständiger und stark formalisierter Form alle wesentlichen Informationen über die Eigentümer und die mit dem Grundstück verbundenen Rechte und Belastungen vom 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Die zu jedem Grundbuchblatt angelegte Grundakte umfasst den Schriftverkehr und vor allem die begründenden Dokumente (Verträge, Erbscheine oder Testamente, Eintragungsanträge und -bewilligungen, Schuldurkunden etc.) zu den im Grundbuch vorgenommenen Eintragungen. Daneben enthält die Grundakte das Grundbuchhandblatt (auch Tabelle oder Grundbuchheft genannt), das eine Zweitschrift des Grundbuches darstellt und – auf Grund von Besonderheiten in der Grundbuchführung der ehemaligen DDR – den Stand der Eintragungen bis zur Schließung des Grundbuches zwischen 1953 und 1990 ausweist.[3]

Wenn anhand der aktuellen Grundbuchunterlagen in den zuständigen Grundbuchämtern Fragen zu ehemaligen Eigentümern oder zu den mit dem Grundstück verbundenen älteren Rechten und Belastungen nicht zu klären sind, kommen Behörden und die betroffenen Privatpersonen nicht umhin, sich für Recherchen in den geschlossenen Grundbuchunterlagen an das BLHA zu wenden. Die Bedeutung geschlossener Grundbuchunterlagen für die Klärung von aktuellen Rechtsfragen zeigte sich in der Benutzungs- und Auskunftstätigkeit des Archivs in beeindruckender Weise nach der politischen Wende von 1989/90 und den darauf ergangenen Bestimmungen zur Regelung offener Vermögensfragen. In den 1990er Jahren sah sich das Archiv geradezu einer Flut von Anfragen zu diesen Grundbuchunterlagen gegenüber, waren doch die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen für die Entscheidungsfindung in den Verfahren sowie ebenso die Antragsteller und Betroffenen zum Nachweis ihrer Ansprüche auf Kopien aus geschlossenen Grundbüchern zwingend angewiesen.

Ein gutes Jahrzehnt später und bzw. fast 20 Jahre nach dem Kabinettsbeschluss von 1993 bilden geschlossene Grundbuchunterlagen noch immer einen Schwerpunkt der Benutzungs- und Auskunftstätigkeit des BLHA. Das ungebrochene Interesse der Verwaltung an Grundbuchunterlagen erfordert nach wie vor den Einsatz einer Arbeitsgruppe, um den Anforderungen schnell und mit der gebotenen Präzision durch Auskünfte und die Bereitstellung von Kopien zu entsprechen. Die EDV-gestützte Erschließung der Grundaktenbestände schafft hierfür

1 *Zur Einrichtung des Zentralen Grundbucharchivs im BLHA vgl. Klaus Neitmann, Die Archivierung von geschlossenen Grundbüchern und Grundakten im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, in: Der Archivar 52 (1999), S. 103 ff.*

2 *RGBl. I, S. 637.*

3 *Nachdem 1953 in der DDR die Führung der Grundbücher (Grundbuchblätter in den Grundbuchbänden) eingestellt wurde, übernahm das bis dahin parallel geführte Grundbuchhandblatt in der Grundakte allein die Funktion des Grundbuches. Eintragungen im Zeitraum 1953 bis 1990 erfolgten nur in diesem Grundbuchhandblatt (bezeichnet als Grundbuchheft). Zur Entwicklung der Grundbuchdokumentation und zum Quellenwert der Grundbuchüberlieferung vgl. Frank Schmidt, Archivierung und Auswertungsmöglichkeiten von geschlossenen Grundbuchunterlagen im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, in: Aus der brandenburgischen Archivalienkunde. Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, hg. v. Klaus Neitmann, Berlin 2003, S. 157 ff.*

die Grundlage.[4] Im Durchschnitt der vergangenen Jahre erledigte die Arbeitsgruppe Anfragen zu 6.000 bis 8.000 Grundbüchern jährlich. Die Anliegen resultieren aus verschiedenen rechtlichen Regelungen, über deren Bandbreite nachfolgend ein Überblick gegeben werden soll.

Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der Klärung offener Vermögensfragen dominieren die Benutzung weiterhin. Zur Ausführung von Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG)[5], des Gesetzes über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz – EALG)[6] sind Behörden und betroffene Antragsteller auf Informationen aus den geschlossenen Grundbuchunterlagen angewiesen. Ca. 60-70% aller Anfragen nehmen direkt auf diese gesetzlichen Regelungen Bezug und fordern hierfür Grundbuchunterlagen zum Nachweis der Eigentumsverhältnisse rückwirkend bis 1933 an. Mit der Anfertigung von Grundbuchkopien oder mit Aussagen zum Vorhandensein der Grundbücher können diese Benutzungswünsche erledigt werden. Darüber hinaus müssen auch Eintragungsunterlagen (vor allem Unterlagen über Eigentumswechsel in der Zeit 1933 bis 1945 und über die Enteignung nach 1945) aus den Grundakten ermittelt und in Kopie bereitgestellt werden.
Hat sich der Gegenstand der Anfragen seit 1991 nicht verändert, so ist doch in den vergangenen Jahren eine Schwerpunktverlagerung bei den anfragenden Behörden von den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen im Land hin zu denen der Bundesebene zu konstatieren. Die Mehrzahl der Anfragen mit Bezug auf das Vermögensgesetz richten heute Dienststellen des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen an das BLHA. Diese Dienststellen haben die Bearbeitung verschiedener Verfahren (v. a. zu verfolgungsbedingten Vermögensverlusten in der NS-Zeit) aus dem Land Brandenburg übernommen. Sie benötigen außerdem Informationen aus Grundbüchern, um Auskünfte über eventuell bestehende vermögensrechtliche Ansprüche (Negativattest) zu erteilen. Der Anteil von Anfragen aus Ämtern im Land Brandenburg hat sich deshalb in den letzten Jahren verringert. Das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen Brandenburg sowie die beiden noch auf der Kreisebene bestehenden Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen in Beeskow und Lübben fordern derzeit Grundbuchunterlagen vor allem für Verfahren nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz an, mit dem von Enteignungsmaßnahmen Betroffene und deren Rechtsnachfolger entschädigt werden sollen. Die Aufgaben des Landesamtes und der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen sollen im Land Brandenburg bis Ende 2015 im Wesentlichen erledigt sein.[7]
Zum Kreis der Anfragen zu offenen Vermögensfragen gehören außerdem diejenigen, die Bezug auf die Grundstücksverkehrsordnung (GVO)[8] nehmen. Obwohl über 99% der offenen Vermögensfragen entschieden sind, erfordert die Genehmigung von Grundstücksveräußerungen nach der GVO immer noch den Ausschluss eventueller vermögensrechtlicher Ansprüche Dritter. Dafür müssen Kreisverwaltungen bzw. Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte, denen in Brandenburg die Bearbeitung von Anträgen auf eine Genehmigung nach der GVO obliegt, geschlossene Grundbücher heranziehen. Nur sie geben im Einzelfall Auskunft über die Eigentumsverhältnisse eines Grundstückes rückwirkend bis 1933. Mit Ersuchen um Grundbuchkopien wenden sich vor allem die Landkreise Havelland, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße und Elbe-Elster an das BLHA. Eine Novellierung der GVO, die einen spürbaren Rückgang der Grundbuchanfragen in den nächsten Jahren zur Folge haben könnte, ist derzeit nicht in Sicht.[9]

4 *Ältere Verzeichnungen aus der Zeit vor 1990 und die Abgabelisten der Amtsgerichte aus den 1990er Jahren haben sich als unzureichend für eine effektive und ergebnissichere Recherche erwiesen. Deshalb wurde Ende der 1990er Jahre mit der EDV-gestützten Neuverzeichnung des Grundaktenbestandes begonnen. Vom Gesamtbestand der Grundakten sind bis heute ca. 40 % neu verzeichnet worden. Vgl. Frank Schmidt, Erschließung von Grundaktenbeständen im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, in: Der Archivar, 53 (2000) 4, S. 295ff.*

5 *Vermögensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Februar 2005 (BGBl. I S. 205), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Mai 2011 (BGBl. I S. 920) geändert worden ist.*

6 *Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624; 1995 I S. 110), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 38 des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809) geändert worden ist.*

7 *Vgl. Wir über uns – Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen Brandenburg (Stand 15.07.2011), in: http://www.mdf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb2.c.414495.de.*

8 *Grundstücksverkehrsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.10.1993 (BGBl. I S. 2182, 2221).*

9 *Nach einem vergeblichen Vorstoß des Landes Sachsen-Anhalt im Bundesrat 2006 brachte zuletzt die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Grundstücksverkehrsordnung in den Bundestag ein. Dem Genehmigungsverfahren sollten demzufolge ab 01.01.2014 nur noch mit Rückübertragungsansprüchen belastete Grundstücke unterliegen. Nach der Debatte im Bundestag am 20.05.2010, in der Vertreter der anderen Fraktionen Bedenken insbesondere wegen des hohen Verwaltungsaufwandes für die Feststellung der betroffenen Grundstücke und die Eintragung von Anmeldevermerken in die Grundbücher geltend machten, wurde der Gesetzesantrag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen (Bundestagsdrucksache 17/1426, in: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701426.pdf; Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 43. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 20.05.2010 (Plenarprotokoll 17/43), in: http://www.aus-portal.de/media/Pl._Pr._17_43.pdf).*

Den Anliegen, die aus Rechtsvorschriften zur Klärung offener Vermögensfragen resultieren, stehen andere gegenüber, die das Ziel verfolgen, mit Hilfe der geschlossenen Grundbuchunterlagen den Rechtsinhalt von Eintragungen in den aktuellen Grundbüchern zu ermitteln. Ca. 30–40% der täglich eingehenden Grundbuchanfragen haben solche Rechercheersuchen zum Gegenstand. Die aktuellen Grundbücher enthalten Eintragungen, die bei Schließung der Vorgängergrundbücher aus diesen übertragen wurden. Dazu gehören Eintragungen zum Eigentümer, zu grundstücksbezogenen Rechten (Grunddienstbarkeiten wie z. B. Wegerechte, Vorkaufsrechte oder Auflassungsvormerkungen) oder Eintragungen zu Hypotheken und Grundschulden. Grunddienstbarkeiten (Wegerechte) und Vorkaufsrechte wurden vielfach schon im 19. oder gar schon im ausgehenden 18. Jahrhundert grundbuchlich gesichert. Wenn diese Rechte nicht auf Antrag des Grundstückseigentümers und nach Bewilligung der Berechtigten zur Löschung kamen, bleiben sie unverändert in den Grundbüchern erhalten und wandern mit dem belasteten Grundstück von dem Grundbuchblatt, in dem sie erstmals zur Eintragung gelangten, auf alle Nachfolgegrundbuchblätter zu diesem Grundstück mit. Die Unterlagen, die diese Eintragungen begründen (Verträge, Bewilligungen, Anträge, Schuldurkunden), verbleiben jedoch in den Grundakten zu dem dann geschlossenen Grundbuch, in dem die Eintragung des Rechts zuerst erfolgte. Zusammen mit den geschlossenen Grundbüchern gelangten die dazugehörigen Grundakten in die Altregistraturen der Grundbuchämter und von dort – bei Schließung vor dem 3. Oktober 1990 – spätestens in den 1990er Jahren in das BLHA.

Zur Ermittlung des Rechtsinhalts solcher Eintragungen, für die Beurteilung ihrer Rechtsrelevanz und für eine ggf. vorzunehmende Löschung benötigen die damit befassten Behörden Kopien der älteren Grundbücher und/oder (auch) Kopien der damit verbundenen Dokumente (Verträge, Urkunden, Bewilligungen u. ä.) aus den geschlossenen Grundakten. Archivarische Kenntnisse und insbesondere gute Lesefertigkeiten sind für die oft besonders zeitaufwändigen Recherchen unabdingbar, zumal die angeforderten Unterlagen bis weit in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Bei Recherchen nach Eintragungsunterlagen zu diesen Rechten besteht die Aufgabe des Archivars zunächst darin, das Recht in den Grundbüchern auf das Grundbuch zurückzuverfolgen, in dem es zuerst eingetragen wurde. Die Kenntnis dieses Grundbuches ermöglicht wiederum die Feststellung, ob die betreffende Grundakte im Bestand nachzuweisen ist und dann – wenn die Akte vorhanden ist – das Aufspüren der Verträge, Bewilligungen oder Urkunden zum Recht darin oder – davon ausgehend – Recherchen nach eventuell weiter in Betracht kommenden Grundakten.

Die Rechercheersuchen zu Grundbüchern und Eintragungsunterlagen jenseits der Klärung offener Vermögensfragen entspringen sehr unterschiedlichen Verwaltungsinteressen. Nachfolgend seien stellvertretend einige dieser Behörden und Institutionen genannt, die ihre Verwaltungsaufgaben nur unter Einbeziehung der geschlossenen Grundbuchunterlagen zu lösen vermögen und daher seit Jahren das BLHA um Recherchen ersuchen:

- Die Grundbuchämter bei den Amtsgerichten fordern Grundbuchkopien und Verträge aus den Grundakten an, um Eintragungen in den aktuellen Grundbüchern zu prüfen. Auch die Nachlassabteilungen oder Hinterlegungsstellen bei den Amtsgerichten benötigen für ihre Aufgaben Kopien aus den geschlossenen Grundbuchunterlagen.
- Die Kataster- und Vermessungsämter benötigen für die Löschung von Rechten in aktuellen Grundbüchern, die auf Eintragungen in geschlossenen Grundbüchern zurückgehen, Grundbuchkopien und die diese Rechte begründenden Dokumente (Verträge, Bewilligungen). Nur anhand dieser Unterlagen können sie über Anträge zur Bescheinigung der Gegenstandslosigkeit grundstücksbezogener Rechte entscheiden und sogenannte Unschädlichkeitszeugnisse ausstellen.
- Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als zuständige Dienststelle des Bundes für die Erteilung von Löschungsbewilligungen für gegenstandslos gewordene Rechte (vor allem Vorkaufsrechte, Auflassungsvormerkungen) in Abteilung II des Grundbuches zugunsten der öffentlichen Hand (Gemeinde/Stadt/Landkreis/Land/Bund) ist hierfür auf die Eintragungsunterlagen in den Grundakten angewiesen. Entweder fordert sie hierfür selbst die Unterlagen an oder verweist die Betroffenen, die diese Löschungsbewilligung bei ihr beantragt haben, für Recherchen an das BLHA.
- Die KfW Bankengruppe, die als Rechtsnachfolger der Staatsbank Berlin deren Forderungen übernommen hat (Grundpfandrechte zugunsten aufgelöster ehemaliger öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute), benötigt zur Erteilung von Löschungsbewilligungen Kopien der Grundbücher und der Eintragungsunterlagen (Schuld- und Abtretungsurkunden, Löschungsbewilligungen und -anträge) zu diesen Rechten.
- Die für die Vorbereitung und Durchführung von Bodenordnungs- und Flurbereinigungsverfahren vom Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung beauftragten Firmen und Institutionen (Vermessungsbüros, Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung) müssen in Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes und des Landwirtschafts-

anpassungsgesetzes[10] u. a. die beteiligten Grundstücke und die Inhaber grundstücksbezogener Rechte (z. B. Wegerechte, Vorkaufsrechte) feststellen. Dafür sind Recherchen nach älteren Grundbüchern und in den Grundakten nach Eintragungsunterlagen zu den Rechten erforderlich.

- Amtsgerichte oder gerichtlich bestellte Gutachter fordern für die Verkehrswertermittlung bei Zwangsversteigerungsverfahren Verträge und Bewilligungen für Rechte (Wegerechte, Baubeschränkungen) aus den geschlossenen Grundakten an.
- Eine Reihe von Behörden nimmt Aufgaben als „gesetzlicher Vertreter" „herrenloser" Grundstücke wahr. Mit Hilfe der Recherchen im BLHA soll die Identität des im aktuellen Grundbuch verzeichneten Eigentümers festgestellt und ggf. Ansatzpunkte für die Suche nach eventuellen Erben ermittelt werden. Das Bundesamt für zentrale Dienst und offene Vermögensfragen, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie Stadt- und Kreisverwaltungen aus dem Land stellen für diese Aufgabe Anfragen an das BLHA zu den in den Grundakten vorhandenen Personendaten (Geburts-/Sterbetag, Anschriften) und bitten um Kopien der Vertragsunterlagen aus den Grundakten.
- Ausgleichsämter aus Berlin und aus den alten Bundesländern bitten für die Prüfung eventueller Rückforderungen nach § 349 LAG[11] um Kopien von Grundbüchern und Eintragungsunterlagen aus den Grundakten.

Die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen den aktuellen Grundbüchern, die in den Amtsgerichten geführt werden, und den geschlossenen Grundbuchunterlagen bedeuten eine fortdauernde Arbeitsaufgabe für das BLHA. Mit ihren exakten und detaillierten Informationen über die Rechtsverhältnisse von Grundstücken erweisen sich die geschlossenen Grundbücher und -akten im Bestand des Zentralen Grundbucharchivs im BLHA – über die Klärung offener Vermögensfragen hinaus – als entscheidende und unverzichtbare Quelle für die Klärung von Rechtsfragen zu Grundstücksverhältnissen im Land Brandenburg. Die Benutzung wird deshalb durch die dargestellten rechtlichen Anliegen bestimmt. Zunehmend wenden sich aber auch Historiker, Ortschronisten und Genealogen der Grundbuch- und Grundaktenüberlieferungen zu, um den unbestritten hohen Quellenwert dieser Unterlagen für ihre Forschungen zu nutzen. Es ist absehbar, dass diese Tendenz in den nächsten Jahren noch ansteigen wird und sich hier ein weiterer Schwerpunkt in der Tätigkeit der Beschäftigten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs herausbildet.

Kontakt
Brandenburgisches Landeshauptarchiv
Frank Schmidt
Zum Mühlenberg, 14469 Potsdam OT Bornim
poststelle@blha.brandenburg.de

10 Flurbereinigungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546) und Landwirtschaftsanpassungsgesetz in der Fassung vom 03.07.1991 (BGBl. I S. 1410) sowie Gesetz über die ländliche Entwicklung und zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes und des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes im Land Brandenburg (Brandenburgisches Landentwicklungsgesetz – BbgLEG) vom 29.06.2004 (GVBl. I, S. 298).

11 Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz – LAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.06.1993 (BGBl. I S. 845; 1995 I S. 248).

Neuerscheinungen aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv 2011

Matthias Helle: Nachkriegsjahre in der Provinz. Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945 bis 1952
(Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte 4), Berlin 2011, 373 S., Abb., 1 Karte, 30,00 Euro. ISBN 978-3-86732-111-2.

Clemens Bergstedt, Heinz-Dieter Heimann, Knut Kiesant, Peter Knüvener, Mario Müller, Kurt Winkler (Hg.): Im Dialog mit Raubrittern und Schönen Madonnen. Die Mark Brandenburg im späten Mittelalter
Begleitband zum Ausstellungsverbund „Von Raubrittern und Schönen Madonnen“ 2011/2012
(Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte 6), Berlin 2011, 460 S., 300 Abb., 30,00 Euro. ISBN 978-3-86732-118-1.

Jan Winkelmann: Die Mark Brandenburg des 14. Jahrhunderts. Markgräfliche Herrschaft zwischen räumlicher „Ferne“ und politischer „Krise“
(Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte 5), Berlin 2011, 371 S., Abb., 30,00 Euro. ISBN 978-3-86732-112-9.

Heinz-Dieter Heimann, Klaus Neitmann (Hg.): WAS PAPST UND KAISER DURCH IHR WORT BESCHÜTZEN. Das Zisterzienserkloster Dobrilugk in mittelalterlichen Urkunden und Siegeln.
Bearbeitet von Sascha Bütow
(Einzelveröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs XIII), Potsdam 2011, 32 S., Abb., 3,00 Euro. ISBN 978-3-9810642-8-5.
Bestellung über: Stadtverwaltung Doberlug-Kirchhain, info@doberlug-kirchhain.de

Heinrich Jobst Graf von Wintzingerode: Schwierige Prinzen. Die Markgrafen von Brandenburg-Schwedt (1692–1788)
(Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 61), Berlin 2011, 758 S., Abb., 78,00 Euro. ISBN 978-3-8305-1881-5.

Neuerscheinung aus der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken

Mario Glauert, Hartwig Walberg (Hg.): Archivmanagement in der Praxis
(Veröffentlichungen der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken 9), Potsdam 2011. 278 S., 10,00 Euro. ISBN 978-3-9810642-9-2.
Bestellung über Brandenburgisches Landeshauptarchiv: Tel. 0331 5674-211, poststelle@blha.brandenburg.de

---

Thomas Mietk (Hg.): Archivwesen im Landkreis Dahme-Spreewald. Beiträge zur Einweihung des Kreisarchivs in Luckau 2011
(Einzelveröffentlichungen des Kreisarchivs Landkreis Dahme-Spreewald 2), Lübben 2011, 102 S., 12,00 Euro. ISBN 978-3-00-036208-8.
Bestellung über: Kreisarchiv des Landkreises Dahme-Spreewald, Nonnengasse 3, 15926 Luckau; Tel.: 03544 5573790; archiv@dahme-spreewald.de.

Aus der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv:

Wie können Erschließungsrückstände aufgearbeitet werden? Oder ist es ein Kampf gegen Windmühlen?

Ireen Schulz

„Das weitere Verschieben des Problems [Erschließungsrückstand] auf unbestimmte („bessere“) Zeit bedeutet in der Konsequenz, den Schredder durch die Kehrschaufel zu ersetzen.“[1]

Noch immer ist nicht viel in der deutschen Archivlandschaft passiert, seit der Unternehmensberater Gerd Schneider 2003 seinen Eröffnungsvortrag auf dem 8. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg hielt. Es ist allgemein bekannt, dass Erschließungsrückstände zur Normalität fast jeden Archivs gehören. Doch bisher haben sich vorrangig Staatsarchive an das unbeliebte Thema „Aufarbeitung von Erschließungsrückständen“ gewagt. Dabei bilden die Kommunalarchive, allein im Land Brandenburg mit 64 Vertretern[2], die größte Archivsparte. Diese Archive widerspiegeln das gesellschaftliche Leben der Städte, Gemeinden, Kreise und Gebietskörperschaften und besitzen eine nicht unwesentliche Bedeutung für die Geschichtsschreibung. Jedoch haben sich die Kommunalarchive dieser Herausforderung noch nicht angenommen.

Im Rahmen meiner Diplomarbeit zum Thema „Strategien zur Aufarbeitung von Erschließungsrückständen in Kommunalarchiven“ interviewte ich beispielhaft drei brandenburgische Kreisarchive zu ihrem Problem- und Handlungsbewusstsein und ihren bisherigen Maßnahmen zur Behebung der Arbeitsrückstände. Aus den Interviews geht hervor, dass die Rückstände der Erschließungsarbeit einerseits aus dem heutigen Personalmangel in den Kreisarchiven und andererseits aus den Archivmissständen der DDR-Zeit[3] resultieren. Darüber hinaus sind Erschließungsrückstände u. a. auf fehlendes Problem- und Handlungsbewusstsein der Archive sowie hemmende Archivtraditionen zurückzuführen. Doch was sollte ein brandenburgisches Kommunalarchiv als Erstes tun, um mit der Aufarbeitung seiner Erschließungsrückstände zu beginnen? – Die folgenden Überlegungen stellen dazu Denkanstöße und Anregungen dar.

Erste Phase: keine neuen Erfassungsrückstände entstehen lassen

Wenn über die Aufarbeitung von Erschließungsrückständen gesprochen wird, denkt man sofort an Erschließungsprojekte mit Zeitplänen und Ergebnismessungen. Doch vielmehr beginnt die Aufarbeitung von Erschließungsrückständen damit, dass keine neuen Erfassungsrückstände entstehen.[4] Dafür können bspw. die Angaben zum Archivgut aus elektronischen Übernahmelisten genutzt werden.[5] So ist es bei der Archivdatenbank „Augias-Archiv“[6] möglich, Übernahmeliste im MS Excel- oder MS Access-Format zu importieren. Darüber hinaus können sogar die importierten Erfassungsdaten von den eigentlichen Erschließungsdaten differenziert werden. Vor der Nutzung von Datenbanksystemen für die Archivarbeit lagen Findkarteien oder Findbücher und Übernahmeliste als Findhilfsmittel getrennt von einander vor. Der Import von Übernahmelisten in die Archivdatenbank ermöglicht

1 *Gerd Schneider: Archive zwischen Risiko und Chance: Interner Umgang mit externen Bedingungen, in: Stefanie Unger (Hg.): Archive und ihre Nutzer – Archive als moderne Dienstleister. Beiträge des 8. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg. Marburg: 2004, S. 22.*

2 *Vgl. Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (Hg.): Brandenburgisches Archivportal (http://www.landeshauptarchivbrandenburg.de/netCmsFrames.aspx?PageID=58&NavIndex=3.1 [09.01.2012]).*

3 *So geht aus der Analyse der Staatlichen Archivverwaltung des MdI der DDR von 1990 hervor, dass zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in den Kommunalarchiven der neuen Bundesländer bereits 50% unerschlossenes Archivgut vorlag und mit wenig Fachpersonal erschlossen wurde. Vgl. Staatliche Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR (Hg.): Untersuchung über den Status und die zweckmäßige Unterstellung der Kreis- und Stadtarchive. Analyse und Schlußfolgerungen, Potsdam 1990 (in der Registratur der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv).*

4 *Vgl. Anikó Szabó: Konzept für eine Erschließungsstrategie im Landesarchiv Saarbrücken – Ermittlung des Ist-Zustands und Prioritätenbildung. Diplomarbeit an der Fachhochschule Potsdam 2005, S. 57.*

5 *Die thüringischen Staatsarchive und das Sächsische Staatsarchiv importieren bereits Abgabelisten der Behörden in ihre Archivdatenbank. Vgl. Uwe Grandke: Behördliche Metadaten verändern den Archivalltag, in: Archive in Thüringen 1 (2003), S. 9–11; Thekla Kluttig: Das Ende archivarischer Verzeichnung? Zur Nutzung von Metadaten aus Justiz und Verwaltung, in: Frank M. Bischoff (Hg.): Benutzerfreundlich – rationell – standardisiert. Aktuelle Anforderungen an archivische Erschließung und Findmittel. Beiträge zum 11. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg. Marburg: 2007, S. 121 – 134).*

6 *Aus den Interviews geht hervor, dass die Brandenburgischen Kommunalarchive vorrangig mit der Archivdatenbank „Augias-Archiv“ arbeiten und oftmals das Basis- oder Gesamtpaket verwendet wird. Laut Produktbeschreibung der Fa. Augias-Data steht der Import-Assistent für Basis- und Gesamtpaket wie auch die XL Variante zur Verfügung. Vgl. http://www.augias.de/homepage/pdf/AUGIAS-Archiv83_WEB.pdf [09.01.2012].*

das zentrale Speichern von Erfassungs- und Erschließungsdaten zum Archivgut in einem Medium. So liefert die Archivdatenbank wichtige Basisinformationen zum Archivgut bei einer späteren Erschließung. Um jedoch elektronische Übernahmelisten importieren zu können, sollte nicht nur der Arbeitsablauf standardisiert, sondern auch eine Dokumentvorlage für die Übernahmeliste vorhanden sein. Dafür könnte die technische Unterstützung der hausinternen IT-Abteilung genutzt werden. Zudem stellen standardisierte elektronische Übernahmelisten auch eine Erleichterung des Abgabeprozesses von Schriftgut an das Archiv für die Verwaltung dar.
Aus den Interviews mit den brandenburgischen Kreisarchiven geht hervor, dass überwiegend nach dem nationalen Erschließungsstandard OVG gearbeitet wird. Dies ist auch in der Archivtradition der neuen Bundesländer begründet. Jedoch war erstaunlicherweise der seit 1994 bestehende internationale Erschließungsstandard ISAD(G) keinem Archiv in den Interviews bekannt. Dabei bietet insbesondere dieser Standard eine enorme Arbeitserleichterung für die Erschließung von Archivgut in kleinen kommunalen Archiven.

Exkurs: ISAD(G)
ISAD(G)[7] stellt ein mehrstufiges Erschließungsmodell dar (vgl. Abb. 1), welches den Kontext, die hierarchische Struktur und die einzelnen Teile des Archivguts abbildet.[8]

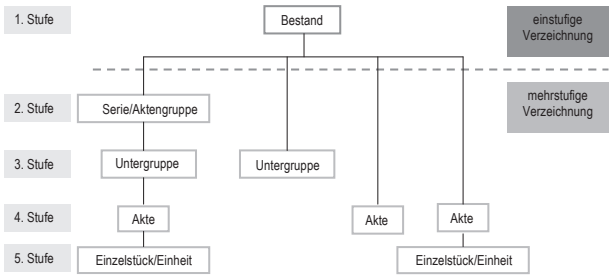
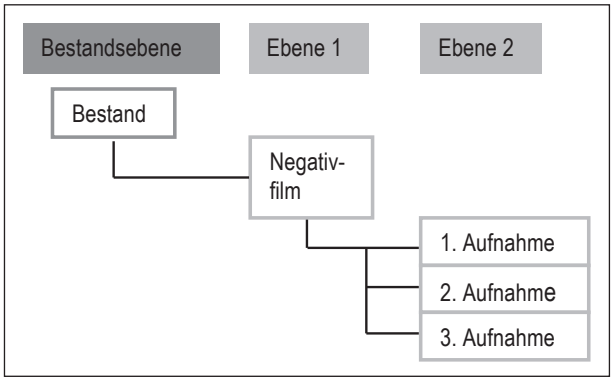
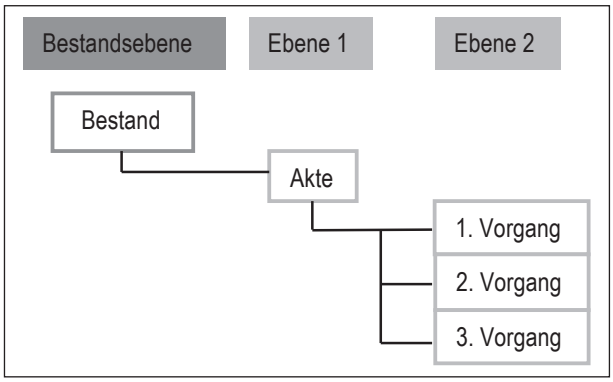


Abb. 1: Erschließungsmodell nach ISAD(G)

Dabei geht ISAD(G) von einer prinzipiellen Verzeichnung auf Bestandsebene aus, die je nach Priorität sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt tiefer erschlossen werden kann. Demnach muss ein Bestand nicht bis auf Aktenebene erschlossen sein, um benutzt werden zu können. Das bedeutet jedoch nicht, dass für jeden Bestand eine Erschließung auf Bestandsebene ausreicht. So eignet sich diese bspw. bei kleinen Beständen oder solchen mit massenhaft gleichförmigen Akten wie Personalakten. Die Erschließung nach ISAD(G) ermöglicht daher insbesondere in Archiven mit einer geringen Mitarbeiterzahl, wie bspw. den brandenburgischen Kommunalarchiven, einen schnelleren Zugang und Benutzung des Archivguts.
Mittlerweile soll ein Großteil der verwendeten Archivdatenbanken in Deutschland auf ISAD(G) aufbauen.[9] Die folgenden Beispiele 1 und 2 beziehen sich auf die Archivdatenbank „Augias-Archiv".



Beispiel 1: Erschließung von Negativfilm (Rollfilm oder in Streifen geschnitten)



Beispiel 2: Erschließung von Akten mit Vorgängen

7 *Vgl. Rainer Brüning/Werner Heegewaldt/Nils Brübach (Bearb.): ISAD(G) – Internationale Grundsätze für die archivische Verzeichnung. Durchges. Nachdruck der 2. überarb. Ausgabe. Marburg 2006, S. 2.*

8 *Vgl. Edgar Kutzner: Paradigmenwechsel: Von Papritz zu ISAD(G) und EAD, in: Archivar 61 (2008) 3, S. 270.*

9 *Laut der Transferarbeit von Andreas Berger zum Thema Erschließungssoftware berücksichtigen u. a. HADIS, Augias-Archiv, scope und V.E.R.A. den internationalen Erschließungsstandard ISAD(G (Stand: April 2005). Vgl. http://www.lwl.org/waa-download/pdf/Transferarbeit_Berger.pdf, S. 41, S. 43–45 [09.01.2012].*

Doch worin liegen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von OVG und ISAD(G)?[10]

Erschließungsstufen nach Staatlichen Archivverwaltung des MdI der DDR	Erschließungsstufen nach ISAD(G)		Augias-Archiv
territoriale und institutionelle Zuständigkeit			Keine Abbildung
Gesamtbestand und Tektonik des Archivs			Beständeübersicht
Bestand(sbildung)	Bestand	einstufige Verzeichnung zur Erschließung des Bestands als Ganzes	Angaben im Bestandsformular sowie den Bestands- und Tektonikeigenschaften
Innere Ordnung			
Verzeichnung des Bestands in seinen Verzeichnungseinheiten			
Aktengruppe	Serie/ Aktengruppe	mehrstufige Verzeichnung zur Erschließung von einzelnen Teilen bis hin zu Einzeldokumenten eines Bestands	Festlegung im Bestandsformular: ▪ innerhalb eines Bestands stehen fünf Verzeichnungsebenen zur Verfügung ▪ die Verwendung der Verzeichnungsebene ist dem Archiv überlassen
	Untergruppe		
Akte	Akte		
Dokument	Einzelstück/ Einheit		

Abb. 2: Gegenüberstellung verschiedener Erschließungsstufen.

So unterscheidet bereits die Erschließungstheorie der Staatlichen Archivverwaltung der DDR zwischen verschiedenen Erschließungsstufen (vgl. Abb. 2).[11] Diese setzten im Gegensatz zur ISAD(G) bei der Einordnung der territorialen und institutionellen Zuständigkeit des Archivs an. Dagegen beginnt die Stufenerschließung nach ISAD(G) erst auf Bestandsebene. Wiederum die Erschließungsstufen Aktengruppe, Akte und Dokument werden bereits in der OVG unterschieden. Die Erschließung auf Bestandsebene ist auch keine Neuheit, da sie dem Zentralen Bestandsnachweis des Staatlichen Archivfonds der DDR ähnelt.[12] Jedoch besteht der wesentliche Unterschied zwischen OVG und ISAD(G) in der Erschließungsrichtung.[13] Während nach OVG ausgehend von der Akte, der Aktengruppe oder dem Dokument der Bestand erschlossen wird, sieht ISAD(G) grundsätzlich eine Erschließung auf Bestandsebene vor. Darüber hinaus wird pro Bestand entschieden, ob dieser sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt auf tieferen Erschließungsstufen erschlossen werden soll.

Der Bau eines Fachwerkhauses veranschaulicht die Funktion von ISAD(G) und OVG für die Erschließung. Dabei stellt ISAD(G) das Balkengerüst zur Verfügung, indem die Erschließungsstruktur in Form der Erschließungsstufen und die Erschließungsrichtung in Form der Verzeichnung vom Allgemeinen (Bestand) zum Besonderen (Einzelstück) vorgegeben werden. Lehm und Stroh als Baumasse liefert die OVG, welche das archivarische Handwerk der inhaltlichen Erschließung darstellt.

Zweite Phase: eigenen Erschließungsstandard definieren

Um beide Standards für die Erschließung auch in (brandenburgischen) Kommunalarchiven zu nutzen, bietet es sich an, eine eigene Erschließungsrichtlinie zu erarbeiten. Aufgrund der gleichförmigen Archivstruktur der brandenburgischen Kommunalarchive wäre eine gemeinsame Erschließungsrichtlinie für alle Kommunalarchive des Landes Brandenburg denkbar. Inwieweit der Landesverband des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare oder die Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv dabei unterstützen können, sollte bei der Frage nach der Umsetzung berücksichtigt werden. Doch zunächst könnte jedes Kommunalarchiv seine eigene Richtlinie erarbeiten.

Seit 2001 haben bereits einige Staatsarchive hausinterne

---

10 Wie aktuell die Frage nach der Zeitmäßigkeit der OVG als nationaler Erschließungsstandard ist, verdeutlicht das 15. Archivwissenschaftliches Kolloquium der Archivschule Marburg mit dem Thema „Neue Strukturen – bewährte Methoden? Was bleibt vom Archivwesen der DDR" vom 23. bis 24.11.2010. Vgl. http://www.archivschule.de/forschung/archivwissenschaftliche-kolloquien/2010-neue-strukturen-bewaehrte-methoden/ [09.01.2012].

11 Archivverwaltung des MdI der DDR (Hg.): Taschenbuch Archivwesen der DDR, Berlin 1971, S. 80–85.

12 Vgl. Staatliche Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR (Hg.): Lexikon Archivwesen der DDR. Berlin 1976, S. 298.

13 Vgl. Kutzner: Paradigmenwechsel: Von Papritz zu ISAD(G) und EAD (wie Anm. 8), S. 274.

Erschließungsstandards definiert[14], mit dem Ziel, auch zukünftig für die Einheitlichkeit der Erschließungsergebnisse Sorge zu tragen und die Verzeichnungsgrundsätze am Beispiel der jeweiligen Erschließungssoftware zu veranschaulichen. Folglich dient eine Erschließungsrichtlinie der Qualitätskontrolle. Indem sie die Erschließungsgrundsätze widerspiegelt und Hilfestellungen bei der Benutzung der Archivdatenbank für Verzeichnungsarbeiten gibt, dient sie für unausgebildetes Archivpersonal als Anleitung und für ausgebildetes Archivpersonal als Reflektion der Erschließungsarbeit. Die Erschließungsrichtlinie sollte die Verzeichnung der einzelnen Archivgutgattungen berücksichtigen. Aufgrund der Schnelllebigkeit der Technik im digitalen Zeitalter und damit der Entstehung von neuen Archivgutgattungen kann es sich bei der Erschließungsrichtlinie nicht um ein starres Werk handeln.

Dritte und vierte Phase: Planungsgrundlage schaffen und Arbeitsergebnisse überprüfen

Um mit der tatsächlichen Aufarbeitung der Erschließungsrückstände zu beginnen, muss in der nächsten Phase eine Planungsgrundlage geschaffen werden. Dabei soll insbesondere die Erfassung des Erschließungszustands[15] des Archivguts helfen, Entscheidungen darüber treffen zu können, in welcher Reihenfolge Bestände erschlossen werden. Angaben zur Arbeitszeitverteilung[16] im Archiv und Arbeitszeitrichtwerte[17] sollen die Planung von den Erschließungsarbeiten erleichtern. Wird nach der Planungsphase mit der Aufarbeitung der Erschließungsrückstände begonnen, sollte der Arbeitsstand und die Arbeitsergebnisse gemessen und überprüft werden.

1. Phase: keine neuen Erfassungsrückstände entstehen lassen

- Elektronische Dokumentvorlage für Übernahmedatei erarbeiten und der Verwaltung zur Verfügung stellen
- zeitnaher Import von Übernahmelisten in die Archivdatenbank

2. Phase: eigenen Erschließungsstandard definieren

- Erschließungsrichtlinie erarbeiten

3. Phase: Planungsgrundlage schaffen

- Erschließungszustand erfassen
- Arbeitszeitverteilung und Arbeitszeitrichtwerte im Archiv ermitteln

4. Phase: Arbeitsergebnisse messen und überprüfen

- Controllinginstrumente nutzen: bspw. Visualisieren des Arbeitsstands und von Arbeitsergebnissen

Abb. 3: Beispiel-Schrittfolge zur Aufarbeitung von Erschließungsrückständen.

Bei der Aufarbeitung von Erschließungsrückständen handelt es sich keineswegs um einen Kampf gegen Windmühlen, sondern vielmehr um einen langen steinigen Weg, der in mehreren Etappen gegangen werden kann. Aufgrund ähnlicher Strukturen der brandenburgischen Kommunalarchive bietet sich deren gegenseitige Unterstützung bei der Erarbeitung von Strategien zur Aufarbeitung von Erschließungsrückständen an. Insbesondere die Überarbeitung des Erschließungsstandards und die Entwicklung von neuen Beschäftigungsmodellen in der Erschließungsarbeit werden hier gefordert sein.

Kontakt
Ireen Schulz
Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
ireen.schulz@bundestag.de
http://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/index.html

14 *Landesarchiv Baden-Württemberg (http://www.landesarchiv-bw.de/web/46915 [09.01.2012]); Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (http://www.gda.bayern.de/aufgaben/erschliessung.php [09.01.2012]); Staatliche Archive Hessens (http://www.staatsarchiv-marburg.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMWK_15/HStAM_Internet/med/89e/89e4b411-c7bd-221f-3efe-f97ccf4e69f2,22222222-2222-2222-2222-222222222222 [09.01.2012]); Sächsisches Staatsarchiv (http://www.archiv.sachsen.de/download/Erschliessungsrichtlinie.pdf [09.01.2012]); Staatliche Archive in Nordrhein-Westfalen (http://www.archive.nrw.de/dok/vera/fachkonzept.pdf [09.01.2012]).*

15 *Vgl. Sächsisches Staatsarchiv (Hg.): Erschließungsrichtlinie des Sächsischen Staatsarchivs. Stand: 20.05.2010, (wie Anm. 14); Barbara Hoen/Sebastian Geßmann: Die Schönheit der Chance. Erschließungsstandards im Landesarchiv NRW, in: Archivar 61 (2008) 1, S. 72–73; Anikó Szabó: Konzept für eine Erschließungsstrategie im Landesarchiv Saarbrücken – Ermittlung des Ist-Zustands und Prioritätenbildung, Diplomarbeit an der Fachhochschule Potsdam 2005, S. 50–52; Bernd Kappelhoff: Langfristige archivische Arbeitsplanung und rationeller Ressourceneinsatz. Ergebnisse einer Organisations- und Beständeuntersuchung in den niedersächsischen Staatsarchiven, in: Stefanie Unger (Hg.): Archive und ihre Nutzer – Archive als moderne Dienstleister. Beiträge des 8. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg. Marburg 2004, S. 127–133.*

16 *Arbeitszeitverteilung: Wie viel Arbeitszeit steht für die Erschließung von Archivgut pro Mitarbeiter im Archiv zur Verfügung?*

17 *Arbeitszeitrichtwerte: Wie viel Zeit wird als Richtwert pro Archivgutgattung für die Erschließung benötigt?*

Industriekultur in Brandenburg – Bausteine archivalischer Überlieferung

bearbeitet von Iris Berndt

Die Industrie- und Technikmuseen des Landes Brandenburg treten in der Öffentlichkeit vor allem durch ihre technischen Denkmale in Erscheinung. Daneben bewahren sie jedoch auch vielfältige schriftliche Überlieferung zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte Brandenburgs, und zwar nicht nur Akten, sondern auch etwa Fotografien, Zeichnungen, Pläne, Ton- und Bildträger und sogar Fachbibliotheken. Der Museumsverband des Landes Brandenburg hat diese Übersicht auf Initiative und in Kooperation mit der Fachgruppe der Technikmuseen im Land Brandenburg erarbeitet, um auf diese Bestände verstärkt aufmerksam zu machen und Partner für die vertiefende Erschließung des teilweise außerordentlich umfangreichen Materials zu gewinnen. Nach vorheriger Anmeldung und Absprache ist eine Nutzung der Bestände möglich.

Die hier veröffentlichte Übersicht ist auch online unter www.museen-brandenburg.de abrufbar. Sie wird laufend ergänzt.

Industriemuseum Brandenburg (Havel)
August-Sonntag-Str. 5, 14770 Brandenburg (Havel)
Tel. 03381 304646
stahlmuseum@aol.com

Die Stadt Brandenburg an der Havel ist ein traditioneller Industriestandort. Für den Beginn der industriellen Entwicklung stehen die ersten Textilfabriken von Julius Krüger und die Seidenfabrik von Meyer und Co. In den Gründerjahren entstanden die ersten großen metallverarbeitenden Betriebe, so die Elisabethhütte, die mechanischen Blechspielwaren von Ernst Paul Lehmann und die Brennaborwerke der Gebrüder Reichstein.
Die Stahlherstellung und Verarbeitung begann 1914. Für die Rüstungsindustrie wurden in den dreißiger Jahren des vorigen Jh. das Opelwerk und die Aradowerke errichtet.
In der DDR waren das Stahl- und Walzwerk, die IFA-Getriebewerke und das Werk für Gleisbaumechanik Kirchmöser die größten Industriebetriebe.

Stahl- und Walzwerk Brandenburg 1912–1993
Schriftgut: Teile des ehemaligen Betriebsarchivs, ca. 200 lfm (1920–1990)
Unterlagen, die für das Stahlwerk relevant waren, aber auch Material aus Betriebsteil Walzwerk Kirchmöser und Ilsenburg (gering), technische Unterlagen, auch Zeichnungen, sowie Konstruktionsunterlagen, ca. 200 Ingenieurarbeiten, Technologie- und Arbeitsanleitungen, Pläne und Kennziffern zur Stahlproduktion, Statistiken, Patentanmeldungen, Neuerervorschläge, Forschungsberichte, Schichtpläne, Telefonverzeichnisse, Arbeitsschutzberichte, Unterlagen zur Lehrausbildung, Urkunden und Auszeichnungen für Einzelpersonen sowie für Betrieb,
ca. 100 Brigadetagebücher, Aufzeichnungen zur Ferienplatzvergabe und zur Pausenversorgung

Fotos, Dias und Filme:
aus dem Stahl- und Walzwerk, auch aus anderen Kombinatsbetrieben (Fotos und Dias umfangreich, nicht gezählt)

Technische Bibliothek ca. 10.000 Bücher
hier Publikationen zur Stahlherstellung und Verarbeitung, auch diverse politische Literatur, Nachschlagewerke, Wörterbücher u.a.
Jahrgänge „Stahl- und Eisen“ von 1927–1944 einzelne, von 1953–2002 nahezu komplett
Jahrgänge „Neue Hütte“ von 1956–1970
Sammlung Gesetzblätter von 1950–1988
Betriebszeitung:
1950–1951 „Stahlwerk im Aufbau“
1951–1952 „Stahl für den Frieden“
1952–1953 „Stahl für den Aufbau des Sozialismus“
1953–1954 „Stahl für den Frieden“
1954–1957 „Brandenburger Stahlwerker“
1957–1989 „Roter Stahl“
1990–2000 weitere Ausgaben

Hinweis:
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 502 Stahl- und Walzwerk Brandenburg (1942–1988; 123 lfm)

Weißgerbermuseum Doberlug-Kirchhain
Potsdamer Straße 18, 03253 Doberlug-Kirchhain
Tel. 035322 2293
weissgerbermuseum@doberlug-kirchhain.de
www.weissgerbermuseum.de

Dass Kirchhain schon im Mittelalter eine Handwerkerstadt mit regionaler Ausstrahlung war, wird u.a. durch die sehr zeitige Bestätigung des Kirchhainer Marktrechtes 1253 deutlich. Die frühe Marktverleihung wirkte jedenfalls fördernd auf den Handel und die Ansiedlung von Handwerkern. Die Stadt besaß daher schon in der frühen Neuzeit eine vollausgebildete Zunftstruktur.
Somit waren auch die Berufsgenossenschaften, also die Innungen, nachweislich sehr früh in Kirchhain ansässig:

die Tuchmacherinnung 1624, die Bäckerinnung 1625, die Tischlerinnung 1648, die Schuhmacher- und Fleischerinnung 1657, die Innung der Schmiede 1661, die Seilerinnung 1673, die Böttcherinnung 1677, die Innung der Leineweber 1678 und die der Kürschner 1724.

Gewerk der Gerber und Schuhmacher 1684–1990
Schriftgut: 140 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung
Medien: ca. 450 Medien in Fachbibliothek des Gerberhandwerks

Gewerk der Schmiede 1686–1927
Schriftgut: 74 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Gewerk der Seiler 1549–1857
Schriftgut: 48 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Gewerk der Fleischer 1612–1927
Schriftgut: 25 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Gewerk der Töpfer 1659–1810
Schriftgut: 17 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Gewerk der Tischler und Böttcher 1667–1902
Schriftgut: 4 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Gewerk der Schneider und Weber 1666–1933
Schriftgut: 119 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Gewerk der Müller 1710–1944
Schriftgut: 29 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Gewerk der Bäcker 1625–1936
Schriftgut: 172 Schriftdokumente bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Ziegelei Hennersdorf 1897–1950
Schriftgut: 20 Firmenbücher bzw. Akten
betr. Betriebsteile, soziale Einrichtungen, Personalunterlagen, Forschungsberichte, Handelsbeziehungen, Auftragsmappen, Lehrausbildung

Technisches Denkmal und Museum Brikettfabrik „Louise“ Domsdorf
Louise 111, 04924 Domsdorf
Tel. 035341 94005
TD_Brikettfabrik_Louise@t-online.de

Mitte der 1870er Jahre begann in den Dörfern des heutigen Landkreises Elbe-Elster der Abbau von Braunkohle, denn die Flöze begannen hier nur einige Meter unter der Erdoberfläche. Aus der agrarisch geprägten Region wurde in wenigen Jahrzehnten ein Zentrum des Bergbaus, über 30 Gruben gab es hier. Bis zum Anfang des 20. Jh. baute man die Kohle im Tiefbau ab, dann folgte der Tagebau, der im Gebiet des heutigen Landkreises Elbe-Elster weitgehend beendet ist.

Die Brikettfabrik „Louise“ war 1882 auf die Tiefbaugrube „Louise“ errichtet, um den Transport von Rohkohle zu vermeiden. Die 1992 stillgelegte Brikettfabrik ist heute Technisches Denkmal und trotz einiger späterer Modernisierungen die älteste erhaltene Brikettfabrik Europas. Unweit von Domsdorf, im Tagebau Plessa, wurde im September 1924 die erste Förderbrücke der Welt entwickelt und in Betrieb genommen. Sie ist nicht erhalten. Technisches Denkmal und Besuchermagnet ist dagegen die erst 1986 in Betrieb genommene und 1991 bereits stillgelegte Förderbrücke bei Lichterfeld im ehemaligen Tagebau Klettwitz-Nord.

Brikettfabrik Louise (1882–1992)
Schriftgut: ca. 160 lfm
Betriebsunterlagen Brikettfabrik „Louise“ und weiterer Brikettfabriken im Landkreis Elbe-Elster: technische Unterlagen, Zeichnungen, Kesselbücher, Prüfbücher, Stammkarten, Betriebspläne, Auszeichnungen, weiterhin: technische Unterlagen Brikettfabrik 61, Brikettfabrik Wildgrube, Chronik Grube Hansa, ca. 1.000 Produktionsfotos Landmaschinenbau Tröbitz [früher Grube Hansa]), technische Zeichnungen BKK Senftenberg

Bibliotheksgut: Fachbibliothek: Elektro, Geologie. Braunkohle, Dampf- und Wärmewirtschaft, einschl. div. Vor-

schriften, populärwissenschaftlich-naturwiss. Zeitschriften, Betriebszeitungen „Das Echo“ 1954–1970 und „Der Fortschritt“ 1970–1990

Hinweis:
Braunkohlenarchiv im Kreismuseum Bad Liebenwerda: Ca. 60 Ordner, Dokumentation von ca. 30 Braunkohlengruben im Landkreis Elbe-Elster (auch digital verfügbar, im Kreismuseum Bad Liebenwerda nachzufragen)

Brandenburgisches Textilmuseum Forst (Lausitz)
Sorauer Str. 37, 03149 Forst/Niederlausitz
Tel. 03562 97356
info@textilmuseum-forst.de
www.textilmuseum-forst.de

Die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung von Forst war eng mit der Herstellung von Tuchen verbunden. Mitte des 17. Jh. gründete sich in Forst die erste Tuchmacherinnung, nachdem mehr als 200 Jahre zuvor Forster Leineweber die Textilherstellung in dieser Gegend begonnen hatten. Doch erst Mitte des 19. Jh. begann in Forst der große industrielle Aufschwung mit der Aufstellung der ersten Dampfmaschine und der Einführung der Buckskin-Fabrikation durch Carl August Groeschke. Diese Entwicklung, der die Stadt auch die Bezeichnung Deutsches Manchester verdankt, endete mit dem Zweiten Weltkrieg. Mehr als 100 Jahre war die Textilherstellung der wichtigste Wirtschaftszweig in der Region. Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch infolge der politischen Wende 1989/90 und der Liquidation des VEB Forster Tuchfabriken produzieren derzeit nur noch zwei Textilbetriebe in der Stadt Forst.

VEB Forster Tuchfabriken (1948/1952–1992)
Foto- und Zeitungsarchiv (1950–1989)
Fotos: Positive ca. 5.500 Stück
Betriebszeitung „Forster Tuchmacher“ 1964–1989

Arbeiterin an der Zwirnmaschine, um 1960, (Foto: Erich Fabian, Rechte: Brandenburgisches Textilmuseum Forst).

Ingenieurfachschule Textilindustrie (1947–1993), Vorgängerschule seit 1885
Bibliothek: (Bestände aus dem gesamten Zeitraum der Fachschule und teilweise auch aus der Vorgängerschule) ca. 8.000 Stück
enthält: Fachbibliothek Textilindustrie einschl. div. Handreichungen, Vorschriften, Lehrbriefe, umfangreicher naturwissenschaftlich- populärwissenschaftlicher Buch- und Zeitschriftenbestand

Hinweis:
Archivalien zu Textilfabriken Forst (Lausitz) (Mitte 19.Jh.–1990) im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Rep. 907 Forster Tuchfabriken (1901–1990; 65,5 lfm), geringere Bestände auch im Kreisarchiv Spree-Neiße

Museumsdorf Baruther Glashütte
Hüttenweg 20, 15837 Baruth/OT Glashütte
Tel. 033704 980914
info@museumsdorf-glashuette.de
www.museumsdorf-glashuette.de

Die Baruther Glasfabrik wurde 1716 gegründet. Im 19. Jh. erlebte sie durch den weltweiten Absatz von Beleuchtungsglas ihre Blütezeit und stand als Solms'sche Glasfabrik unter der Regie der Baruther Grafen. In dieser Zeit war ihr als Filialbetrieb die Glashütte Friedrichsthal/Niederlausitz angeschlossen. Neben Lampenschirmen und -zylindern fertigte Baruth auch mundgeblasene Tafelgläser. Seit 1870 wechselte die Firmierung mehrmals. Von 1892 bis 1945 hieß sie Baruther Glashüttenwerke Alfred Kaiser. Nach einer Phase als VEB (1948–1980) wurde der Betrieb geschlossen. Das Glasmuseum betreibt einen Glasofen zur Bewahrung und Veranschaulichung historischer Fertigungstechniken, widmet sich der 300-jährigen Geschichte des Standortes, den Beziehungen von Glas und Wissenschaft und zeigt regelmäßig kulturhistorische Sonderausstellungen.

Baruther Glashütte (1716–1980)
Schriftgut: ca. 91 lfm (ca. 2.500 Akteneinheiten) (Ende 19. Jh.–1990)
Geschlossenes Betriebsarchiv für das 20. Jh., v.a. Betriebsorganisation, Rohstoffbeschaffung, Unterlagen zu Betriebsangehörigen

Hinweis:
Ältere Unterlagen wohl 1945 beim Brand der Solms'schen Hauptverwaltung in Baruth verloren gegangen, einzelne Bestände zum 18. und 19. Jh. in Landesarchiven in Potsdam und Dresden.

Sender- und Funktechnikmuseum Königs Wusterhausen
Funkerberg 20, Senderhaus 1, 15711 Königs Wusterhausen
Tel. 03375 294755 oder 03375 293601
www.funkerberg.de

Königs Wusterhausen liegt heute nur 10 km vom Berliner Stadtrand entfernt, ist die größte Stadt des Landkreises Dahme-Spreewald. 1375 wie viele andere Orte im Landbuch Karl IV. erstmals erwähnt, bekam sie erst 1935 das Stadtrecht. 1916 ging auf dem Funkerberg die Militärfunkstation Königs Wusterhausen in Betrieb. 1920 wurde von dort erstmalig in Deutschland Musik und Sprache in einem kleinen Weihnachtskonzert gesendet – die Geburtsstunde des Rundfunks in Deutschland. Bis 1995 wurde aus der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen gesendet, bekannt ist vor allem der aus Tegel umgesetzte Sender 21, der für den Berliner Rundfunk sendete.
Das 1995 eröffnete Sendermuseum stellt über 1.500 Geräte und Großtechnik aus der Sendertechnik und als besonderes Schaustück den 1948 von Berlin-Tegel nach Königs Wusterhausen verfrachteten 1000-PS-Dieselmotor aus, der immer noch in funktionsfähigem Zustand ist. Erhalten haben sich außerdem zwei Senderhäuser und ein Antennenmast von 1925, der 2010 saniert wurde und ein weithin sichtbares Zeichen der Rundfunkgeschichte ist.

Rundfunkgeschichte auf dem Funkerberg
Die Unterlagen der Rundfunkgeschichte auf dem Funkerberg aus der Zeit vor 1945 wurden bei Kriegsende, die aus der Zeit nach 1945 dann 1995 bei Schließung der Funksendestelle weitgehend vernichtet. Einzelne Funde und Teilbestände konnten geborgen werden.

Schriftgut: 19 lfm
überwiegend nach 1945, darunter viele Konstruktionsunterlagen, 1 Brigadetagebuch

Fotos und Medien: ca. 8.000 Stück, ca. 200 Medien, Kassetten/Videos/DVD zur Rundfunkgeschichte auf dem Funkerberg, dazu privater Nachlass: 3 Kisten mit Magnetbändern

Bibliothek: 3.400 Bücher und Zeitschriften
Fachbibliothek Bücher und zahlreiche Zeitschriften zur Funkgeschichte Königs Wusterhausen und zur Sendertechnik

Kunstgussmuseum Lauchhammer
Schaudepot Bronzeschule
Freifrau-von-Löwendal-Straße 3, 01979 Lauchhammer
Tel. 03574 860166
info@kunstgussmuseum.de
www.kunstgussmuseum.de

Eisen- und Bronzegießerei Lauchhammer (1725–1990)
Schriftgut: 24 Kisten, 21 Ordner, 1 Kartei (19. Jh.–1990)
24 Kisten (265 Stück) Dokumente zum Eisen- und Bronzeguss, z.B. Verkaufskataloge, Preislisten, Gehaltslisten, Tagebücher, Produktpalette, 21 Ordner Geschä ftsunterlagen 1942 bis 1964, Bildhauerkartei zu Bildhauern, die in Lauchhammer arbeiteten.

Fotos: ca. 5.000 Stück
Industriegeschichte Lauchhammer (ca. 1.500 Fotos), Bildarchiv Güsse (63 Ordner mit 3.108 Fotos), Glasnegative (675 Stück), Fotoalben

Fachbibliothek: ca. 15 lfm
ca. 200 Stück Bücher Eisen- und Bronzeguss, Künstler etc., Musterblätter (57 Ordner), Kataloge, Preislisten, Broschüren, Betriebszeitung „Der neue Hammer“ 1969–1990

Hinweis:
Kunstguss Lauchhammer GmbH produziert weiter mit dem Schwerpunkt Glockenguss, laufende Archivunterlagen ab 1950 dort zu erfragen.

HeimatMuseum Luckenwalde
Markt 11, 14943 Luckenwalde
Tel. 03371 672550 oder -551
museum@luckenwalde.de

Das 1216 erstmalig in einer Urkunde des Bistums Brandenburg als Stadt genannte Luckenwalde ist heute Kreisstadt des Landkreises Teltow-Fläming mit 24.000 Einwohnern. Die besondere Prägung als Garnisonsstandort seit 1800 und seit dem Bahnanschluss Berlin-Halle (ab 1841) durch vielfältige Industriezweige führte zu raschem Wachstum (1800: 3.650 Personen einschl. Militär; 1850 7.400 Einwohner; 1890: 18.400 Einwohner; 1925: 25.000 Einwohner). Die Industrieansiedlungen in der Stadt betreffen überwiegend Maschinen-, Gerätebau und Metallwaren, Möbel und Möbelbeschläge, Papierwaren, Baustoffe, Hüte, Tuche.

Maschinen-, Gerätebau und Metallwaren: Feuerlöschgerätewerk Koebe (gegr. 1878, zuletzt VEB Feuerlöschgerätewerk [FGL], Schraubenfabrik Zehden und Hülle, (gegr. 1881, seit 1887 als Neuhaus & Co, älteste Pulsometerfabrik der Welt), Bronzewarenfabrik E. Herzog &

Co. (gegr. 1882), VEB Wälzlagerwerk Willy Sägebrecht, VEB Kontaktbauelemente, VEB Blankschrauben

Hut- und Tuchfabriken: Wollhutfabrik Karl Goldschmidt, Hutfabriken Mendelsohn, Steinberg und Co., Hermann & Co., Damenhutfabriken Traugott Draband, Milberg u.a. (gegr. ab 1872, teilw. 1936–1945 als Norddt. Maschinenfabrik Rüstungsbetrieb, zu DDR-Zeiten als VEB Hutmoden, bis 1999 als Schröder & Co., VEB Volltuch

Möbel und Möbelbeschläge: Möbelbeschlagfabrik Hiltmann (gegr. 1895), Pappe- und Papier-Verarbeitungswerk Richard Grunewald (gegr. 1895), Luckenwalder Möbelfabrik Franz Hirschel (gegr. 1876), Möbelbeschlagfabrik A. Bartosik (gegr. 1878), Flügel- und Klavierfabrik Gebr. Niendorf (1896 gegr., 1972–1989 VEB Deutsche Piano-Union Leipzig – BT Luckenwalde, seitdem wieder als Firma Niendorf privat geführt)

Sonstige: VEB Innenraumgestaltung, VEB Baustoffwerk, VEB Luwal (Schuhfabrik), VEB Pappen und Papier, GPG Blütenfreude, VEB Plastverarbeitung, VEB Beschläge, VEB Märkische Möbelwerke Trebbin – Betriebsteil Luckenwalde, VEB Getränkeproduktion (Lucks-Bräu) und der Spirituosenhersteller Falckenthal – VEB Edelbrände und Spirituosen

Schriftgut: über die meisten Industriebetriebe Betriebschroniken, ausgewählte Dokumente – teilweise in Kopie, Brigadetagebücher

Fotobestände: ca. 4.000 Papierabzüge (ab ca. 1870, überwiegend nach 1945)

Bibliothek: Luckenwalder Zeitung vollständig ab 1841, Regionalliteratur

Stadt- und Technikmuseum Ludwigsfelde
Am Bahnhof 2, 14974 Ludwigsfelde
Tel. 03378 804620
museum-ludwigsfelde@arcor.de
www.museum-ludwigsfelde.de

Kern der Stadt Ludwigsfelde ist eine friderizianische Seidenweberkolonie. 1843 erhielt Ludwigsfelde Bahnanschluss an der Strecke Berlin-Köthen über Jüterbog, 1886 wurde das Bahnhofsgebäude errichtet, in dem sich heute das Museum befindet. Zur Stadt wuchs Ludwigsfelde erst mit der Errichtung des Flugzeugmotorenwerkes, der bald ein wichtiger Rüstungsbetrieb wurde, in dem tausende Zwangsarbeiter arbeiten mussten. Hatte der Ort 1933 noch 200 Einwohner, waren es 1939 fast 4.000. Nach Reparationen im Zweiten Weltkrieg beschloss die DDR den Wiederaufbau von Industrie an diesem Standort, der Schwerpunkt Fahrzeug- und Automobilindustrie wurde begründet. Nach 1990 gelangen zahlreiche Neuansiedlungen im Gewerbepark Ludwigsfelde, insbesondere in den Bereichen Fahrzeug- und Gerätebau, Verkehrstechnologie und Logistik.
Das Stadt- und Technikmuseum Ludwigsfelde zeigt in seinen Dauerausstellungsräumen die 75-jährige Industriegeschichte am Standort.

Daimler-Benz Flugzeugmotorenwerk (1936–1945)
Schriftgut: 0,40 lfm
Archivgut, Pläne

Fotos:
50 Stück aus der Zeit des Nationalsozialismus

VEB Industriewerke (1952–1965)
Schriftgut: 2 lfm
Archivgut aus der Aufbauphase des Werkes (Projekt M), 500 Originalzeichnungen AO bis A3 der Motorroller Pitty, Wiesel, Berlin und Troll sowie der Campy Anhänger, die in Ludwigsfelde produziert wurden, 0,1 lfm Unterlagen zum P3 (Armeefahrzeug Jeep), 0,1 lfm Transportkarre „Dieselameise“, 0,6 lfm Unterlagen zu den Rollertreffen und der Rollerproduktion von 1954–1964
Anmerkung: Die Unterlagen des KVD Motors befinden sich noch in Roßlau, sollen aber nach Ludwigsfelde kommen.

VEB IFA Automobilwerk (1965–1990)
Schriftgut: ca. 10 lfm
Betriebszeitungen „START“ 1965–1990 (komplett gebunden), Chronik „Schmiede und Gesenkbau“ 1988–1994, Brigadetagebücher (1,5 lfm), Prospekte der verschiedensten Varianten von W 50 und L 60 (3 lfm)

Fotos/Filme: insgesamt ca. 3.000 Stück Fotos/Dias, ca. 30 Filme
Fotos, DVD über den Aufbau 1988 „Schmiede und Gesenkbau“ und Verkauf des Werkes; 20 Filme, Werbefilme vom W 50; 3.000 Fotos s/w , Farbe und Dia-Positive der W 50- und L 60-Variationen

Instandsetzungswerk 1971–1990
Schriftgut: 0,3 lfm
Chroniken, Brigadebücher, Flyer

Diverse andere Betriebe, Rohrleitungsbau, Baureparaturen
Schriftgut 0,4 lfm
Chroniken, einzelne Dokumente und Bilder

Mercedes Benz (ab 1991)
Schriftgut: 0,5 lfm
Aufbau des modernen Lastkraftwagenwerkes in Ahrensdorf

Binnenschifffahrtsmuseum Oderberg
Hermann-Seidel-Straße 44, 16248 Oderberg
Tel. Museum 033369 470 oder 033369 539321
museum.oderberg@freenet.de
www.bs-museum-oderberg.de

Die durch Oderberg führende Handelsstraße, die Oder als bedeutender Wasserweg sowie die Vergabe des Niederlagsrechts im 13. Jh. bildeten die Grundlage regen Handels in der Region, von dem auch das Handwerk in großem Maße profitierte. In der Neuzeit bildeten Fischerei, Holzindustrie und Schiffbau neben dem Handwerk die Grundlage der Oderberger Wirtschaft, wobei der Schiffbau in der zweiten Hälfte des 19. Jh. einen sprunghaften Anstieg erlebte und ca. 200 Mitarbeiter beschäftigte.
Das ursprünglich 1954 als Heimatstube gegründete Museum berichtet auf drei Etagen in themenbezogenen Ausstellungsräumen über die wechselvolle Geschichte Oderbergs, wobei der Schwerpunkt inzwischen auf der Binnenschifffahrt im Odergebiet liegt. Die technische Entwicklung der Schiffe des Oderraumes und ihre Besonderheiten werden an Hand von Modellen, Abbildungen und Dokumenten dargestellt. Seit 1979 liegt der 1897 gebaute Seitenraddampfer RIESA an der Alten Oder im Museumspark.

Handwerks- und Innungsgeschichte 18.–20. Jh.
Schriftgut: Protokoll- und Kassenbücher von Handwerksinnungen (18.–19. Jh.), Protokoll- und Kassenbücher von Vereinen (19./20. Jh.), Steuerlisten (1902–1903), standesamtliche Familienbücher (1926–1942), Abrechnungsbücher Stadtarbeiter (1948–1957), Gefangenenbuch (1900–1970), Grundbuchsachen, Verwaltungsunterlagen, Zünfte, Unbedenklichkeitserklärungen zur Berufsausbildung (18. Jh.)

Bibliothek: Allgemeine und regionalkundliche Bibliothek (ca. 450 Bücher), darunter Preußische Jahrbücher von 1866–1927, Oderberger Zeitung (1875–1941, einzelne Jahrgänge fehlend)

Schifffahrt
Schriftgut ca. 20 lfm
Unterlagen der deutschen Schiffs-Revision und Klassifikation (DSRK): Baupläne, Schriftverkehr, Kesselrevisionen, Revisions- und Klassifikationsunterlagen „Weiße Flotte Dresden“ – hauptsächlich aus den 1950er bis 1970er Jahren

Bildmaterial: ca. 5.000 Fotos, einige Glasplatten (Oderberger Stadtansichten, Binnen-, Last-, Fahrgastschiffe), ca. 2.000 Dias (diverse Motive)

Fachbibliothek: ca. 450 Bücher zu Themen wie Häfen, Gewässer, Schiffe etc.

Technisches Denkmal „Gaswerk“ Neustadt (Dosse)
Havelberger Straße 25, 16845 Neustadt/Dosse
Tel. 033970 51187
gaswerk@neustadt-dosse.de

Keine Betriebsunterlagen Gaswerk Neustadt (Dosse) (1903–1980)

Hinweis:
Einzelfunde zu Unterlagen zum Gaswerk Neustadt/Dosse in verschiedenen Archiven, Stand der Aufarbeitung im Museum zu erfragen.

Hütten- und Fischereimuseum Peitz
Hüttenwerk 1, 03185 Peitz
Tel. 035601 34417
info@peitzer-huettenwerk.de
www.peitzer-huettenwerk.de

Das Eisenhütten- und Hammerwerk Peitz wurde Mitte des 16. Jh. durch den brandenburgischen Markgrafen Johann von Küstrin im Zusammenhang mit dem Bau der Peitzer Festung und der Anlegung der Karpfenteiche gegründet. Die vorindustrielle Anlage wurde bis in das 19. Jh. hinein mehrfach modernisiert und umgebaut, wobei jeweils die neuesten Technologien zum Einsatz kamen. Die heutigen Werksgebäude stammen aus der 1. Hälfte der 19. Jh. Einmalig ist die historische Hochofenhalle von 1810, in der auch noch die originale technische Ausstattung zu besichtigen ist.

Keine Betriebsunterlagen Eisenhütte Peitz (1550–1858)

Hinweis:
Unterlagen 20. und 21. Jh. Fischerei in Peitz (seit 16. Jh.) über Peitzer Edelfisch Handelsgesellschaft mbH zu erfragen, Bestände auch im Brandenburgischen Landeshauptarchiv

Historische Mühle Potsdam
Maulbeerallee 5, 14469 Potsdam
Tel. 0331 5506851
info@historische-muehle-potsdam.de
www.historische-muehle-potsdam.de, www.muehlenvereine-online.de

Die Holländerwindmühle am Schloss Sanssouci gehört zu den bekanntesten Mühlen deutschlandweit. Bereits 1738 gab es am Standort eine Bockwindmühle, die zur Verarbeitung von Getreide genutzt wurde. Sie wurde wegen Baufälligkeit in den Jahren 1787–91 durch eine Windmühle nach holländischer Bauart ersetzt und war bis 1858 in Betrieb, die jetzige Mühle ist ein Wiederaufbau

von 1993. Um diesen Mühlenstandort rankt sich eine Legende, wonach sich Friedrich II. an dem Geklapper der Mühle störte und den Müller Grävenitz aufforderte, seine Mühle abzureißen. Der Müller drohte jedoch mit dem Gang vor das Kammergericht, und der König fügte sich letztendlich seinem Schicksal.
Seit 1995 betreibt die Mühlenvereinigung Berlin-Brandenburg e.V. die Windmühle im Auftrag der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg als Museum. Neben dem Museumsbetrieb wird Fachberatung an historischen Mühlen für Denkmalbehörden, Eigentümer und Betreiber durchgeführt.

Mühlenstandortarchiv Brandenburg
Schriftgut: Ablage mit Literaturhinweisen, teilw. Kopien, Fotos, Korrespondenzen, Betriebsunterlagen zu ca. 1.000 Mühlenstandorten im Land Brandenburg

Fotos: Sammlung von historischen Ansichtskarten zur Historischen Mühle von Potsdam (deutschlandweit einmalig im Umfang), ca. 500

Mühlen (ost)deutschlandweit:
Schriftgut: ca. 500 Seiten
Teile des ehemaligen Archivbestands von Bernd Maywald (Arbeitskreis Mühlen, Kulturbund der DDR), inkl. Fotos und Dias

Fotos, Filme, Zeichnungen: ca. 50 Stück
Glasplattennegative Mühlenbau und Konstruktionszeichnungen aus dem Bestand der ehemaligen Müllerschule Dippoldiswalde (1887–1950) und der Mühlenbaufirma Wetzig, Wittenberg

Bibliothek: ca. 1.800 Bücher, Zeitungen und Zeitschriften
Fach- und Spezialbibliothek zu Mühlen und Mühlenbau, ca. 50 Mühlenbaukataloge und Firmenschriften

Historische Mühle (Wiederaufbau ab 1983)
Schriftgut: 5 Ordner
Bauunterlagen, Briefwechsel

Fotos: ca. 500 Stück
Ansichtskarten und Fotografien zur Historischen Mühle Potsdam

Filmmuseum Potsdam

Sammlungen: Pappelallee 20, 14469 Potsdam
Tel. 0331 5670415
collection@filmmuseum-potsdam.de
www.filmmuseum-potsdam.de

Seit 1911 werden in Potsdam-Babelsberg Filme gedreht. Die Studios entwickelten sich in den zwanziger Jahren zum bedeutendsten Filmproduktionsstandort in Deutschland. Nach einem Zwischenspiel in sowjetischer Verwaltung (LINSA) ab 1945 war das Gelände bis 1992 Stammsitz der DEFA. Heute dominieren TV-Produktionen, aber auch internationale Großfilme wie „Inglourious Basterds“ das Geschehen in der Medienstadt Babelsberg.
Im Einklang mit dem Fokus des Filmmuseums Potsdam richten die Sammlungen ihr Hauptaugenmerk auf die Babelsberger Studios sowie auf die Film- und Kinogeschichte der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Das Filmmuseum bewahrt die wichtigste Überlieferung zur Geschichte von UFA und DEFA: u.a. Nach- und Vorlässe von Filmkünstlern, eine umfangreiche Film- und Kinotechnik-Sammlung, zahlreiche Szenografien, Kostüme und Requisiten, Fotografien, Filmpreise und Werbematerialien.

Bestandauswahl zur Filmgeschichte UFA/DEFA Babelsberg (1911–1992)
Schriftgut/Szenografiebestände: ca. 200 Nach- und Vorlässe, Firmenschriften, Filmtechnik mit Materialien zu ca. 700 Unternehmen
Schriftgut von Regisseuren, Schauspielern, Komponisten, Toningenieuren u.a., darunter ca. 3.000 Drehbücher; Werbematerialien, Gebrauchsanleitungen, Patente, Werkszeitschriften zu Filmtechnikfirmen

Fotos: 400.000 Fotos (Positive) und 150.000 Negative
Ufa- und DDR-Filmgeschichte, Schwerpunkt DDR-Filmgeschichte (Schauspieler, Produktionsgeschichte von Filmen, Ereignisse rund um Studios und Kinogeschichte); darüber hinaus etwa 200.000 Szenenfotos ausländischer Filme, vor allem aus Osteuropa

Filme:
Spielfilme UFA/DEFA 1919–1992, Werbefilme, Amateurfilme u.a., Filmsequenzen zur Studio- und Kinogeschichte

Stadt- und Brauereimuseum Pritzwalk
Meyenburger Tor 3a, 16928 Pritzwalk
Tel. 03395 302802
museum@pritzwalk.de
www.museum-pritzwalk.de

Für das agrarische Umland war Pritzwalk Versorgungs- und Dienstleistungszentrum. Eine heute kaum noch vorstellbare Vielzahl und Bandbreite von Geschäften und Werkstätten belebte die Straßen der Altstadt. Bemerkenswert ist die Reihe von Landmaschinenbau- und Reparaturwerkstätten sowie die zahlreichen Mühlen. Die Wolltuchherstellung gehörte neben dem Schuhmacher- und Brauerhandwerk zu den dominierenden Gewerken seit dem Mittelalter. Die Einführung der Gewerbefreiheit und der Siegeszug der maschinellen Produktion führten zu einem Verdrängungswettbewerb, dem nur wenige gewachsen waren. 80 Tuchmachern um 1800 standen 60 Jahre später ganze drei Tuchfabriken in Pritzwalk gegenüber, von denen 1896 schließlich nur noch die Draegersche übrig blieb. Ähnlich vollzog sich die Entwicklung im Braugewerbe. Tuchfabriken und Brauereinen bestimmten das industrielle Profil Pritzwalks bis 1945. Das um dieselbe Zeit in Betrieb genommene Gaswerk produzierte bis 1981. Der Gebäudekomplex der nach dem Zweiten Weltkrieg enteigneten und demontierten Tuchfabrik nahm in den 1960er Jahren die ersten Werkstätten des neu entstehenden Zahnradwerkes auf. Wenig später entstand vor den Toren der Stadt, Richtung Freyenstein, ein moderner Großbetrieb, der mehreren tausend „Zahnradwerkern“ Arbeit gab. Viele andere volkseigene und genossenschaftliche Betriebe der Konsumgüter- und landtechnischen Industrie entstanden und erlebten in den sechziger und siebziger Jahren eine Erweiterung und Modernisierung, wie die Brauerei, der VEB Landtechnik, die Hefefabrik, die Molkerei, die Fleischverarbeitung, die Großbäckerei oder der VEB Berufsbekleidung. Von diesen Betrieben sind nur noch die Brauerei und das Zahnradwerk in Betrieb.

Tuchfabrik Gebrüder Draeger
Schriftgut: 6 Aktenordner
Weberei-Akkordlisten von 1932, Lohnlisten 1913–1937, Tarifverträge 1921–1922, Lohn 1938–1945, Auszug aus dem Hypothekenbuch, Grundstücksangelegenheiten, Inventarlisten 1883–1903,
Betriebsordnungen, Schriftverkehr zu Steuerangelegenheiten, Schenkungsvertrag Emil Quandt an seine Kinder 22.12.1913, Namenslisten Familie Draeger und Engelbrecht, Aufzeichnungen Geschäftsübernahme Draeger-Quandt, handschriftliche Wirtschaftshinweise des Vaters Emil Quandt an seine Söhne, Baupläne 1872 Neubau Fabrikgebäude, Rechnungen

Einige Fotos

Kopfbogen der Brauerei Schraube in Pritzwalk, seit 2002 Sitz des Stadt und Brauereimuseums.

Brauerei/Hefefabrik Pritzwalk
Schriftgut: 23 Aktenordner
Vermögenserklärungen und Betriebsprüfungsberichte 1930–1942 (Firma Schraube), Werbematerial, Zeitungsberichte, Stammbaum Schraube, Versicherungen, Baupläne, Grundbuchangelegenheiten,
Hypotheken, diverser Schriftverkehr 1945–1980, Baupläne 1951–1980, technische Ausstattungen, Finanzen, Steuern, Etiketten

Einige Fotos

Gaswerk / Pritzwalker Stadtwerke–1864 bis heute
Schriftgut: 5 Aktenordner
Baupläne 1904–1915 und 1924–1951, Plan und Bau eines Kammerofens 1937, diverser Schriftverkehr 1937–1942, Bilanzen 1942–1945

Einige Fotos

Zahnradwerk Pritzwalk – 1969 bis heute
Schriftgut: 3 Aktenordner
Adressenliste für Einladungen zur feierlichen Inbetriebnahme 1969 und Drehbuch,
Aufrufe 1971–1978, Drehbücher zum Traditionskabinett 1970 und 1980, Patenschaftsverträge,
Schriftverkehr 1979, Wettbewerbsabrechnungen, Arbeitsordnungen, Urkunden, Zeitungsausschnitte, Betriebs-Telefonverzeichnis, Broschüren zu den Jahrestagen, Zeitzeugenbefragung vom 8. März 2006, Ein Zahnrad greift ins andere – geschichtliche Übersicht mit Bildmaterial, Brigadetagebücher, Fotos und eine Film-Dokumentation

85 weitere Betriebe und Handwerksbetriebe
Schriftgut: 15 Aktenordner
vereinzelte Schriftstücke

Fotos

Mühlen in und um Pritzwalk
Schriftgut: 5 Aktenordner

Optik Industrie Museum Rathenow
Märkischer Platz 3, 14712 Rathenow
Tel. 03385 519033
info@kulturzentrum-rathenow.de
www.oimr.de

Die Stadt Rathenow ist seit der Gründung der königlich privilegierten optischen Industrie Anstalt im Jahr 1801 eng mit diesem Industriezweig verbunden. Hier begann die industrielle Fertigung optischer Geräte, Brillen etc. in Deutschland.
In zeitweise über 100 Betrieben wurden optische Instrumente gefertigt. 1980 war der Konzentrationsprozess soweit abgeschlossen, dass es nur noch einen Großbetrieb, die Rathenower Optischen Werke (ROW) gab, in dem ca. 4.500 Beschäftigte tätig waren. Heute ist Rathenow ein Standort der optischen Industrie mit über 20 Unternehmen und ca. 1.200 Beschäftigten.

Betrieb VEB Rathenower Optische Werke und Vorgänger
Schriftgut:
Ingenieurarbeiten, Forschungsberichte, Betriebszeitung „Die Lupe“, Brigadetagebücher, Prospekte zu einzelnen Produkten

Fotografien:
u. a. Produktionsanlagen, Gebäude, Produkte, Messeauftritte, Brigaden und Einzelpersonen

Bibliotheksgut:
Teile der wissenschaftlichen Bibliothek der ROW, ca. 4.000 Bände

Hinweis:
Teile des Betriebsarchivs befinden sich in Besitz der Rathenower Optische Werke GmbH, An den Flugzeughallen 3, 14712 Rathenow, weitere Unterlagen im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Rep. 75 Optische Werke Rathenow ([1874–1883] 1907–1946; 6,2 lfm)

Stadtmuseum Schwedt
Jüdenstraße 17, 16305 Schwedt/Oder
Tel. 03332 23460
museum.stadt@schwedt.de
http://www.schwedt.eu

Die Entwicklung von Schwedt (Oder) war zunächst durch den weithin einzigen Oderübergang und den Kreuzungspunkt alter Handelsstraßen zwischen Neumark, Uckermark und Pommern bestimmt. Im 17. und 18. Jh. als hohenzollernsche Residenzstadt ausgebaut, mit vielfältigen Gewerken und Betrieben (u.a. Tabakfabriken, Eisengießerei) entwickelt, wurde die Stadt nach Ablehnung der bedingungslosen Kapitulation im April 1945 zu 85% vernichtet. Auf der „DDR-Chemiekonferenz“ im November 1958 erläuterte Walter Ulbricht das Chemieprogramm der DDR und verkündete gleichzeitig das Neubauvorhaben, in Schwedt eine Raffinerie zu errichten. Am 18. Dezember 1963 erfolgte die Inbetriebnahme der Erdölleitung „Freundschaft“. 1965 war die erste Ausbaustufe abgeschlossen. Neben dem großzügig angelegten Werk entstand eine Wohnstadt, innerhalb weniger Jahre verfünffachte sich die Einwohnerzahl gegenüber dem Vorkriegsstand auf über 50.000. Am 17. Juli 1959 erfolgte die Grundsteinlegung für die VEB Papier- und Kartonwerke Schwedt. Der erste Karton verließ am 31. Oktober 1961 die neue Kartonmaschine. Nach 1990 wurde die privatisierte Petrolchemieindustrie, Papier- und Kartonproduktion fortgesetzt, verstärkt wurde auf die Bildung mittelständischer Gewerbe- und Handelsbetriebe gesetzt. Die Maßnahmen zum planmäßigen Rückbau der Stadt (gegenwärtig ca. 33.000 Einwohner) konnten inzwischen eingestellt werden.

VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt/
Petrolchemisches Kombinat Schwedt (PCK) (1958–1989)
Schriftgut: Zeichnungen aus der Sammlung der Stadt Schwedt/Oder und der Sammlung der PCK Raffinerie GmbH, Brigadetagebücher

Fotografien: Bildarchiv Brumm

Bibliotheksgut: 2 lfm
Buch- und Broschürenbestand, Informations- und Werbematerial

Hinweis:
Die Betriebszeitung „Junger Erbauer” (6 Bde) wird im Stadtarchiv Schwedt aufbewahrt. Das Nachfolgewerk „PCK Raffinerie GmbH“ führt das unternehmenseigene Archiv weiter.

VEB Papier- und Kartonwerke Schwedt (1959–1990)
Fotografien: Bildarchiv Brumm

Bibliotheksgut: Buch- und Broschürenbestand (3 Ordner)

Hinweis:
Die Betriebszeitung “Roter Treff” (6 Bde.) wird im Stadtarchiv Schwedt aufbewahrt. Das Nachfolgewerk „Leipa Georg Leinfelder GmbH“ führt das unternehmenseigene Archiv weiter.

Industriemuseum Region Teltow
Oderstraße 25, 14513 Teltow,
Tel. 033203 77686
imt-museum@t-online.de
www.imt-museum.de

Die industrielle Entwicklung beginnt in den 1870er Jahren mit der Firma C. Bamberg. Nach dem Bau des Teltowkanals siedelten sich ab 1900 weitere Firmen in Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf an. Fast alle Branchen waren vertreten – vom Kraftwerk über Porzellanfabrik, Straßenbaugesellschaft, Biomalzfabrik, Flugzeugwerke, Parfümerie- und Seifenfabrik bis zum Mineralölhandel. Die Unternehmen passten sich über die Jahrzehnte der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung an. Damit wandelten sich die Produktionsprofile zu Maschinenbau, Asphaltproduktion, Widerstandsfertigung, Farbenherstellung und Elektrotechnik. Gleiches gilt für die Zeit von 1945 bis 1989. Es bildeten sich Großbetriebe, in denen die kleinen aufgingen. Schwerpunkt wurden Automatisierungstechnik, Bauelemente-Fertigung und Mikroelektronik mit Bedeutung für die gesamte DDR. Nach 1989 waren die großen Unternehmen nicht mehr konkurrenzfähig. Teile wurden verkauft, es gab Ausgründungen und Insolvenzen. Inzwischen hat sich eine Vielzahl mittelständischer Firmen der Mikroelektronik, Medizintechnik und Kommunikationstechnik etabliert. Im Industriemuseum Teltow wird die ca. 140-jährige Industrie-Tradition der Stadt dargestellt.

Betrieb/Kombinat VEB Mikroelektronik Stahnsdorf (1960–1990)
Institut für Halbleitertechnik Teltow (IHT) 1960–1964, Gleichrichterwerk Stahnsdorf (GWS) 1965–1980, Mikroelektronik Stahnsdorf (MLS) 1981–1990

Schriftgut: 5 Ordner (1960–1990)
Investitionsvorhaben IHT Teltow/Stahnsdorf 1961/1962, Datenblätter für Halbleiter (Halbleiterinformationen) 1960, 1961, 1963, 1967, 1968, Zeitungsausschnitte 1985–1992, Betriebschronik, Prospekte (technische Informationen und Mitteilungen), Betriebszeitung „Leitungselektroniker“ 1988–1990 (nicht komplett), Jahresgeschäftsbericht 1986, Unternehmensplan und Zwischenbericht 1990

Fotos: ca. 150 Stück

Hinweis:
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 504 VEB Mikroelektronik „Karl Liebknecht“, Stahnsdorf (1968–1989; 1,6 lfm)

VEB Geräte- und Reglerwerk Teltow (GRW) (ca. 1954–1990), vormals VEB Mechanik Askania Teltow (1948–1954)
Schriftgut: 8 lfm (1948–1990)
Kaufverträge, Protokolle, technische Dokumentation der Einzelgebäude, Arbeitsvorschriften, Arbeitsmittel und Anweisungen (BAO 1973–1994, Erzeugnissystem K4000 Hefte 1–5), Bauteilkatalog Band 1–3, Projektierungsvorschriften Band 1–8, 20 Ordner Werkstandards, Werkstandards Mappe 1–2, Prospekte (Produktionssortiment 1946–1990, von Zulieferfirmen), Projektierungsunterlagen (Ausführungsprojekt Erdgasübernahmestation Bohnsdorf/Waltersdorf, Kraftwerk Magdeburg), Audatec-Baueinheiten, Patente, Betriebszeitschrift „Impuls“ 1967, 1972, 1973, 1984, 1985, 1988–1990, 5 Brigadetagebücher

Fotos: etwa 500 Stück (1948–1990)
Produktion, Brigadeleben, Soziales, Industrie

Bibliothek: ca. 3 lfm
Publikationen über die Geschichte des GRW einschl. Jubiläumsausgaben, Lehrbücher und Materialien (Messen, Steuern, Regeln Hefte 1–11, Automatisierungstechnik Teil 2–21, Technische Information der Kammer der Technik 1963–1968), zahlreiche Fachbücher zur Technik allgemein, zur Automatisierungs- und Elektrotechnik (u.a. Lothar Starke: Vom Hydraulischen Regler zum Prozessleitsystem, 140 Jahre Industriegeschichte, Tradition und Zukunft, Berlin 2009)

Hinweis:
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 504 Geräte- und Regler-Werke Teltow (1946–1979; 18,2 lfm), vgl. Bestand im Heimatmuseum Teltow

VEB Elektronische Bauelemente „Carl von Ossietzky“ (1953–1990)
(1953–1969 VEB Werk für Bauelemente des Nachrichtenwesens, danach Stammbetrieb des Kombinats VEB Elektronische Bauelemente Teltow)

Schriftgut: ca. 10 lfm (1957–1990)
Technologische Unterlagen, Berichte, Forschungsarbeiten (ca. 3 lfm); Bauunterlagen/Planungsunterlagen (0,3 lfm), Prospekte über Lieferprogramm, technische Informationen (0,6 lfm); 176 wissenschaftliche Arbeiten (Ingenieur-, Diplom- und Meisterabschlussarbeiten, Dissertationen) (3 lfm); Materialien zur Betriebschronik 1904–1993; Unterlagen Wettbewerb 1980–1982, 1984 (0,4 lfm); Brigadetagebücher (4 Stück); Zeitungsausschnitte 1980er, 1990er Jahre (0,3 lfm)

Fotos: ca. 1.300 Stück (1957–1990)
Produktion, Festveranstaltungen, Gebäude, Produkte, Persönlichkeiten, Freizeit

Bibliotheksgut: 13 lfm
Bücher, darunter Betriebschronik „Von der Porzellanfabrik zum VEB Elektronische Bauelemente ‚Carl von Ossietzky' Teltow" 1904–1993 (ca. 250 Bände); Fachzeitschriften, darunter „Konstruktion im Maschinen-, Apparate- und Gerätebau" komplett 1957–1985, „Werkstatttechnik" komplett 1957–1983 (ca. 2,2 lfm); Betriebszeitung „Der Kontakt" 1957–1990 (komplett)

Hinweis:
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 504 Elektronische Bauelemente „Carl von Ossietzky", Teltow (1947–1989, 8,6 lfm)

Dralowid-Werk / Steatit-Magnesia AG (1932–1953)
Schriftgut: 1 Ordner (1946–1952)
Schriftwechsel mit der Landesregierung, Berichte, Protokolle der Werkleitungssitzungen

Hinweis:
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 75 Dralowid-Werk, Teltow (1902–1948; 2,5 lfm)

Porzellanfabrik (1904–1931)
Schriftgut/Materialien einschl. Produktfotos: 1 Ordner

VEB Lackfabrik Teltow (1938–1992), ab 1970 wegen Kombinatsbildung umbenannt in VEB Farben- und Lackfabrik Leipzig, Betriebsteil Teltow
Schriftgut: 1 Ordner
Prospekte und Lagepläne

Fotos: 50 Stück

VEB teltomat Teltow (1948–heute)
Schriftgut: 1 Ordner
Prospekte von Mischanlagen, Betriebschronik (lückenhaft)

Fotos: ca. 100 Stück

Dr. Hell-Werke (1941–1945)
Schriftgut: 1 Ordner
Lagepläne und Grundbuchauszüge

Stadt Teltow allgemein (2 Ordner)
Unterlagen (Kopien) wie z.B. Grundrisse, Stadtpläne, vereinzelte Schriftstücke usw. für die Broschüre zur „Industriegeschichte der Stadt Teltow", Bildband 30 Jahre AWG „Karl Marx" 1954–1984

Heimatmuseum Teltow
Archiv des Heimatvereins Stadt Teltow
Ritterstr. 14, 14513 Teltow
Tel. 03328 4781630 o. 631
(Mo bis Fr: 8–14 Uhr)

Betrieb/Kombinat GRW (VEB Geräte- und Reglerwerk Teltow) (ca. 1949–1990)
Betriebsarchiv (ca. 1949–1990)
Schriftgut: ca. 9 lfm in Ordnern, Büchern etc.
Betr. Betriebsangehörige, Produktionsprofil und Produktionstechnologien, Betriebszeitung (wahrscheinlich komplett) von 1964 bis 1990, 27 Brigadetagebücher, Auszeichnungen, Medaillen, Orden und Urkunden, Aufzeichnungen zur Betriebsgeschichte, Bilderalbum GRW auf der Leipziger Messe, vereinzelt auch Pläne und Fachbücher

Fotos: Negative auf 1.860 Platten,10 x 15 cm, 5.650 Taschen mit 6 x 6 Negativen mit max. 12 Aufnahmen, 650 Taschen mit KB Negativen mit jeweils max. 36 Aufnahmen
v.a. Darstellungen von Betriebsanlagen, Ferienheimen, Produkten, Produktionsmitteln, Veranstaltungen, soziale Einrichtungen

Hinweis:
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 504 Geräte- und Regler-Werke Teltow (1946–1979; 18,2 lfm), vgl. auch Bestand im Industriemuseum Region Teltow in Teltow

Betrieb/Kombinat VEB Elektronische Bauelemente „Carl von Ossietzky" (CvO) (ca. 1949–1990)
Großer Teil des Betriebsarchivs (ca. 1949–1990)
Schriftgut: ca. 7 lfm in Ordnern, Büchern etc.
Betriebsangehörige, Produktionsprofil und Produktionstechnologien, Betriebszeitung (komplett, 1952–1990), 8 Brigadetagebücher, Auszeichnungen, Medaillen, Orden und Urkunden, Aufzeichnungen zur Betriebgeschichte, umfangreiches Material zum Betriebssport, technologische Unterlagen (ca. 20 Ordner)

Fotos: „Sammlung Leib" (ca. 4 lfm)

Bibliothek: ca. 7 lfm
Pläne, Produktionserzeugnisse und Fachbücher

Hinweis:
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 504 VEB Mikroelektronik „Karl Liebknecht", Stahnsdorf (1968–1989; 1,6 lfm), vgl. auch Bestand im Industriemuseum des Teltow in Teltow

Ehemaliges Zeugamt bei Teltow, später Kommandantur und Materialdepot der Sowjetarmee in der DDR
Schriftgut: ca. 1 lfm Meter
Pläne, gelagertes Material in Dokumentation, Lagerlisten, unter anderem zu Funkanlagen, Funk-Peilanlagen, Bord-Peilanlagen, Bordfunkgeräte, Beschilderungen

Biomalz Teltow
vereinzelte Schriftstücke

Metzeler-Asbest-Werke GmbH Teltow
vereinzelte Schriftstücke

Literatur:
Rolf Münzner, Giesela Piech: Beiträge zur Industriegeschichte der Stadt Teltow. Teltow 1995, mit zahlreichen Quellenangaben

Ofen- und Keramikmuseum Velten
Wilhelmstraße 32, 16727 Velten
Tel. 03304 31760
info@ofenmuseum-velten.de
www.ofenmuseum-velten.de

In der Ofenstadt Velten entwickelte sich dank reicher Tonvorkommen seit 1835 eine lebhafte Ofenkachelproduktion. Um 1900 arbeiteten hier ca. 40 Ofenfabriken auf engstem Raum. Vor allem während der Gründerzeit wurden Millionen weiße Schmelzkacheln zum Bau von Öfen nach Berlin transportiert. Ab 1910 wurde die Produktpalette um baukeramische Objekte erweitert. In der Stadt und Region siedelten sich berühmte keramische Werke an, unter anderem die Steingutfabriken Velten-Vordamm und die Werkstätte Hedwig Bollhagens.
Heute pflegen noch zwei produzierende Ofenfabriken die keramische (Kachel-)Tradition Veltens. Seit 1994 ist das Ofen- und Keramikmuseum in einer dieser beiden, der Ofenfabrik A. Schmidt, Lehmann & Co., untergebracht.

Ofen- und Keramikfabriken in Velten (1835 bis heute)
Schriftgut:
Einzelne Briefe, Zeugnisse, Statuten etc. zur deutschen Handwerks- und Innungsgeschichte 18./19./20.Jh.,
Zeitungsausschnittsammlung Keramische- und Ofenindustrie (Deutschland., Brandenburg, Osthavelland, Velten 1911–heute), Varia (Einnahme-, Ausgabe-, Hebebücher, Schriftstücke, Statute, heimatkundliche Notizen) zu Landkreis Osthavelland, Karten und Pläne, Ortsgeschichte, Amts- und Gemeindeangelegenheiten, verschiedene Schriftstücke zu Kachelofenindustrie, Verschönerungsverein, Männerturnverein, Keramikgewerbe, Arbeiterbewegung, Geschichte zum Veltener Museum sowie Varia zu Velten;
Technik-Archiv betr. Hersteller von Tunnelöfen [Firmen Kerabedarf, Georg Zehner, Georg Mendheim, Tunnelofenbau Saarau]: Bauzeichnungen, Musterbücher, Auftragsmappen ab 1958, Patentschriften und Geschäftsunterlagen vorw. Mitte und 2. Hälfte 20. Jh.

Fotos:
Tongewinnung, Kachelherstellung, Veltener Ofenfabriken und andere gewerbliche Firmen (Waldemar Titzenthaler, Berliner Photograph, 1869–1937), Kachelherstellung 1920er Jahre, Mitte 1930er Jahre, DDR, verschiedene Fotografien zu Ortsgeschichte Velten, Produktionsanlagen, (Ofen-)Produkte, (Baukeramik-)Produkte, (Keramik-)Produkte, Einzelpersonen

Bibliothek: ca. 5.000 Positionen
insgesamt 3.640 Positionen, darunter zu Keramik (494 Pos.), Baukeramik (105), Porzellan (44), Öfen (507), Kunst, Bauen, Architektur (419), Landesgeschichte, Geschichte, Recht (339), Museumspädagogik (8), Velten (32), Wissen, Technik, Nachschlagewerke (125).
Musterbuchsammlung mit 342 Positionen
Zeitschriften (1.225), vorwiegend keramische Fachzeitschriften, Ofenbau etc.

Hinweis:
Unterlagen der Ofenfabrik Schmidt, Lehmann & Co. (ab 1872, letzte produzierende Ofenfabrik in Velten, zugleich Museumsstandort) in der Ofenfabrik, einige Unterlagen auch im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Rep. 75 Veltener Ofen- und Keramik-AG (1931–1952; 0,7 lfm)

Stadtmuseum „Alte Burg“ Wittenberge
Putlitzstraße 2, 19322 Wittenberge
Tel. 03877 405266
stadtmuseum@kfh-wbge.de
http://www.wittenberge.de/

Die Stadt Wittenberge wuchs im Mittelalter an einem alten Elbeübergang und wurde rasch ein mächtiger Handelsplatz mit Hafen und Warenumschlag zwischen Hamburg und Magdeburg. Die Ölmühle (gegr. 1823) war zeitweise die größte deutsche Rübölfabrik. Der Ausbau eines Eisenbahnknotenpunktes ab 1846 förderte die industrielle Entwicklung entscheidend. 1903 wurde die weltweit bekannte Singer Nähmaschinen-Fabrik gegründet. Nach Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, Wiederaufbau und Modernisierung waren die Textilindustrie, das RAW, das Nähmaschinenwerk Veritas, die Maschinenfabrik, das Zellstoff- und Zellwollen-Werk sowie die Nahrungsgüterindustrie die Hauptwirtschaftszweige. 1964 erreichte die Zahl der hier lebenden Menschen mit über 32.000 ihren Höhepunkt und ist seit dem Niedergang der Industrie in Wittenberge auf unter 20.000 Menschen gesunken.

Die Stadt- und Industriegeschichte von Wittenberge sowie die Geschichte der Nähmaschine und des Nähmaschinenwerkes ist Sammlungs- und Ausstellungsschwerpunkt im Stadtmuseum.

Nähmaschinenwerk Wittenberge (1903–1991)
(1903–1945 Singer Nähmaschinenwerk, 1949–1991 Veritas Nähmaschinenwerk)
Schriftgut: ca. 3 lfm
Unterlagen aus der Zeit 1949–1991, betr. die Betriebsteile Gießerei, Montage, Holzbau, Energieversorgung, Stanzerei, Packerei – diverse Schriftstücke der Leitung des Werkes, Werkzeitungen (gebunden und ungebunden), Singer-Werkzeitungen und Werkzeitung des Veritaswerkes „Werk und Welt", zwölf Brigadetagebücher Chronik des Werkes, 30 Betriebskollektivverträge und Prospekte und Werbematerial des Veritas-Nähmaschinenwerkes Wittenberge

Fotos: 391 Stück

Uhrenturm des ehemaligen Nähmaschinenwerkes Singer/Veritas, Wittenberge, Anfang 1929. (Stadtmuseum „Alte Burg" Wittenberge)

Filme: 40

Literatur: Publikationen zur Geschichte des Nähmaschinenwerkes (Hg. Veritasclub), s. http://www.naehmaschinenwerk.de/

Zellstoff- und Zellwollewerke Wittenberge (1939–1990)
bis 1945 ein Werk des Phrix-Konzerns
Schriftgut: Unterlagen von 1960 und 1970 (fragmentarisch) zu den Bereichen Zellstofffabrikation, Zellwollefabrikation, Zellglasfabrikation, Übersichtsplan des Werkgeländes

Fotos: 39

Ziegeleipark Mildenberg
Ziegelei 10, 16792 Zehdenick OT Mildenberg
Tel. 03307 310410
info@ziegeleipark.de
www.ziegeleipark.de

Die Geschichte der industriellen Ziegelproduktion um Zehdenick begann im Jahre 1887, nachdem beim Bau der Eisenbahnbrücke über die Havel umfangreiche Tonvorkommen entdeckt waren. Im rasanten Tempo entstand links und rechts der Havel von Zehdenick bis Burgwall ein ausgedehntes Industriegebiet. Bis 1990 bestimmten Ringöfen mit hohen Schornsteinen und Tongruben das Bild dieser einzigartigen Landschaft. In der Hochzeit um 1911 wurden in 34 Ziegeleien mit 63 Ringöfen jährlich ca. 700 Millionen Hintermauerziegel im Handstrichverfahren, in erster Linie für den Aufbau Berlins, produziert. In der Saison schufteten auf den weitläufigen Streicherplätzen und in den Tongruben 5.500 bis 6.000 Männer, Frau und auch Kinder. Zwischen 6.000 und 8.000 Ziegel formte ein guter Streicher an einem Tag, die dann nach dem Trocknen und dem Brand im Ringofen in erster Linie über die Havel nach Berlin transportiert wurden.

Ziegeleien in Zehdenick, VEB Ziegeleiwerke Zehdenick (ca. 1900–1990)
Schriftgut: 2800 Archivordner (digital erfasst in Kooperationsprojekt Landkreis OHV mit FHS Brandenburg/H.)
aus verschiedenen Ziegeleien in Zehdenick, darunter Konzepte, Rechnungen, Lohnunterlagen, Rechnungsführung, Bauzeichnungen, Lagepläne, Bauanträge.

Fotos: zahlreiche Fotobestände

Hinweis:
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 271 VVB (L) Baustoffe Kleinmachnow, zu dem Ziegeleien gehörten (sofern es um Angaben bis 1952/53 geht)

Kontakt
Museumsverband des Landes Brandenburg e.V.
Dr. Iris Berndt
Am Bassin 3, 14467 Potsdam
Tel. 0331 23279 14, Fax: 0331 23279 20
www.museen-brandenburg.de

Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs

Herausgegeben von Dr. Klaus Neitmann

Band 58 Heinrich Kaak

Eigenwillige Bauern, ehrgeizige Amtmänner, distanzierte fürstliche Dorfherren

Vermittelte Herrschaft im brandenburgischen Alt-Quilitz im 17. und 18. Jahrhundert

Mit dieser Studie über Alt-Quilitz, das heutige Neuhardenberg, erhält die östliche Kurmark ihren Platz in der aktuellen Forschung zur ländlichen Geschichte Brandenburgs.

Nach Abwägung der Möglichkeiten mikrohistorischer Arbeit gibt der Autor einen Überblick über die vermutliche historische Entwicklung schon vor der Ersterwähnung des Ortes 1348, um die Geschichte der Adelsgeschlechter im 16. bis 18. Jahrhundert anzuschließen. Zudem untersucht er die Vermittlungsformen von Herrschaft, örtliche Auseinandersetzungen zwischen Adel und Bauerntum sowie den Gesamtcharakter der Mark im Vergleich zu anderen Regionen.

2010, 490 S., geb., 26 s/w Abb., 59,– €, 978-3-8305-1751-1
eBook PDF *52,– €, 978-3-8305-2541-7*

Band 59 Rolf Straubel

Adlige und bürgerliche Beamte in der friderizianischen Justiz- und Finanzverwaltung

Ausgewählte Aspekte eines sozialen Umschichtungsprozesses und seiner Hintergründe (1740–1806)

Die Untersuchung geht einem zweifachen Anliegen nach. Sie beschäftigt sich zum einen mit dem Rekrutierungsprozeß der friderizianischen Justiz- und Verwaltungsbeamten, um den Nachweis zu führen, daß spätestens seit dem zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts der unterstellte Gegensatz von »alter« und »neuer Bürokratie« nicht mehr existent war. Und zweitens geht sie den quantitativen Veränderungen nach, die es in den Landeskollegien der altpreußischen Monarchie zwischen adligen und bürgerlichen Beamten gegeben hat. Dominierten zumindest in der Justiz noch um 1750 die Edelleute, überwogen 50 Jahre später hier wie im Kameralfach die bürgerlichen Räte.

2010, 551 S., geb., 69,– €, 978-3-8305-1842-6
eBook PDF *62,– €, 978-3-8305-2583-7*

Band 60 Werner Heegewaldt, Harriet Harnisch (Bearb.)

Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs

Teil I/1: (Adlige) Herschafts-, Guts- und Familienarchive (Rep. 37)

Das Brandenburgische Landeshauptarchiv in Potsdam verwahrt in seinen Magazinen über 655 Herrschafts-, Guts- und Familienarchive aus dem Gebiet der preußischen Provinz Brandenburg (Kur- und Neumark und Niederlausitz) und ist damit die wichtigste Forschungsstelle zu diesem Thema. Sie werden in der vorliegenden Bestandeübersicht detailliert mit der Geschichte des Gutes und seiner Besitzer, dem Umfang und Inhalt des Archives, den bestehenden Findhilfsmitteln und der wichtigsten Literatur beschrieben. Zur Überlieferung gehören ca. 3.700 Urkunden, 920 laufende Meter Akten und ca. 1.400 Karten und Pläne aus dem Zeitraum von 1138 bis ins 20. Jahrhundert. Wichtige Hilfsmittel ergänzen diese Bestandsinformationen.

2010, 608 S., 13 s/w Abb., 45 farb. Abb., geb., 79,– €, 978-3-8305-1866-2
eBook PDF *70,– €, 978-3-8305-2595-0*

Band 62 Heinrich Jobst Graf von Wintzingerode

Schwierige Prinzen

Die Markgrafen von Brandenburg-Schwedt

Die sogenannten Markgrafen von Brandenburg-Schwedt waren ein jüngerer Zweig des preußischen Königshauses. Ihre Stammutter war Kurfürstin Dorothea, die zweite Ehefrau des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Sie erwarb für ihre leiblichen Nachkommen die Herrschaft Schwedt-Wildenbruch in der Uckermark und in Hinterpommern. Durch einen Rezeß mit Kurfürst Friedrich III. 1692 erreichte Markgraf Philipp Wilhelm (1669–1711) eine Sonderstellung für sich und seine Nachkommen innerhalb der Dynastie. König Friedrich I. etablierte seinen ältesten Halbbruder als ein preußisches Pendant zum Herzog von Orléans und griff auf ihn als Staatsmann und Offizier zurück, der mit seiner Frau eine herausragende Rolle am Hof spielte. In der nächsten Generation verfiel das Ansehen des „Ersten Prinzen von Geblüt“ durch die persönlichen Unzulänglichkeiten der Markgrafen rapide. Nach dem Aussterben der Schwedter Markgrafen erbten die fünf Prinzessinnen der letzten Generation das Allodialeigentum ihrer Väter, und es gelang ihnen, den Weg an die Spitze der deutschen Fürstengesellschaft zurückzufinden.

2011, 776 S., 24 s/w Abb., geb., 78,– €, 978-3-8305-1881-5
Kombipaket *Print & E-Book-PDF: 115,– €, 978-3-8305-2713-8*

Band 63 Rolf Straubel

Zwischen monarchischer Autokratie und bürgerlichem Emanzipationsstreben

Beamte und Kaufleute als Träger handels- und gewerbepolitischer Veränderungen im friderizianischen Preußen (1740–1806)

Noch immer werden die großen „Haupt- und Staatsaktionen“ meist den Monarchen oder Ministern zugeschrieben, entschied also der königliche Feldherr eine bedeutende Schlacht und nicht sein General, regte ein Ressortchef eine wichtige Neuerung an und nicht der ihm assistierende Rat. Vorliegende Untersuchung versucht für die Wirtschaftspolitik im friderizianischen Preußen, eine nur scheinbar trockene Materie, aufzuzeigen, daß es häufig eben nicht die im Vordergrund stehenden Akteure waren, die entscheidende Weichenstellungen vornahmen, sondern Beamte aus der zweiten Reihe, die ihrerseits enge Kontakte zu namhaften Bankiers, Kaufleuten, Unternehmern pflegten und deshalb bestens mit den Entwicklungen in Handel und Gewerbe vertraut waren. Infolgedessen gingen wichtige Modifikationen nach dem Regierungswechsel von 1786 weniger auf den Monarchen oder dessen Berater J. C. Woellner und H. E. D. von Werder zurück, sondern auf kompetente „Wirtschafts-“ und „Bildungsbürger“.

2012, 563 S., geb., 69,– €, 978-3-8305-3016-9
Kombipaket *Print & E-Book-PDF: 95,– €, 978-3-8305-2761-9*

Band 64 Rolf Straubel

„Er möchte nur wißen, daß die Armée mir gehöret.“ – Friedrich II. und seine Offiziere

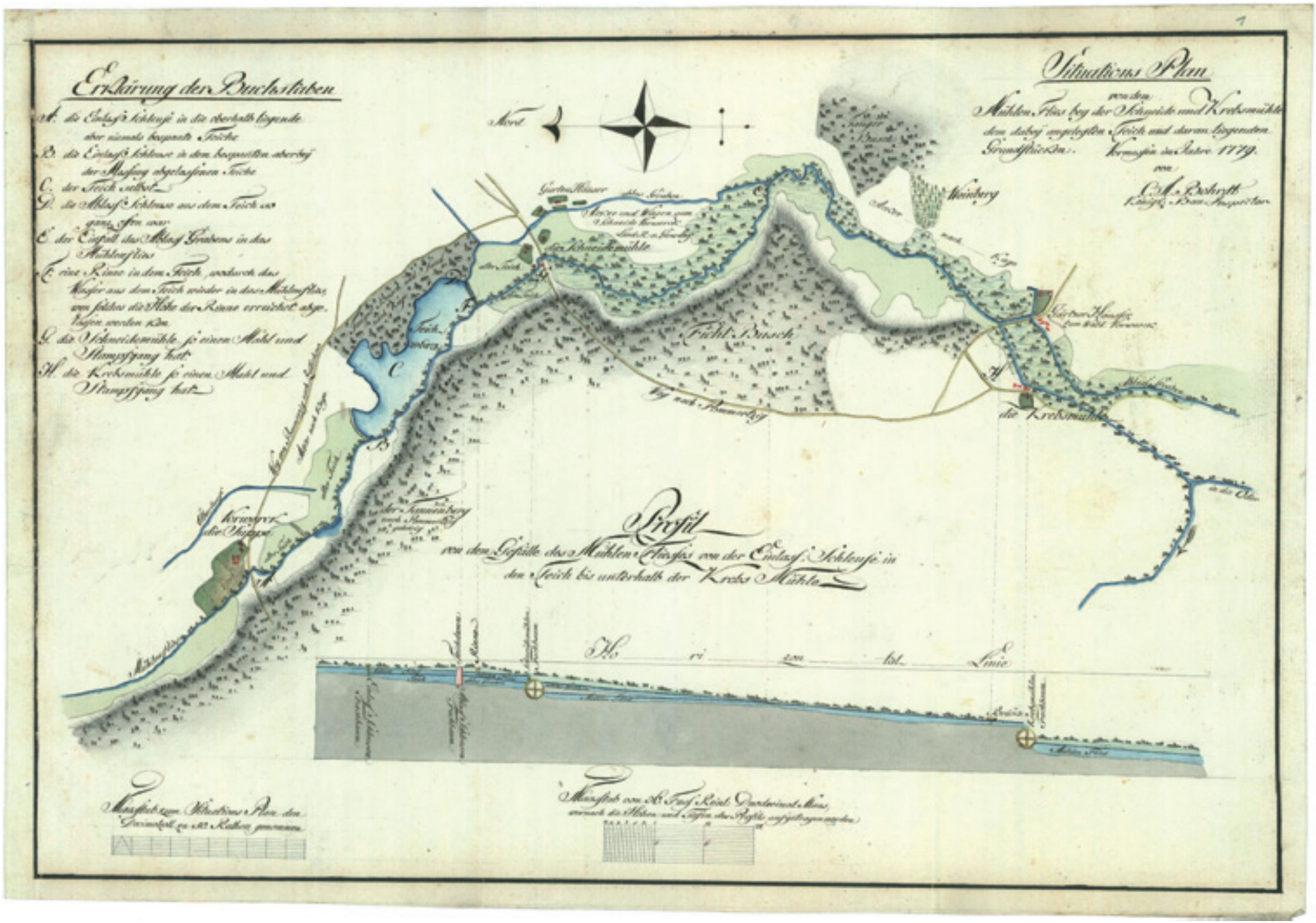
Ausgewählte Aspekte der königlichen Personalpolitik

Die Armee gehört Mir: Mit diesem Ausspruch wies der große König adlige Offiziere in ihre Schranken, wenn sie eine Beförderung verlangten. Und das geschah keineswegs selten, bot das Dienstalter längst keine Gewähr mehr für das Aufrücken der preußischen Edelleute. Verlangt wurden mehr und mehr Bravour und Ambition.

Die Untersuchung, welche sich auf die Friedensjahre konzentriert, geht dem Verhältnis von in- und ausländischen Offizieren nach, beleuchtet die Versetzungs- und Verabschiedungspraxis, analysiert die Aufstiegsmechanismen und andere Aspekte des militärischen Alltags der preußischen Edelleute.

2012, 799 S., geb., 79,– €, 978-3-8305-3017-6
Kombipaket *Print & E-Book-PDF: 120,– €, 978-3-8305-2759-6*

BWV • Berliner Wissenschafts-Verlag
Markgrafenstraße 12–14 • 10969 Berlin • Tel. 030 / 8417700 • Fax 030 / 84177021
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de • Internet: www.bwv-verlag.de



Vgl. Werner Heegewaldt: „Der König als gerechter Richter?“, S. 28/29 (Dok. 3).

blha
Brandenburgisches Landeshauptarchiv

Die Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv

- ► berät Archive und öffentlichen Bibliotheken sowie ihre Träger in allen Fachfragen
- ► unterstützt die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Archiv- und Bibliotheksnetzes
- ► koordiniert den Verbund der öffentlichen Bibliotheken (VÖB)
- ► ist die zuständige Stelle für den Ausbildungsberuf „Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste“ für den öffentlichen Dienst im Land Brandenburg

Angebote / Dienste

- Entwicklungsplanung und Gutachtertätigkeit
- Beratung in Fragen des Archivrechts und der Bestandserhaltung
- Konzeptionelle Begleitung von Projekten
- Durchführung von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen
- Unterstützung bei Bau- und Einrichtungsmaßnahmen
- Beratung bei der Einführung innovativer Informationstechnologien

Kontakt
Am Mühlenberg 3 (Wissenschaftspark Golm)
14476 Potsdam OT Golm
Tel.: 0331 5674 0
Fax: 0331 5674 170
landesfachstelle@blha.brandenburg.de
www.landeshauptarchiv-brandenburg.de

Veröffentlichungen der Landesfachstelle (Auswahl)